



23. Heft / 13. November 1913

ADOLPH VON ELM · WILHELM SCHRÖDER

ALLZUFRÜH hat uns der Tod ihn entrissen, wenige Tage vor Vollendung seines 52. Lebensjahres. Wilhelm Schröder wurde am 6. November 1861 in Altona geboren und starb am 3. November 1913 im Sanatorium Schledehausen bei Osnabrück. Ein Proletarierkind. Sein Vater war Zigarrenhausarbeiter und hatte eine große Familie. Ohne die Mitarbeit von Frau und Kindern ist die Zigarrenhausindustrie nicht denkbar. Auch Wilhelm Schröder hat von frühester Jugend an Tabak zureichten müssen und so schon als Kind das ganze Elend der Hausindustrie kennen gelernt. Ihre geringen Mittel gestatteten es den Eltern nicht den lernbegierigen Knaben eine höhere Schule besuchen zu lassen. Er ging bis zu seinem 14. Lebensjahr in die Volksschule zu Altona und erlernte dann das Zigarrensortieren. Der junge Schröder aber erlernte nicht nur einen Beruf, er suchte schon in seinen Jünglingsjahren sein Wissen mit unermüdlichem Fleiß auf allen Gebieten zu erweitern. Und als nun in der ersten Hälfte der achtziger Jahre die Zigarrensortierer Hamburg-Altonas sich zu gewerkschaftlicher Tätigkeit aufrafften und bald in größere Kämpfe verwickelt wurden, da wurde auch sofort der befähigte junge Schröder mit in die Leitung berufen. Als Schriftführer der Zigarrensortierer hat er alle Verhandlungsprotokolle mit den Zigarrenfabrikanten aufgenommen, als Schriftführer wurde er 1885 in den Vorstand des *Verbandes der Zigarrensortierer Deutschlands* gewählt; Schriftführer war er 1890 beim *Tabakarbeiterausschluß*; Schriftführer wurde er auch bei der *Tabakarbeitergenossenschaft* nach Beendigung des Ausschlusses. In dieser Zeit des Kampfes der Hamburger Tabakarbeiter hat Schröder seinen Berufskollegen durch seine ausführlichen Protokolle gute Dienste geleistet, in dieser Zeit wurden aber auch seine gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Grundsätze gefestigt, die er bis zu seinem Ende in Wort und Tat bekundet hat.

Wie es sich von selbst versteht, war der intelligente Proletariersohn nicht nur gewerkschaftlich sondern auch politisch tätig. Die leitenden Per-

sonen der Hamburger Sozialdemokratie erkannten bald, daß der junge Schröder nicht nur über große Intelligenz verfügte sondern auch ein absolut zuverlässiger Mann war. Sie vertrauten ihm den schwierigsten und gefährlichsten Posten unter dem Sozialistengesetz an: die Verbreitung des *Sozialdemokraten* in Deutschland. Schröder stellte die Reichspost in den Dienst der guten Sache. Er wußte durch äußerst geschickte Manöver die Polizei fortgesetzt auf falscher Fährte zu halten, so daß diese trotz ihrer manchmal so komisch zur Schau getragenen Allwissenheit nie auf den Gedanken kam, daß für die so exakt funktionierende Verbreitung des *Sozialdemokraten* der deutschen Reichspost die höchste Anerkennung gebühre. Begünstigt wurde diese *hochverräterische* Tätigkeit Schröders durch den Umstand, daß er nach seiner Maßregelung wegen gewerkschaftlicher Tätigkeit im Jahr 1885 bei einem Zigarrenfabrikanten Beschäftigung erhielt, der es für notwendig erachtete neben seinem Jagd- und Segelpartieensport auch ein Zigarrengeschäft zu betreiben. Das letztere betrieb er aber nur so nebenbei, und da er sich bald davon überzeugte, daß er in Schröder einen vollkommen treuen und ehrlichen Mann gefunden hatte, so überließ er ihm die ganze Geschäftsführung; er selbst ließ sich wochenlang nicht im Geschäft blicken. Da der Geschäftsinhaber nur einige gute Sorten für seine Kunden fabrizierte, hatte Schröder hinreichend Zeit nicht nur seine umfangreiche Korrespondenz zur Verbreitung des *Sozialdemokraten* zu erledigen sondern auch an seiner eigenen geistigen Weiterbildung zu arbeiten.

Zum großen Leidwesen Schröders starb sein Fabrikant schon nach einigen Jahren. Die Verwandten übertrugen Schröder die Liquidation des Geschäfts, die er mit der größten Gewissenhaftigkeit erledigte. Von dieser Zeit an beginnt die journalistische Tätigkeit Schröders. Durch seine Parteitätigkeit war Schröder mit dem Genossen Fr. Meyer in Hamburg bekannt geworden, in dessen Buchdruckerei Anfang der neunziger Jahre eine Reihe Gewerkschaftsblätter hergestellt wurden. Fr. Meyer engagierte Schröder als Redakteur. Zu schriftstellerischer Tätigkeit bot ihm seine neue Stellung allerdings wenig Anlaß, da jedes der im Verlag von Fr. Meyer erscheinenden Blätter für den beruflichen Teil noch wieder seinen eigenen Redakteur besaß, die Leitartikel aber, die die Runde durch alle Blätter machten, von einigen freien Schriftstellern verfaßt wurden. Was Schröder hier aber lernte und was ihm später sehr zustatten kam, war die Technik der Herstellung einer Zeitung. 1893 wurde Schröder durch den Genossen Ignaz Auer, der immer einen sichern Blick für junge aufstrebende Kräfte besaß, aufgefordert in die Redaktion des *Vorwärts* einzutreten. Schröder erhielt zunächst den gewerkschaftlichen Teil zur Bearbeitung, war längere Zeit verantwortlicher Redakteur und wurde schließlich Lokalredakteur. In der *Vorwärts*redaktion entwickelte sich Schröder bald zu einem äußerst tüchtigen Schriftsteller. Seine Vorbilder waren Bruno Schoenlank und Ignaz Auer, der jahrelang, ohne selbst der Redaktion des *Vorwärts* anzugehören, doch eine sehr bedeutungsvolle Tätigkeit bei der Redaktion des politischen Teils des *Vorwärts* übte.

Auer und Schröder schätzten sich gegenseitig sehr hoch. Es waren verwandte Naturen. Beide besaßen die selben beiden Eigenschaften: ihr nie erlahmendes Pflichtgefühl und ihren goldigen, sonnigen Humor, der sie auch in den schwierigsten Situationen nie verließ. Schröder verstand es dem

meistens doch recht trockenen lokalen Teil des *Vorwärts* nicht nur eine prinzipielle sondern auch eine humorvolle Färbung zu geben. An den Berlinern schätzte Schröder vor allem ihren urwüchsigen Mutterwitz, und es bereitete ihm immer viel Vergnügen, wenn er selbst dem Geschmack der Berliner in seinem lokalen Teil nach dieser Richtung hin gerecht werden konnte. Zu den Genossen, die Schröders journalistische Tüchtigkeit zu würdigen wußten, gehörte auch August Bebel, der ihm nach seinem Ausscheiden aus der Redaktion des *Vorwärts* wiederholt darüber sein Bedauern aussprach. Schröder verließ bekanntlich die ihm sehr lieb gewordene Stellung im Jahr 1905, aus Anlaß des Konflikts der *Vorwärts*-Redaktion mit dem Parteivorstand. Als Lokalredakteur war Schröder bei der Sache direkt nicht beteiligt; aber er billigte sachlich durchaus den Standpunkt seiner 5 Kollegen, und deshalb war es für ihn als Gewerkschafter selbstverständlich Ehrensache Solidarität zu üben. Nach seinem Austritt aus der *Vorwärts*-Redaktion gab Schröder zunächst eine eigene Korrespondenz für Parteiblätter heraus. war hierauf vertretungsweise kurze Zeit in der Redaktion des Parteiorgans in Breslau tätig und übernahm dann die Redaktion der *Parteikorrespondenz*. Verlockende Angebote von bürgerlicher Seite, bei deren Annahme Schröder sich als Sozialdemokrat nicht das geringste vergeben hätte, lehnte er rundweg ab; er wußte, innere Befriedigung konnte ihm allein die Arbeit für die Partei gewähren, nicht eine rein journalistische Tätigkeit.

Der *Vorwärts*-Konflikt aber hatte bei Schröder in einer Beziehung eine völlige Wandlung herbeigeführt. In seiner Bescheidenheit hatte er es stets abgelehnt politischer Redakteur beim *Vorwärts* zu werden. Nach seinem Scheiden vom *Vorwärts* sehen wir, wie Schröder plötzlich öffentlich hervortritt, nicht als Redner, denn die Gabe des Redners war ihm nicht in besonderm Maß verliehen, aber als Mitarbeiter an den *Sozialistischen Monatsheften*. Die Leser der *Sozialistischen Monatshefte* wissen, welche wertvollen Beiträge sie dem Genossen Schröder verdanken. Feind jeder radikalen Phrase war Schröder stets bemüht der praktischen, positiven Arbeit Anhänger zu gewinnen. Er bekämpfte die radikale Richtung mit aller Schärfe, vermied es aber einen verletzenden Ton anzuschlagen; im Gegenteil, seine feingeistige, manchmal recht witzige Art zu argumentieren hatte etwas Versöhnendes an sich. Schröder wußte stets die Sache von der Person zu trennen; persönlich schätzte er die meisten seiner radikalen Gegner in der Partei sehr hoch, er betonte auch stets, daß er wisse, daß sie aus ehrlicher Überzeugung handelten, und er nahm es deshalb den einzelnen gar nicht so sehr übel, wenn sie auch einmal etwas ruppig gegen ihn wurden; mit feinem, humorvollen Lächeln suchte er dann den Gegner durch einen Scherz zu versöhnen.

Die letzte Arbeit Schröders war der Artikel zum diesjährigen Parteitag, der in den *Sozialistischen Monatsheften* erschien. Schon Ende August hatte sein Leiden, das ihn bereits jahrelang geplagt hatte, sich derart entwickelt, daß er sich einer Operation unterziehen mußte. Nachdem diese eben glücklich überstanden war, verfolgte er trotz vieler Schmerzen mit großem Interesse die Debatten auf dem Parteitag. Der Ausgang bereitete ihm große Freude. »Wie bist Du mit dem Parteitag zufrieden?« schrieb er an den Verfasser dieses aus Berlin am 23. September. »Ich so sehr, daß mir fast unheimlich wird vor dem glänzenden Sieg der Vernunft.«

Schröder glaubte nicht an sein baldiges Hinscheiden. Er hoffte im Sanatorium zu Schledehausen durch einen 4 wöchigen Aufenthalt wieder so weit zu Kräften zu kommen, daß er nach der Heimat, nach Hamburg, reisen könne. Lebend hat er sie nicht mehr erreicht. Sein letzter Wunsch aber wurde ihm erfüllt, sein sterblicher Leib ist nach Hamburg überführt worden, um im dortigen Krematorium eingeäschert zu werden.

Das, was Wilhelm Schröder für die Sozialdemokratie geleistet hat, kann in einem Artikel nicht gewürdigt werden. Er hat literarische Werke von bleibendem Wert geschaffen, er war ein Waffenschmied im Kampf für unsere Sache. Seine Agitationsschriften, sein *Handbuch der sozialdemokratischen Parteitage*, seine *Geschichte der sozialdemokratischen Parteiorganisationen* und andere Arbeiten werden seinen Namen in der Partei unvergänglich machen. Aber was die meisten Genossen nicht wissen, das soll an dieser Stelle gesagt werden: In Wilhelm Schröder verliert die Partei einen ihrer pflichttreuesten Arbeiter. Still und bescheiden, ohne von sich und seiner Arbeit viel Aufhebens zu machen, arbeitete er unverdrossen von früh bis spät; nur äußerst selten vergönnte er sich persönlich einmal eine Abwechslung. Er arbeitete für die Partei in nie rastendem Fleiß auch während der Zeit, als er eine ihm als verantwortlichem Redakteur zuerkannte längere Gefängnisstrafe verbüßte. Die Arbeiten Schröders für das Archiv der Partei, für seine literarischen Werke werden nur die zu würdigen imstande sein, die aus eigener Erfahrung wissen, welch eine unendliche Geduld, welche unsägliche Mühe dazu gehört das Material für solche Arbeiten zusammenzusuchen. Selten kam über seine Lippen eine Klage über Überanstrengung. Nur als er vor 2 Jahren ein Sanatorium aufsuchen mußte, meinte er: es sei doch der Arbeit wohl etwas zu viel gewesen, daß seine Nerven so weit herunter wären. Doch lange duldete es ihn nicht im Sanatorium, sein Pflichteifer trieb ihn zurück zur Arbeit. Seit jener Zeit kränkelte er. Trotzdem wirkte er unablässig weiter, bis endlich die seinen Körper verheerende Krankheit ihn zwang die Feder aus der Hand zu legen, und der Tod dem treuen Arbeiter der Partei die Augen für immer schloß.

Wer das Andenken Wilhelm Schröders ehren will, der gehe hin und tue dergleichen!

XX

WILHELM KOLB · DIE GROSSBLOCKPOLITIK UND DIE BADISCHEN LANDTAGSWAHLEN 1913



IT einem erheblichen Verlust von Stimmen und Mandaten für die Sozialdemokratie und einem ebensolchen Gewinn für das Zentrum und die Konservativen haben die diesmaligen badischen Landtagswahlen ihren Abschluß gefunden. Die Sozialdemokratie hat zirka 11 600 Stimmen und 7 Mandate verloren, das Zentrum zirka 15 000 Stimmen und 5 Mandate gewonnen. Der künftige Landtag setzt sich aus 29 (bisher 25) Mitgliedern des Zentrums, 20 (bisher 17) Nationalliberalen, 13 (bisher 20) Sozialdemokraten, 5 (bisher 7) Fortschrittlern und 5 (bisher 3) Konservativen zusammen. Die Rechte hat 6 Mandate gewonnen, die Linke ebenso viele verloren. Nur mit knapper Not konnte eine konservativ-klerikale Mehrheit verhütet werden. Es ist wohl

der Mühe wert dieses politisch gewiß in höchstem Grad unerfreuliche Wahlergebnis auf seine Ursachen hin zu prüfen und um so mehr als sowohl die Reaktion als auch der linke Flügel der Sozialdemokratie politische Schlußfolgerungen daraus gezogen haben, die nichts weniger als zutreffend sind.

Will man überhaupt ein richtiges Bild von der diesjährigen badischen Landtagswahl gewinnen, so darf man deren Resultate nicht allein mit dem des Jahres 1909 vergleichen sondern muß auch das Wahlergebnis des Jahres 1905 mit in die Betrachtung hereinziehen. 1905 wurde zum erstenmal in Baden unter dem direkten Wahlrecht gewählt. Die Einführung des direkten Wahlrechts hatte eine grundlegende Verschiebung in der politischen und Parteikonstellation zur Folge. Während bis dahin Zentrum, Sozialdemokratie und Linksliberale in einer Front gegen die Nationalliberalen und Konservativen gekämpft hatten, schlossen sich alsbald nach der Verfassungsreform des Jahres 1904 die Nationalliberalen mit den Linksliberalen zu dem liberalen Block zusammen, während die Konservativen sich an das Zentrum anlehnten. Bei den Wahlen von 1905 stimmte das Zentrum in einer Reihe von Wahlkreisen schon im 1. Wahlgang für die Konservativen, um den Liberalen ihre Mandate streitig zu machen. Diese Wahlen brachten dem Zentrum im 1. Wahlgang 28 von den 73 Mandaten, die Sozialdemokratie erhielt 5, während der liberale Block es nur auf 14 Mandate brachte. Den Konservativen fiel in der Hauptwahl nur 1 Mandat zu, durch die Unterstützung des Zentrums gelangten sie aber in 4 weiteren Wahlkreisen in eine aussichtsreiche Stichwahl. Schon damals hätte die schwarzblaue Reaktion die Mehrheit erobert, wenn nicht zwischen Haupt- und Stichwahl der Großblock zustande gekommen wäre, der einen geschlossenen Aufmarsch der Linken für die Stichwahl ermöglichte, so daß das Zentrum in der Stichwahl kein einziges Mandat mehr gewinnen konnte. Es mußte sich damit begnügen den Konservativen 3 weitere Sitze zu verschaffen, während alle übrigen Stichwahlen zugunsten der im Großblock vereinigten Parteien ausfielen. Dieser über alles Erwarteten glänzende Erfolg des Großblocks überraschte das Zentrum um so mehr, als es vorher niemals mit der Möglichkeit gerechnet hatte, daß die Nationalliberalen mit der Sozialdemokratie ein förmliches Bündnis abschließen würden.

Ein wesentlich anderes Bild gaben die Wahlen des Jahres 1909. Kurz vorher war im Reichstag die Reichsfinanzreform durchgegangen, die in den breitesten Schichten des Volkes überall eine gewaltige Empörung auslöste. Diese Stimmung fand bei den badischen Landtagswahlen von 1909 ihren Niederschlag in einem mächtigen Emporschnellen der sozialdemokratischen Stimmen, die von 50 431 im Jahr 1905 auf 86 078, also um 70 % stiegen. Die Sozialdemokratie eroberte 10 Mandate im 1. Wahlgang. In manchen Wahlkreisen, besonders in solchen mit überwiegend ländlicher Bevölkerung, war die Stimmenzahl der Sozialdemokratie gegenüber der von 1905 um 200 bis 300 %, ja noch stärker angewachsen. Aber auch in den Städten war der Stimmenzuwachs für unsere Kandidaten ein abnorm großer; er rührte hauptsächlich aus den Kreisen der Beamten her, die mit der vom Landtag 1905-1906 votierten Gehaltstarifreform äußerst unzufrieden waren und ihrer verärgerten Stimmung durch Abgabe eines sozialdemokratischen Stimmzettels Ausdruck verliehen. Im Gegensatz zu diesem außerordentlichen Erfolg der Sozialdemokratie stand damals der Mißerfolg

fast aller bürgerlichen Parteien. Die Stimmenzahl des Zentrums ging von 125 453 im Jahr 1905 auf 91 176 zurück, die der nationalliberalen Partei von 89 393 auf 75 094. Nur die fortschrittlichen Stimmen stiegen von 15 076 auf 20 993. Dem Stimmenverlust entsprach beim Zentrum und den Nationalliberalen auch der Verlust an Mandaten. Während das Zentrum 1905 im 1. Wahlgang 28 Sitze eroberte, erhielt es 1909 nur 23. Die Nationalliberalen brachten es auf ganze 4 Mandate, die Fortschrittler auf 1, und die Konservativen erhielten in der Hauptwahl überhaupt kein Mandat. Der Großblock kam zum zweitenmal zustande, mit dem Erfolg, daß die Konservativen nur noch 3, das Zentrum 2 Mandate erhielten, während die Nationalliberalen 13, die Sozialdemokratie 10 und die Fortschrittler 6 weitere Sitze eroberten. Die Mehrheit der Linken hatte also gegen 1905 eine Verstärkung von 4 Mandaten erhalten, wobei noch berücksichtigt werden muß, daß durch die Erhöhung der Mandatszahl der Sozialdemokratie von 12 auf 20 das Schwergewicht der Linken nach links verschoben wurde.

Wenn der diesjährige Wahlausfall ein direkt entgegengesetztes Bild bietet, und die Gefahr einer konservativ-klerikalen Mehrheit wieder in greifbare Nähe gerückt ist, so kommen dafür verschiedene Ursachen in Betracht. Zunächst möchte ich feststellen, daß gar kein Grund zu der Schwarzmalerei vorliegt, zu der die Verluste unserer Partei in Baden verschiedene sozialdemokratische Blätter veranlaßten. Wir haben rund 11 600 Stimmen weniger erhalten als 1909; das ist gewiß ein schmerzlicher, aber auch ein durchaus erklärlicher Verlust. Ich habe schon darauf hingewiesen, daß 1909 in verschiedenen, vorwiegend ländlichen Kreisen unsere Stimmenzahl um 200, 300 % und noch mehr in die Höhe ging. Es liegt auf der Hand, daß dies keine normale Entwicklung darstellte. Ein Rückschlag war hier unausbleiblich. Ebenso in Karlsruhe, wo unsere Stimmenzahl um zirka 80 % gestiegen war. Dieser enorme Zuwachs setzte sich zu einem sehr erheblichen Teil aus Zentrums- und liberalen Stimmen zusammen, die auch bei der denkbar prinzipiellsten Aufklärung nicht für unsere Partei gehalten werden konnten. Nichts törichter als der Vorwurf, die badische Sozialdemokratie habe ihren Verlust bei den diesjährigen Landtagswahlen dem Mangel solcher prinzipiellen Aufklärung zu verdanken. Unsere Partei stand im Jahr 1909 in Wahlkreisen in Stichwahl, in denen wir trotz eifrigster Agitation weder mit unserer Organisation noch mit unserer Presse festen Fuß fassen konnten, ja wo uns zum Teil kaum Versammlungslokale zur Verfügung stehen. Die abnorm große Zahl sozialdemokratischer Stimmen war hier nichts weiter als der Ausdruck des Mißmuts über die Haltung der bürgerlichen Parteien bei der Reichsfinanzreform. Vergleicht man die Stimmenzahl dieses Jahres mit der von 1905, so sieht man sofort, daß gar kein Anlaß vorliegt über die *schwere Niederlage* der badischen Sozialdemokratie Zetermordio zu schreien. Den 50 431 Stimmen des Jahres 1905 stehen 74 328 Stimmen in diesem Jahr gegenüber, also ein Plus von 23 887 Stimmen oder von 48 %. Für ein Land mit der sozialen Gliederung Badens ist dies eine durchaus befriedigende Entwicklung, zumal wenn man berücksichtigt, wie schwer es für unsere Partei heute noch ist in ländlichen Kreisen festen Fuß zu fassen. Und ebenso unberechtigt wie der Jammer über die *schwere Niederlage* der Sozialdemokratie ist der Jubel über die *großen Erfolge* der Reaktion. Das Zentrum hat noch niemals eine so intensive

Agitation entfaltet wie für die diesjährigen Landtagswahlen; noch niemals früher hat die katholische Klerisei sich mit solcher Wucht in den Wahlkampf gestürzt, mit Hilfe dieser Klerisei wurde der letzte Zentrumswähler diesmal an die Urne geschleppt. Und der Erfolg? Das Zentrum vermochte nicht einmal seine Stimmenzahl vom Jahr 1905 zu erreichen. Damals erzielte es 125 453 Stimmen, in diesem Jahr nur 116 170, das heißt also 9283 Stimmen weniger. Selbst wenn man die Stimmen hinzurechnet, die es diesmal im 1. Wahlgang für nationalliberale Kandidaten abkommandierte, bleibt immer noch ein Verlust von 4000 bis 5000 gegen 1905. Wenn die Konservativen einige Tausend Stimmen gewannen, so verdanken sie dies ausschließlich der Agitation der evangelischen Geistlichen, die sich in diesem Jahr zum erstenmal in erheblicher Zahl an der politischen Propaganda für den schwarzblauen Block beteiligten. Von einer Rechtsschwenkung der Wähler kann gar keine Rede sein. Auch das läßt sich zahlenmäßig beweisen. Während 1905 der Rechtsblock insgesamt 136 599 Wähler (46,2 % der abgegebenen Stimmen) aufbrachte, der Linksblock 155 500 (52,8 %), wurden in diesem Jahr für den Rechtsblock 148 127 (44,4 %), für den Linksblock 185 184 (55,5 %) Stimmen abgegeben. Dabei war die Wahlbeteiligung in diesem Jahr stärker als im Jahr 1905, sie betrug 79,2 % gegen 77,1 % damals. Relativ und absolut hat also die Linke gegenüber der Rechten gewonnen. Betrug 1905 der Überschuß der Stimmen der Linken nur 18 900, so stieg er 1913 auf 37 057. Es fand also eine starke Entwicklung nach links statt, wobei der größere Anteil der Sozialdemokratie und den Fortschrittlern zufiel. Die Stimmenzahl der Sozialdemokratie belief sich 1905 auf 17 %, 1913 auf 22,3 % der abgegebenen Stimmen; bei den Fortschrittlern war das Verhältnis 9,1 % im Jahr 1913 zu 5,3% im Jahr 1905, bei den Nationalliberalen 24,1 % im Jahr 1913 zu 30,2 % im Jahr 1905. Also nicht nur im ganzen fand eine Entwicklung nach links statt sondern auch innerhalb der Linken selbst.

Diesen Tatsachen gegenüber fällt der Mandatsgewinn der Rechten bei den diesjährigen Landtagswahlen nicht entfernt so schwer ins Gewicht wie es bei oberflächlicher Betrachtung erscheint. Dieser Mandatsgewinn ist nicht, wie die reaktionäre Presse jetzt freudetaumelnd verkündet, auf eine Rechtsschwenkung der Wähler zurückzuführen. Er resultiert aus der raffinierten Taktik des Zentrumsführers Wacker und andererseits daraus, daß die Linke nicht den Mut besaß diese Taktik der Rechten zu durchkreuzen, obwohl man ihre Folgen mit Sicherheit voraussehen konnte. Ebenso konnte man schon vor Monaten gewiß sein, daß die Verluste der Linken fast ausschließlich die Sozialdemokratie treffen würden. Der Mandatsverlust unserer Partei hat uns, die wir die Verhältnisse kannten, in keiner Weise überrascht. Es wäre noch viel schlimmer gekommen, wenn es wahr wäre, was die *Leipziger Volkszeitung* am 24. Oktober verkündete: daß nämlich der Großblock tot war, bevor er überhaupt ernsthaft in Funktion treten konnte. Glücklicherweise hat die *Leipziger Volkszeitung* wieder einmal daneben prophezeit: Der Großblock ist nicht tot, er ist heute lebendiger als jemals früher, er hat bei den Stichwahlen am 30. Oktober einen Erfolg erzielt, größer als seine Erfolge von 1905 und 1909. Das freilich ist wahr: Die Großblockmehrheit in der Zweiten Kammer wird auf schwächeren Füßen stehen als die der beiden früheren Legislaturperioden. Ja, es ist möglich, daß nicht

der Großblock; sondern seine Gegner im künftigen Landtag die Mehrheit haben. Das könnte dann sein, wenn die vom Zentrum gewählten Nationalliberalen mit dem Zentrum und den Konservativen gegen den Großblock stimmen würden. Bestimmtes weiß man darüber heute noch nicht. Bei den Nationalliberalen hat sich schon mehr als einer vom Großblocksaulus zum Großblockpaulus entwickelt.

Aber darauf kommt es auch gar nicht an, wenn man darüber urteilen will, ob der Großblock ein »Phantom der Vergangenheit« ist, oder ob er noch lebt und die in ihm verkörperte politische Tendenz sich als tüchtiger und lebensfähiger erweist als die ihm entgegengesetzten politischen Tendenzen. Die Frage ist vielmehr: Können die Liberalen und auch die Sozialdemokratie den Großblock überhaupt preisgeben, wenn sie nicht mit voller Absicht der schwarzblauen Reaktion die Herrschaft in Baden abtreten wollen? Daß die Wähler der Linken bei uns die Notwendigkeit des Großblocks begriffen haben, steht außer allem Zweifel. Wenn er diesmal parlamentarisch geschwächt aus dem Wahlkampf hervorging, so nur deshalb, weil seine Führer nicht den Mut und die Entschlossenheit besaßen aus der politischen Gesamtsituation die erforderlichen taktischen Konsequenzen gegenüber der Taktik der Reaktion zu ziehen. Ich habe schon vor mehr als einem Jahr in einer Konferenz der Vertrauensmänner unserer badischen Partei erklärt: Wenn wir bei den Landtagswahlen im Jahr 1913 nicht schon im 1. Wahlgang den Großblock aufmarschieren lassen, wird das Zentrum mit seinen konservativen Hilfstruppen mit größter Wahrscheinlichkeit die Mehrheit in der Zweiten Kammer erobern, und zwar auf Kosten der Sozialdemokratie. Meine damaligen Ausführungen fanden allseitige Zustimmung, und bald darauf wurden Unterhandlungen mit den Liberalen wegen Abschluß eines Großblockabkommens für den 1. Wahlgang eingeleitet. Die Grundlage sollte die gegenseitige Garantierung des Besitzstands an Mandaten sein. Auch bei den Liberalen fand der Gedanke Beifall. Leider wurden die Verhandlungen so lange hinausgezögert, bis schließlich hien wie drüben die Bedenken gegen diese Taktik so groß wurden, daß eine Verständigung nicht mehr möglich war. Und doch hätte dadurch allein die Taktik des Zentrumsführers Wacker durchkreuzt werden können, die man vor allem kennen und verstehen lernen muß, um die Notwendigkeit des Großblocks für den 1. Wahlgang zu begreifen.

Im Jahr 1905 ließ sich das Zentrum durch den Großblock überraschen; damals hielt es ihn für eine vorübergehende Erscheinung. Als es aber im Jahr 1909 durch den Großblock abermals um alle seine Hoffnungen gebracht wurde, wurde es Wacker klar, daß es für ihn nur noch einen Weg gab, um das Ziel seiner politischen Lebensarbeit zu erreichen: die Zertrümmerung des Großblocks. Dieser war für die Reaktion und insbesondere für das Zentrum um so gefährlicher, als die Großblocktaktik notwendigerweise auch einen politischen Rückschlag bei den Nationalliberalen bewirken mußte und auch bewirkt hat. Dazu kam, daß der Großblock auch außerhalb Badens Schule machte. Die politische Herrschaft der Reaktion beruht ja in Deutschland hauptsächlich auf der Uneinigkeit und politischen Kurzsichtigkeit ihrer Gegner, die sich gegenseitig fortgesetzt versichern, daß ein Block der Linken ein politisches Phantom sei, auf das nur politische Illusionisten à la Naumann Hoffnungen setzen könnten. Wie in absehbarer

Zeit in Deutschland die konservativ-klerikale Reaktion überwunden werden könne, darüber vermögen die prinzipiellen Gegner des Blocks der Linken allerdings keinen Aufschluß zu geben. In Baden hat sich nun zum erstenmal gezeigt, daß der Block der Linken kein Phantom, sondern daß er möglich ist, und durch ihn die Reaktion politisch matt gesetzt werden kann. Was in Baden möglich ist, kann in Württemberg, Bayern, Sachsen und schließlich auch in Preußen aber nicht absolut unmöglich sein. Ja, wenn erst in einigen der größeren Bundesstaaten der Großblock in Aktion treten kann, so ist es nicht mehr eine Frage des Prinzips sondern nur noch der Zeit und der Umstände, wann er auch im Reich möglich und notwendig wird. So kalkuliert die Reaktion, und sie hat recht. Daher auch der wütende Haß gegen den Großblock in Baden und gegen alles, was irgendwie damit in Verbindung gebracht werden kann. Die Reaktion sieht in dieser Frage viel klarer und infolgedessen auch viel weiter als unsere Gegner, weil sie die besseren Politiker besitzt. Diese politische Kurzsichtigkeit zeitigt nun auch die Kurzsichtigkeit der Taktik. Das Zentrum und die Konservativen würden niemals die Torheit begehen sich ein Jahr vor den Wahlen taktisch festzulegen und damit ihren Gegnern alle Trümpfe für die Wahlen in die Hände zu spielen. Die schwarzblaue Reaktion muß alles gegen den Großblock aufbieten, denn hier handelt es sich für sie um Sein oder Nichtsein. Aus dieser politischen Erkenntnis hat der Zentrumsführer Wacker in Baden die taktischen Konsequenzen gezogen. Für ihn stand es fest, daß, wenn es ihm nicht gelänge den Großblock zu sprengen, das Zentrum in Baden nicht nur auf die politische Herrschaft verzichten, sondern daß es mit seiner Partei rückwärts statt vorwärts gehen müsse und die notwendige Folge der Aufrechterhaltung des Großblocks eine immer weiter greifende politische Arbeitsgemeinschaft zwischen Liberalismus und Sozialdemokratie sei. Auf diese politisch logische Erkenntnis hat Wacker seine Taktik für die Wahlen, und zwar ebenso für die Reichstags- wie für die Landtagswahlen, eingestellt. Diese Taktik des badischen Zentrums wird (ich will auch einmal prophezeien) schon bei den nächsten Reichstagswahlen die Taktik der deutschen Reaktion sein. Zentrum und Konservative werden alles daran setzen die Nationalliberalen für sich zu gewinnen, um damit der Möglichkeit einer nach links gerichteten politischen Orientierung im Reich einen Riegel vorzuschieben.

Mit allen Mitteln der Demagogie hat das Zentrum in Baden versucht die Nationalliberalen vom Großblock loszulösen. Als es damit keinen Erfolg hatte, setzte es bei der Sozialdemokratie ein. Die Befürworter des Großblocks bei der Sozialdemokratie wurden als *Prinzipienverräter* verschrien, als politische Streber, die kein anderes Ziel verfolgten als möglichst schnell auf Ministersesseln Platz nehmen zu können. Auf diese Weise versuchte die Zentrums Presse fast täglich die Stimmung der sozialdemokratischen Wähler gegen den Großblock zu beeinflussen. Gelang es dem Zentrum unsere Wähler gegen ihn mobil zu machen, dann hatte es mit den Nationalliberalen gewonnenes Spiel. Um die sozialdemokratischen Wähler gegen den Großblock aufzubringen und die sozialdemokratische Partei in die denkbar ungünstigste Situation zu versetzen, gab das Zentrum bei den letzten Reichstagswahlen im Wahlkreis Pforzheim seine Stimmen schon im 1. Wahlgang dem nationalliberalen Großblockgegner Wittum und verhin-

derte dadurch den Sieg des sozialdemokratischen Kandidaten. Es unterstützte dann bei den Stichwahlen im Wahlkreis Karlsruhe-Bruchsal einen begeisterten Anhänger des Großblocks, den Fortschrittler Dr. Haas, und entriß unserer Partei damit ein weiteres Mandat, so daß Baden heute nur durch 1 sozialdemokratischen Abgeordneten im Reichstag vertreten ist. Das Zentrum hatte gehofft mit dieser Taktik, die die Sozialdemokratie 2 Mandate kostete und es den Liberalen unmöglich machte unserer Partei für deren Stichwahlhilfe (in den Wahlkreisen, in denen Liberale gegen Zentrums-kandidaten standen) irgendein Äquivalent zu bieten, die sozialdemokratischen Wähler so zu erbittern, daß sie in der Stichwahl nicht mehr für die liberalen Kandidaten stimmen würden. Auf diesem Umweg wollte das Zentrum seine gefährdeten Reichstagsmandate retten. Aus diesem Beispiel sieht man, daß das Zentrum mit der Unterstützung der Liberalen nicht diesen sondern sich selbst helfen wollte.

Als damals in der berechtigten Empörung über unsere Niederlagen, die so durch das Zentrum herbeigeführt waren, ein Teil der Genossen die Großblocktaktik verantwortlich machte, gab die Zentrums Presse sich die erdenklichste Mühe die Genossen in diesem Irrtum zu bestärken. In Wort und Schrift warnte ich vor diesem Trugschluß und erklärte, das Zentrum werde bei den nächsten Landtagswahlen das Pforzheimer Experiment überall dort anwenden, wo sozialdemokratische Mandate mit Zentrumshilfe den Liberalen in die Hände gespielt werden können. Bald darauf hat Herr Wacker in einer Rede in Lörrach dies auch offen zugestanden. Er erklärte, es handle sich für das Zentrum in erster Linie darum die Sozialdemokratie um etwa die Hälfte ihrer Mandate zu bringen. Er verschwieg aber, daß beim Gelingen dieses Experiments die Nationalliberalen mindestens ebenso viele Mandate an das Zentrum verlieren würden. Den Gewinn hätte also lediglich dieses gehabt und damit zugleich die klerikal-konservative Mehrheit. Sollte diese Wackertaktik, deren Zweck nebenbei noch war die Rechtsliberalen zu stärken, nicht den erhofften Erfolg haben, so gab es nur ein Mittel: den **Großblock** im 1. Wahlgang, durch den das Zentrum zugleich aus der Offensive in die Defensive gedrängt worden wäre. Leider hat man das auf der Seite der Linken nicht erfaßt. So blieb schließlich nichts anderes übrig als zu einem Notbehelf seine Zuflucht zu nehmen. Die liberalen Parteien erklärten sich bereit in den Wahlkreisen, wo die Wackertaktik gegen die Sozialdemokratie in Anwendung kommen sollte, je einen fortschrittlichen und nationalliberalen Kandidaten aufzustellen, damit es zu einer Stichwahl käme und so der Abschluß des Großblocks für den 2. Wahlgang gesichert wäre. Dieses Notexperiment gegen die Wackertaktik hatte aber nicht den gewünschten Erfolg. In 2 Wahlkreisen, die bisher sozialdemokratisch vertreten waren, wurden trotz der liberalen Doppelkandidaten mit Hilfe des Zentrums und der Konservativen die nationalliberalen Kandidaten gewählt. Einen Wahlkreis verlor unsere Partei durch die neue Wahlkreiseinteilung (Karlsruhe), einen durch die Eingemeindung eines großen Orts, der bei der letzten Wahl über 500 Stimmen für unsern Kandidaten brachte (Ettlingen-Rastatt), einen, den wir vor 4 Jahren nur infolge der Uneinigkeit der Liberalen eroberten (Lörrach Land) und wo diesmal die Liberalen zusammengingen. Einen Wahlkreis (Schopfheim-Schönau) hatten wir vor 4 Jahren einem Zufallserfolg zu verdanken, und in Freiburg

verloren wir unsern Sitz mit nur wenigen Stimmen bei der Stichwahl gegen das Zentrum, das von liberalen Hausbesitzern Unterstützung erhielt. In der Stadt Lahr siegten wir vor 4 Jahren mit Zentrumshilfe; da diese uns diesmal fehlte, mußte das Mandat verloren gehen. Was wir aus eigener Kraft erobern konnten, ist erobert worden. Daß unsere Position für die Stichwahlen ungleich ungünstiger war als vor 4 Jahren, war vorauszu- sehen. Wollten wir diese Verluste verhindern, so war das nur durch den Großblock im 1. Wahlgang möglich, denn alle die Mandate, die uns verloren gingen, konnten nur mit Unterstützung der Liberalen gehalten werden.

Man sieht aus diesen Tatsachen, daß es mit der *schweren Niederlage* der badischen Sozialdemokratie bei den diesmaligen Landtagswahlen doch eine andere Bewandnis hat als es auf den ersten, oberflächlichen Blick scheinen könnte. Wir haben nichts, absolut nichts verloren, was wir ohne den Großblock hätten erhalten können. Unser Stimmenrückgang sowohl wie unsere Mandatsverluste sind ohne weiteres erklärlich, sobald man die Verhältnisse berücksichtigt, die dazu geführt haben. Auch bei äußerster Anstrengung war es für die badische Sozialdemokratie schlechterdings unmöglich den anormalen Stimmenzuwachs vom Jahr 1909 zu halten. Sie hat trotzdem in den letzten 8 Jahren ihre Stimmenzahl um 48 %, das heißt fast um die Hälfte erhöht. Wo in einem andern deutschen Bundesstaat sind in dem gleichen Zeitraum mehr Stimmen gewonnen worden? Etwa in Leipzig, Erfurt, Halle, wo die Verhältnisse ungleich günstiger liegen? Und war bei der Reichstagswahl-niederlage vom Jahr 1907 etwa die *ungenügende prinzipielle Aufklärung* schuld? Damals haben wir überall im Reich alte Stammsitze verloren, während wir gerade in Baden unsere Reichstagsmandate behaupteten. Wann endlich wird man in unserer Parteipresse aufhören Wahlergebnisse nach Schema F zu prüfen und zu beurteilen?

Die badische Sozialdemokratie hat nicht die mindeste Ursache der nächsten Landtagswahl pessimistisch entgegenzusehen. Keine Partei in Baden hat in den letzten 8 Jahren auch nur entfernt einen solchen Stimmenzuwachs zu verzeichnen wie die Sozialdemokratie, keine verfügt über so ziel-sichere disziplinierte Wählermassen. Der Erfolg der konservativ-klerikalen Reaktion bei den letzten Landtagswahlen ist ein taktischer, aber kein poli-tischer. Auch dieser taktische Erfolg wäre nicht möglich gewesen, wenn die Linke sich der Rechten taktisch gewachsen gezeigt hätte. Die Kritiker des Großblocks in der Sozialdemokratie sind die allerletzten, die sich über die Verluste unserer Partei entrüsten dürfen, denn sie sind mit in erster Linie daran schuld, wenn es nicht im 1. Wahlgang zum Großblock gekommen ist. Diese politischen Besserwisser sollen uns doch erst einmal auseinander-setzen, wie sie sich die politische Entwicklung in den nächsten 20 Jahren denken, wie sie die Reaktion aus dem Sattel werfen wollen. Für mich ist der Großblock wahrhaftig nichts weniger als ein Ideal. Allein ich mag über das Problem der deutschen Politik nachdenken, so lange ich will, ich finde keinen andern Ausweg aus der Sackgasse, in der sich der Liberalismus wie die Sozialdemokratie befinden, als eine politische und taktische Kooperation zwischen beiden Parteien. Daß sie große Schwierigkeiten hat, weiß ich so gut wie die Gegner dieser Auffassung. Ich weiß ebensogut wie sie, daß der Liberalismus in seiner heutigen Verfassung noch nicht für eine großzügige Politik liberaler und demokratischer Reformen reif ist. Allein ich bin

genössischen Leser und die sonstige Mitwelt triumphierend zu fragen: ob sich nicht auch im vorliegenden Fall diese oder jene *prinzipielle* Erkenntnis und Anschauung über den Gang der kapitalistischen Entwicklung, über die Haltung der Gegner, über die Vertreter anderer Richtungen (außerhalb, aber vor allem auch innerhalb der Partei) wiederum, wie alle unsere Voraussagen, glänzend bestätige.

Leider ritten jedoch die Beteiligten gerade diesmal recht verschiedene Steckenpferde, und so stehen wir denn letzten Endes vor den befremdendsten Widersprüchen, die sich keinesfalls lediglich aus der Verwickeltheit der Frage selber erklären lassen.

Einige unserer *Radikalsten* haben bekanntlich die Weltgeschichte dahin durchschaut, daß der Kapitalismus auch handelspolitisch immer mehr zu Staatseingriffen nötige, daß der *Freihandel* unter diesen neuen historischen Voraussetzungen eine *reaktionäre* Politik geworden und schon deshalb niemals wieder in wirkliches Leben zurückzurufen sei. Die so gerichteten Blätter bleiben sich selbstverständlich nur treu, wenn sie demgemäß auch die Wilsonsche Zollreform als vergängliches Blendwerk von oben herab kurz und geringschätzig abtun. So schrieben unter anderen die *Schwäbische Tagwacht* und die *Leipziger Volkszeitung* am 25. Oktober übereinstimmend:

»Die Zollsätze des neuen Tarifs sind durchschnittlich um [?] 26 % niedriger als die des alten — allerdings nur auf dem Papier. Wie es damit in Wirklichkeit wird, hängt von der Willkür der Warenabschätzer und der Anwendung der Ausführungsvorschriften ab, die der Schikane Tür und Tor öffnen. Wenn auch alle übrigen Mängel des neuen Zolltarifs auf die Oberflächlichkeit und die Hast der Verhandlung und Beschlußfassung zurückzuführen sein mögen: gerade die beiden Erzfehler wurden mit Vorbedacht begangen, um den naiven Massen der Bevölkerung den *guten Willen* der am Ruder befindlichen Demokraten vorzugaukeln, zugleich aber den kapitalmächtigen Trusts die Gelegenheit zu geben hinter den Zollschranken das Publikum in gleichem Maß wie bisher auszuwuchern Man muß sich darauf gefaßt machen, daß auf dem Weg der Abschätzung die *im Interesse des Volkes* beschlossenen Zollermäßigungen illusorisch gemacht, wenn nicht gar in ihr Gegenteil verkehrt werden Bei loyaler Anwendung würde der neue Zolltarif eine Ermäßigung der Zölle bedeuten. Aber an diese loyale Durchführung glaubt niemand recht; dagegen ist die Zahl derjenigen Legion, die überzeugt sind, daß die tatsächlichen Zölle auf nichtzollfreie Waren nach einer gewissen, auf die Täuschung der Konsumenten berechneten Übergangsperiode trotz der papierernen Reduktionen durch Verwaltungskniffe und -schliche noch höher [!] getrieben werden als sie unter dem soeben aufgehobenen, nach Payne und Alrich benannten Wucherzolltarif waren.«

Man sieht, die von vornherein fest gegebene Grundformel bleibt unerschüttert: nur scheinbar freierer Handel, in Wirklichkeit womöglich »noch höhere« Absperrung. Was in diese Schablone nicht paßt, bleibt unbeachtet oder wird so lange zurechtgeknetet, bis es sich in die alten liebgewordenen Gedankengänge und Glaubenssprüchlein einfügt. Wir sind nicht umsonst aus der Landeskirche mit ihren Dogmen ausgetreten sondern haben uns reichlich Ersatz dafür geschaffen.

Eine andere Parteirichtung aber ist auch *radikal* und schwört dennoch auf den Freihandel, den sie hinter allen vergänglichen Verirrungen der jüngsten Zeit als einzig hoffnungsvolle, zielgebende Gegenwarts- und Zukunftskraft wiedererkennt. Für sie ist es nunmehr »unausbleiblich, daß dieser handelspolitische Umschwung in den Vereinigten Staaten eine Rückwirkung auf Europa haben muß, dessen kontinentale Industrieländer ihre industrielle Entwicklung gleichfalls hinter Hochschutzzollmauern eingezwängt haben«.

»Müssen sie jetzt schon im Ausland schwer ankämpfen gegen die Konkurrenz des freihändlerischen England, so bedroht sie der Übergang der Vereinigten Staaten zum Freihandelssystem mit einer weit überwältigendern Konkurrenz . . . Mit der Entmilitarisierung Europas hat es zwar noch gute Wege; aber die Entlastung der exportfähigen europäischen, besonders der deutschen Industrie durch Aufhebung des Schutzzollsystems wird notwendig, sobald die Vereinigten Staaten damit vorgegangen sind. So wird jetzt — in Amerika dem deutschen Schutzzollsystem das Totenglöcklein geläutet.«¹⁾

Aus dem später zu Entwickelnden dürfte hervorgehen, daß der glaubensstarke gl.-Verfasser bei solchen übertriebenen Schönmalereien den amerikanischen Zolltarif wohl kaum jemals in der Hand gehabt haben kann. Aber er mag sich trösten; andere Blätter wußten mit dem verwickelten Ding noch weniger etwas Rechtes anzufangen. Der *Vorwärts* dabei an der Spitze. Den Lesern der *Sozialistischen Monatshefte* ist es bekannt, wie er beispielsweise die herausfordernde schutzzöllnerische Ausschreitung: die vollständige Absperrung gegen jegliches Kinderarbeitserzeugnis seitens eines Landes, das selber der allerschreiendsten Kinderausbeutung in einzelnen seiner Gliederstaaten tatenlos zusieht, »nur zu begrüßen« wußte und lediglich die niederträchtige »bürgerliche Presse jammern« ließ, daß diese neuen Beschlüsse der Zollkommission »nur Schikane [!] seien.«²⁾ Aber nach einigem verlegenen Schweigen verfocht das gleiche Blatt, Arm in Arm mit dieser »bürgerlichen Presse«, zum Schluß das genaue Gegenteil, in einer als Leitartikel abgedruckten New Yorker Korrespondenz:

»Sehr zweideutig ist auch die so human und sozial klingende Vorschrift, daß Waren, deren Herstellung zum größten Teil durch Kinder erfolgte, von der Einfuhr ausgeschlossen sind. Wenn unsere Gesetzgeber der Schande der Kinderarbeit ein Ende bereiten wollen, so haben sie hierzulande, namentlich im Süden, nur allzu reichlich Gelegenheit diesen löblichen Entschluß zu betätigen. Das in den Zolltarif aufgenommene, an und für sich ja nur zu begrüßende Einfuhrverbot ist denn auch nichts weiter als ein heuchlerischer Versuch das Gebiet der virtuos geübten Zollschikane [!] zu erweitern und durch diesen Winkelzug die Wirkung der Zollrevision zugunsten besonders mächtiger Industrien wieder aufzuheben, ja sogar in ihr Gegenteil zu verkehren.«

Um dieser vollendeten Ratlosigkeit einigermaßen entgegenzuwirken, scheint es das beste heute einmal von jeder *prinzipiellen* Betrachtung und Bewertung abzusehen und um so nüchterner einige wichtigeren Tatsachen der deutschen und der amerikanischen Zollpolitik hervorzuheben und zu vergleichen. Zur Ergänzung genüge einstweilen der frühere Aufsatz über die amerikanischen Zollreformen.³⁾



EN Triumph des *Freihandels* erblickt man vor allem in der Herabsetzung der amerikanischen Durchschnittszollhöhe von über 40 auf etwa 26 % der Warenwerte. Die vorläufig nur geschätzten künftigen 26 % sind vielleicht durch das Bedürfnis nach einer möglichst kräftigen agitatorischen Anpreisung der neuen Reform nicht ganz unbeeinflußt. Jedenfalls setzen sie, wenn sie als entsprechende Einfuhrererleichterung voll wirken sollen, voraus, daß die, im Wilsontarif viel umfassender eingeführte Verzollung nach dem Warenwert (prozentuale Wert-

¹⁾ Siehe den gl. gezeichneten Leitartikel im Kasseler *Volksblatt* vom 9. Oktober 1913; gleichlautend in den verschiedensten Parteizeitungen abgedruckt.

²⁾ Siehe meinen Aufsatz *Ein schutzzöllnerischer Seitensprung unseres Zentralorgans* in den *Sozialistischen Monatsheften*, 1913, 2. Band, pag. 970 ff., (und nunmehr den Leitartikel des *Vorwärts* vom 25. September 1913).

³⁾ Siehe meinen Artikel *Amerikanische Zollreformen* in den *Sozialistischen Monatsheften*, 1913, 1. Band, pag. 530 ff.

zölle anstelle vieler Gewichts- und Mengerzölle) nicht durch strengere oder gar schikanöse Wertberechnung zu einem teilweisen Wiederausgleich der nominellen Belastungsherabsetzung benutzt wird. 26 % vom Warenwert drücken, je nach der nachsichtigeren oder strengeren Wertschätzung, eine sehr verschiedene Einfuhrbelastung aus; und zu den Befürchtungen des Leipziger und Stuttgarter Parteiorgans liegt immerhin mancher Grund vor, im Tarifgesetz selber mit seinen Ausführungsbestimmungen, und in der ganzen ererbten Tradition der amerikanischen Zollverwaltung. Richtig ist jedoch daß die bisherige Zollbelastung 40 % überstieg. Die amtliche Washingtoner Statistik verzeichnet:

Jahr	Wert der zollpflichtigen Einfuhr	Erhobener Zollbetrag	Also durchschnittliche Zollbelastung
	in Dollar	in Dollar	in %
1905	570 044 856	258 426 294	45,24
1906	664 721 885	293 410 395	44,16
1907	773 448 834	329 480 048	42,55
1908	657 415 920	282 582 894	42,94
1909	682 265 867	294 667 054	43,15
1910	786 255 237	326 577 840	41,54

Wenn aber ein künftiges Zurückgehen auf 26 % bereits *Freihandel* ist, dann herrscht in Deutschland längst der — Überfreihandel. Denn wir erhoben Zölle von der Einfuhr wie folgt:

Jahr	Wert der zollpflichtigen Einfuhr	Erhobener Zollbetrag	Also durchschnittliche Zollbelastung
	in 1000 Mark	in 1000 Mark	in %
1907	4 109 030	740 914	18
1908	3 587 970	684 183	19
1909	3 998 633	761 474	19
1910	4 031 666	795 018	20
1911	4 593 310	873 610	19
1912	4 874 610	895 667	18

Da man auf diesem Gebiet noch immer in der Partei auf die irreführendsten Vorstellungen stößt, so sei gleich weiter bemerkt, daß wir in Deutschland für nicht weniger als 53 bis 55 % der Gesamteinfuhr vollkommene Zollfreiheit, v o l l k o m m e n e n F r e i h a n d e l haben: während wir beispielsweise 1907 (oder 1910) für 8 746 678 000 (8 934 126 000) Mark Waren im Spezialhandel einfuhrten, belegten wir mit einem Zoll nur die oben angegebenen 4 109 030 000 (4 031 666 000) Mark, also 47 (45) % der Gesamteinfuhr. Auf den Wert der gesamten, nicht bloß der verzollten Einfuhr verteilt, würden die Zölle ausgemacht haben: in Amerika von 1905 bis 1910 23,77, 24,22, 23,28, 23,88, 22,99 und 21,10 %; in Deutschland von 1907 bis 1912 8, dann 9, 9, 9,9 und zuletzt wiederum 8 %. Auch nach der jetzigen Erweiterung seiner Freiliste wird Amerika kaum das deutsche Niveau erreichen, und jedenfalls sollten sich übereifrige *Kampfnaturen* gegenüber dem Inland und kritiklose Lobredner gegenüber dem Ausland aus der mitgeteilten Gegenüberstellung einmal zunächst klarzumachen suchen, was ein amerikanischer *Freihandel* gegenüber einem mitteleuropäischen Zollsystem in Wahrheit zu bedeuten hat.



NOCH besser schneidet Deutschland gegenüber den Vereinigten Staaten von Amerika ab, wenn man nicht den gesamten Außenhandel beider Länder sondern lediglich die besonderen Handelsbeziehungen zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten ins Auge faßt.

Nach der deutschen Handelsstatistik (für das Jahr 1911, die Bearbeitung für das Jahr 1912 liegt mir noch nicht vor) lieferten die Vereinigten Staaten für 1343,4 beziehungsweise mit Durchfuhr und ähnlichem für 1417,7 Millionen Mark Waren nach Deutschland. Ordnet man diese Einfuhrwaren der Wertgröße nach, so steht weitaus an 1. Stelle die Baumwolle mit nicht weniger als 453,8 Millionen Mark. Für diese Baumwolle gewähren wir bekanntlich freie Einfuhr, Freihandel: deutscher Zolltarif vom 25. Dezember 1912, Nummer 28 Baumwolle, roh, auch gereinigt zollfrei. An 2. Stelle folgt die Rohkupfereinfuhr mit 207,5 Millionen Mark. Für dieses Kupfer gewähren wir bekanntlich gleichfalls freie Einfuhr, Freihandel: Zolltarif Nummer 869 Kupfer, roh zollfrei. Rohe Pelztierfelle beziehen wir von Amerika für 43,7 Millionen Mark: nach Nummer 155 des deutschen Zolltarifs (Felle zur Pelzwerk-, Rauchwarenbereitung, roh) zollfrei, also unter Gewährung des vollen Freihandels wiederum für dieses Gebiet. Ölkuchen, das wertvolle Futtermittel, nehmen wir den Vereinigten Staaten für 31,3 Millionen Mark ab: nach Nummer 193 unseres Zolltarifs (Rückstände, feste, von der Herstellung fetter Öle, auch gemahlen oder in der Form von Kuchen: Ölkuchen), wie noch so viele andere Futtermittel, durchaus frei von Zollbelastung. Hieran reihen sich dem Wert nach die Einfuhren von Terpentin- und Kopalharzen mit 30,9 Millionen Mark: nach Nummer 97 unseres Zolltarifs zollfrei. Natürlicher phosphorsaurer Kalk (Phosphat) ist mit 18,9 Millionen Mark verzeichnet; die entsprechende Nummer 227 unseres Zolltarifs gewährt den Freihandel. Die 14,9 Millionen Mark bezogener Kleie gehen, wie noch so viele andere Futtermittel, nach Nummer 192 unseres Zolltarifs zollfrei ein. Ebenso nach Nummer 353 des Zolltarifs die folgenden 14,4 Millionen Mark Terpentinöl; weiter nach Nummer 157 des Zolltarifs die darauf folgenden 11,8 Millionen Mark Därmeeinfuhr; ferner die alsdann folgenden 10 Millionen Mark Bleizufuhr, nach Nummer 850, zollfrei. Zwischen diese (bis zum Blei 18 bedeutungsvollsten) Einfuhrposten schieben sich als zollpflichtig nur: das Schweineschmalz mit 83,7 Millionen Mark, der Weizen mit 48,4 Millionen Mark, das Brennerdöl mit 38,3 Millionen Mark, das Nadelholz, längsgesägt, mit 28,3 Millionen Mark und alsdann weitere 4 noch wertniedrigere Einfuhrgruppen. Schon die angeführten 10 zollfreien Einfuhrgruppen, an die sich selbstverständlich eine Menge ähnlich behandelte kleiner Einfuhrposten anreihen ließen, ergeben für die amerikanische Einfuhr nach Deutschland eine Freihandelsphäre von nicht weniger als 837,2 Millionen Mark: wie gesagt, bei einer Gesamteinfuhr von 1343 bis 1417 Millionen Mark. Von allen 18 größten Einfuhrposten, die das 10 Millionen-Niveau, das wir mit dem Blei erreichten, übersteigen, stehen den 837,2 Millionen zollfreien Einfuhren nur 279,3 Millionen zollbelastete Einfuhren gegenüber: was einer seitens Deutschlands eingeräumten Freihandelsphäre von genau 75 % dieser bedeutungsvollsten Einfuhren entsprechen würde.

Das alles stellt selbstverständlich kein Geschenk Deutschlands an Amerika

dar. Die Freieinfuhr der Rohstoffe ist durch das eigene Industrieinteresse Deutschlands geboten gewesen. Aber für den Rohstofflieferstaat Amerika hat dies alles nichtsdestoweniger seine sehr angenehme Seite, und die Vereinigten Staaten haben allen Anlaß dies nicht aufs Spiel zu setzen.

Umgekehrt fallen die deutschen Einfuhren nach Amerika verhältnismäßig um so weniger in die *Freilistensphäre* und um so stärker unter das Regime der amerikanischen Zölle. Gleichfalls aus sehr naheliegenden und für einen Schutzzöllner (aber niemals für einen prinzipiellen Freihändler) durchaus einleuchtenden Gründen: nämlich, weil die Vereinigten Staaten allmählich neben ihrer grundlegenden Agrarproduktion mit Hilfe von Zöllen mehr und mehr gerade diejenigen Gewerbszweige zu entwickeln, zu *erziehen* suchten, die europäische Industrieländer wie England und Deutschland schon länger ausübten und bis zur Exportfähigkeit gesteigert haben. Aber für das ausfuhrbegehrende und ausfuhrbedürftige Deutschland oder England bleibt diese zollpolitische Behandlung trotzdem wenig erfreulich; und auf alle Fälle bleibt sie das gerade Gegenteil von *freihändlerisch*.

Wegen der ganz ungleichartigen Warenklassifikation in der deutschen Handelsstatistik und im amerikanischen Zolltarif läßt sich im einzelnen schwer der Beweis für das Gesagte erbringen. Aber das Ergebnis selber ist schon bei einem rohen Vergleich wie mit Händen zu greifen. Nach der deutschen Handelsstatistik stehen beispielsweise an der Spitze der deutsch-amerikanischen Ausfuhren die chemischen Erzeugnisse mit 146 Millionen Mark, ähnlich wie wir auf der Gegenseite die Baumwolle fanden. Aber während dieses, für unsere Betrachtung wichtigste amerikanische Erzeugnis sich seit jeher der Freieinfuhr in Deutschland erfreute, ist der amerikanische Zolltarif stets der wichtigsten deutschen Warengruppe mit scharfer Zollzurückdämmung begegnet, und der Wilsontarif hat hierin wenig geändert, manches sogar verschärft. Der 1. Abschnitt des Wilsontarifs enthält für Chemikalien, Öle und Farben meist Wertzölle von 15, 20 und 25 %, für Seifen, Parfümerieen und ähnliches aber Wertbelastungen von sogar 40 und 60 %. Daß Seifen und Parfümerieen Luxusartikel sind, mag gegenüber dem amerikanischen Wähler und Konsumenten als Argument zu verwenden sein; für die Produktion und den Export Deutschlands und ihre Interessenten, für die Unternehmer und Arbeiter der zollgetroffenen deutschen Branchen, ist das wahrlich kein Trost, und genau das gleiche gilt, um andere, für die deutsch-amerikanische Ausfuhr bedeutsame Zweige heranzuziehen, für die 20- und 30prozentigen Strumpfzölle, die 35prozentigen Baumwollhandschuhzölle, die abermals 35prozentigen Musikinstrumentenzölle, die hohen Lederhandschuhzölle und ähnliche Zollbelastungen seitens Amerikas. Für eines der hervorragendsten Glieder unserer großen chemischen Ausfuhrgruppe urteilte Dr. Bruno Kurtze (vom *Verein zur Wahrung der Interessen der chemischen Industrie Deutschlands*) im *Berliner Tageblatt*:

»Eine der schwachen Stellen der nordamerikanischen chemischen Industrie ist die Produktion von Kohlen-teerfarben . . . Aus dieser Sachlage ergab sich für den [amerikanischen] Gesetzgeber der nüchterne Entschluß in der zollpolitischen Behandlung der Teerfarben nicht den Interessen der Konsumenten sondern denen der Industrie zu folgen, Grundsätze Grundsätze sein zu lassen und, wenn es schon sein mußte, auch vor Zollerhöhungen nicht haltzumachen. Dementsprechend wurde in den neuen Tarif eine Zollskala hineingearbeitet, die den Rohstoff, Kohlen-teer, freiläßt, die Zwischenprodukte (Benzol, Toluol, Xylol usw.) mit einem Spro-

stellens von solchen. Was aber die so geräuschvoll ins Werk gesetzte Propaganda will, die jetzt mit jenem Schlagwort betrieben wird, ist tatsächlich nur die Praktizierung des alten Rezepts der Neomalthusianer: Einschränkung der Geburten bei der Arbeiterschaft als Mittel deren ökonomische Position zu verbessern. Und mit aller Anerkennung der wohlmeinenden Absichten der neuen Propagandisten kann man nicht einmal sagen, daß die für das genannte Rezept von ihnen vorgebrachten Argumente sich sonderlich vorteilhaft von den Begründungen unterscheiden, die seinerzeit John Stuart Mill und später Ch. Drysdale und andere zugunsten der Einschränkung der Geburten im Proletariat vorbrachten. Ja, selbst vom Standpunkt ihrer eigenen Prämissen aus ist ihre Propaganda heute viel weniger zeitgemäß als es seinerzeit die Propaganda Mills und seiner Schule von den Gesichtspunkten aus war, die diese Leute bestimmten.

Als John Stuart Mill vor einem halben Jahrhundert es als seine Überzeugung aussprach, daß eine Einschränkung der Geburten seitens der Proletarier zu einer diesen günstigeren Verteilung des Nationaleinkommens führen würde, konnte man in England und dem größten Teil des übrigen Europa immerhin noch an eine Tendenz zur Übervölkerung glauben. England hatte eine sehr hohe Geburtenziffer und stand, was die Rate des Überschusses der Geburten über die Sterbefälle anlangt, sogar in Europa hoch oben an. Auch schrieb Mill für ein Land, dessen Bevölkerung in ihrer Mehrheit bibelgläubig war und jede Verhinderung der Befruchtung beim Begegnungsakt aus religiösen Gründen oder unter dem Einfluß religiöser Vorstellungen als unmoralisch betrachtete, und ein großer Teil der Millschen Argumentation behandelte demgemäß die Frage unter ethischen Gesichtspunkten. Und schließlich war Mill in den Dogmen der Lohnfondstheorie befangen, jener ökonomischen Doktrin, wonach es sich in jedem Zeitpunkt bei dem Kampf zwischen Arbeiterklasse und Unternehmertum um die Verteilung eines Lohnfonds von gegebener Größe handelte. Wer diese Auffassung hatte, der verfuhr wirklich nur logisch, wenn er folgerte, daß eine Verminderung der Zahl der Arbeiter das wirksamste Mittel sei den Wohlstand der Arbeiterklasse zu heben. Wenn für x Arbeiter y Subsistenzmittel zur Verfügung stehen, und y eine konstante Größe ist, so muß natürlich jede Verminderung in der Größe von x den Bruch y/x , das heißt den Anteil des einzelnen Arbeiters am nationalen Futtertrog erhöhen. Das ist ein so einfaches Exempel, daß jeder ABC-Schütze es begreift.

Nun ist aber die Lohnfondstheorie in der Form, die sie bei Mill hatte, schon zu Mills Lebzeiten explodiert, ist die puritanische Bibelgläubigkeit auch in England im Verschwinden begriffen und die Geburtenziffer in der ganzen europäischen Kulturwelt in starkem Rückgang. Weniger als je ist daher die Einschränkung der Geburten ein sozialökonomisches Interesse der Arbeiterklasse. Unter ökonomischen Gesichtspunkten hat sie nur für die Privatwirtschaft des einzelnen Arbeiters oder der einzelnen Arbeiterfamilie eine gewisse Bedeutung. Im Einzelfall wird natürlich der Arbeiter seinen Haushalt leichter bestreiten und besser führen können, wenn er eine nur mäßige Zahl Kinder hat, als wenn er ein Dutzend oder gar noch mehr Kinder aufziehen muß. Aber das braucht man dem Arbeiter heute nicht mehr in Volksversammlungen zu predigen. Ein Blick auf die Geburtenstatistik zeigt, daß hier seit längerer Zeit schon in der Stille sehr wirksam auf das von den Neomalthusianern ersehnte Resultat hingearbeitet wird. Allerdings nicht

lediglich und vielleicht nicht einmal hauptsächlich von zielbewußten Propagandisten. Es war für mich eine interessante Beobachtung, wie sehr in den berühmten Debatten über den Gebärstreik die Redner auf beiden Seiten sich in Allgemeinheiten ergingen oder auf Nebenfragen abschweiften, anstatt einigermaßen systematisch die wirtschaftlichen und allgemeinsozialen Faktoren zu betrachten, die auf das Familienleben des Arbeiters bestimmend einwirken und damit auch zuletzt seinen Kindersegen vorschreiben. Hätte man dies getan, so würde man sehr bald gefunden haben, daß es das moderne Leben selbst ist, das mit seinen wachsenden Ansprüchen an die Lebensführung und seinen sich mehrenden Ablenkungen vom Vegetieren in den vier Pfählen des Privatquartiers geradezu automatisch auf die Beschränkung der Kinderzahl hinarbeitet. Ich habe es einmal im Scherz so ausgedrückt: »Viele Kinder zu haben paßt nicht zu den modernen Möbeln.« In der Tat ist schon der Zuschnitt der Häuser, in denen die Arbeiter zu wohnen haben, und was damit zusammenhängt, das Zusammenschrumpfen der Höfe und das Leben auf der Straße, heute so beschaffen, daß man mit Fug und Recht von einer wahren Abschreckung vor dem Kindersegen sprechen kann. Die nicht mehr nur auf die Großstadt beschränkte Zunahme des Lebens außer dem Haus, der wachsende Sinn für geistige und künstlerische Genüsse wirken gleichfalls auf Einschränkung der Kindererzeugung hin. Das alte Sprichwort *Kindermachen ist dem armen Mann sein Kuchen* verliert für einen wachsenden Teil der Arbeiterschaft seine Wahrheit, und zwar wesentlich, wenn auch nicht ausschließlich, unter dem Einfluß der Arbeiterbewegung. Überhaupt erwirkt die Arbeiterbewegung rein durch sich selbst, ohne jede alt- oder neumalthusianische Zugabe, eine Beschränkung in der Größe der Arbeiterfamilie. Durch ihre unablässige Agitation für den Ausbau der Volksschule und die Heraufsetzung des schulpflichtigen Alters, durch die Bekämpfung der Kinderarbeit und die Einschränkung der gewerblichen Arbeit jugendlicher Personen schiebt sie den Eintritt der Zeit hinaus, wo Kinder zum Einkommen der Familie beitragen und *Miternährer* werden können, was mit Notwendigkeit dem schrankenlosen Indieweltsetzen von Kindern entgegenwirkt. Zugleich ist sie es, die den Arbeiter dazu erzieht den Lebensgenuß nicht in grobsinnlichem Rausch zu suchen, sie veranlaßt ihn über den Tag hinaus zu denken, sie wirkt auf ihn dahin ein seinen Kindern eine möglichst gute Pflege angedeihen zu lassen, und wo sie damit Erfolg hat, ist Beschränkung der Zahl der Kinder die natürliche Folge. Wer einigermaßen mit Arbeitern verkehrt und sich um ihr Familienleben kümmert, kommt bald dahinter, wie stark diese Tendenz vorhanden ist, und wie sehr durch sie sich eine ganz veränderte öffentliche Meinung in der Arbeiterschaft Bahn gebrochen hat.

So weit betrachtet, schlägt die geräuschvolle Agitation für den *Gebärstreik* faktisch nur offene Türen ein, sie rechtfertigt mit zum Teil hinfälligen Argumenten etwas, was schon ist. Es kommen natürlich für die Frage der Beschränkung der Geburten noch andere Momente in Betracht, Rücksichten der persönlichen und der sozialen Hygiene, doch bestehen wohl Meinungsunterschiede über das *Wie* und *Wieweit* der Anwendung, aber nicht über das *Prinzip*. Es wird kein vernünftiger Mensch gutheißen, daß rücksichtslos Kinder unter Umständen in die Welt gesetzt werden, wo deren Verkrüppelung mit Sicherheit zu gewärtigen ist, und Belehrung über die Vorbedingungen der Erzeugung gesunder Kinder wird niemand verwerfen.

Mit der Feststellung, daß tatsächlich schon in der Arbeiterschaft Beschränkung der Geburten zur Regel wird, ist die Sache jedoch nicht abgetan. Sie hat, wie man weiß, ihre Kehrseite oder sogar Kehrseiten. In den Versammlungen, die sich mit dem Thema *Gebärstreik* beschäftigen, ist zum Beispiel von dessen Gegnern als ausschlaggebender Einwand betont worden, daß die soziale Revolution, wie die Sozialdemokratie sie erstrebt, eine Vermehrung der Arbeiterzahl erfordere, eine Dezimierung des Proletariats, die der allgemein durchgeführte Gebärstreik zur Folge haben müßte, daher Verschiebung der sozialistischen Umwälzung auf den Nimmerleinstag bedeuten würde; die soziale Frage werde »nicht im Ehebett gelöst werden«. Den Nachsatz kann man unterschreiben, da die Verwirklichung des Sozialismus überhaupt nicht das Ergebnis einer einzigen Art von Maßnahmen sein wird. Aber die andere Argumentierung beruht auf einem ähnlichen ökonomischen Fehlschluß wie die Lohnfondstheorie, als deren Gegenstück man sie bezeichnen kann: die eine übersieht, daß der Bedarf an Menschen, die andere, daß der Bedarf der Menschen im Zeitalter des Verkehrs und der Umwälzungen der Produktion keine unveränderlichen Größen sind.

Ernsthafter und auf Tatsachen gestützt, die eine Prüfung zulassen, sind die Einwände, die Ludwig Quessel an dieser Stelle gegen die Idee ins Feld geführt hat die Lage der Arbeiter als Klasse durch den Gebärstreik heben zu wollen. Treffend weist Quessel darauf hin, daß fast überall dort, wo in der Tat die relativ gutgestellte eingesessene Arbeiterbevölkerung sich nicht im Verhältnis zum Menschenbedarf der Volkswirtschaft vermehrt, massenhafte Einwanderung von Arbeitern aus wirtschaftlich rückständigen Ländern stattfindet, und von dieser führt er aus, daß sie das Lohnniveau herabdrücke oder mindestens am Steigen hindere.¹⁾ Jenseits des Ozeans lieferten die Vereinigten Staaten, in Europa Frankreich und in neuerer Zeit auch Deutschland Beispiele dafür. In wie hohem Grad in den letzten Jahrzehnten die Zahl der in Deutschland beschäftigten ausländischen Arbeiter gestiegen ist, ist bekannt. In der Berufszählung des Jahres 1907 wurden nicht weniger als 799 863 ausländische Lohnarbeiter gezählt, von denen mehr als die Hälfte, nämlich 440 800, auf die Industrie entfielen. Da die Gesamtzahl der 1907 in Industrie und Bergbau beschäftigten Arbeiter sich auf 8 593 000 belief, waren danach etwas über 5 % davon Ausländer; ein sicherlich nicht unerheblicher Prozentsatz.

Haben nun aber diese 5 % Ausländer wirklich lohndrückend auf den deutschen Arbeitsmarkt eingewirkt? Die Versuchung die Frage mit *Ja* zu beantworten liegt sehr nahe, und an Einzelfällen, die sich als Beispiele dafür anführen ließen, wird es kaum fehlen. Prüft man aber die Frage vom großen volkswirtschaftlichen Gesichtspunkt aus, so kommt man zu etwas anderen Schlüssen als Freund Quessel.

Nach den Angaben der deutschen Berufsstatistik hat sich in der Zeit zwischen der Zählung von 1895 und der Zählung von 1907 die Zahl der gelernten Arbeiter in Industrie und Bergbau von 3 851 929 auf 4 944 009 vermehrt. Das ist eine Zunahme um 1 092 080 oder 28,35 % in einem Zeitraum, während dessen die Gesamtbevölkerung Deutschlands sich nur um 19,22 % vermehrte. Die Zahl der gelernten Arbeiter ist schneller gewachsen als die der Bevölkerung überhaupt. Nun ist die Unterscheidung von *gelernten* und un-

¹⁾ Siehe Quessel *Die Ökonomie des Gebärstreiks* in diesem Band der *Sozialistischen Monatshefte*, pag. 1319 ff.

gelernten Arbeitern, wie unsere Statistik sie vornimmt, unter technologischen Gesichtspunkten ungemein anfechtbar. Die mit der Zählung beauftragten Organe wie auch die Unternehmer und Arbeiter nehmen da meist die Unterschiede in der Bezahlung zum Maßstab: der Arbeiter, der nach höherem Lohnsatz bezahlt wird, gilt als gelernter Arbeiter. So viel sich aber unter dem Gesichtspunkt der technologischen Betrachtung gegen diese Methode der Ableitung einwenden läßt, so günstig ist sie gerade für die soziale Betrachtung, auf die es uns hier ankommt.

Zunächst sehen wir danach, daß in der bezeichneten Periode trotz Zunahme der ausländischen Arbeiter die Zuwachsrate der höher entlohten Arbeiterschaft die der Gesamtbevölkerung übersteigt. Es ist aber nicht nur möglich sondern sogar sehr wahrscheinlich, daß es statt *trotz* hier *danke* heißen muß. Erheblich stärker als die Zahl der gelernten Arbeiter ist in dieser Periode die Zahl der ungelerten Arbeiter gewachsen, und der weit aus größere Teil der ausländischen Arbeiter half die Reihen dieser ausfüllen. Nun besteht aber in den meisten Industrien jedesmal ein bestimmter Zusammenhang zwischen den unterzubringenden gelernten und den vorhandenen ungelerten Arbeitern. Ohne entsprechende Zahl dieser kann eine bestimmte Zahl jener nicht beschäftigt werden. Es würde eine sehr viel eingehendere Untersuchung voraussetzen als ich sie an der Hand der Zahlen der Berufsstatistik anzustellen vermag, um über den konkreten Fall mit absoluter Sicherheit sprechen zu können. Soweit sich aber aus den Angaben der Berufszählung überhaupt Schlüsse ziehen lassen, leiten sie zu der Folgerung, daß im großen und ganzen in der Industrie der Zustrom ausländischer Arbeiter das Lohnniveau der heimischen Arbeiter nicht gedrückt sondern im Gegenteil geholfen hat es zu erhöhen. Das mag demjenigen paradox erscheinen, der sich daran gewöhnt hat ökonomische Vorgänge nach der ersten, äußern Erscheinungsform zu beurteilen. Die erste Erscheinungsform und die endgültige volkswirtschaftliche Wirkung eines Vorgangs sind aber grundverschiedene Dinge. Es kann mir nicht einfallen die großen Unannehmlichkeiten wegleugnen zu wollen, die eine starke Einwanderung von Arbeitern aus wirtschaftlich rückständigen Ländern zeitweilig für die heimische Arbeiterschaft haben kann und oft auch hat. Diese üble Seite der Sache darf uns aber nicht gegen den Umstand blind machen, daß auf die Dauer die Einwanderung arbeitskräftiger Leute die Volkswirtschaft des Landes hebt, dem sie zuteil wird, und damit auch der heimischen Arbeiterschaft Vorteil bringt. Das läßt sich an der Hand vieler Länder statistisch nachweisen. Es wird dagegen sehr schwer halten ein Land aufzuzeigen, für dessen Wirtschaft als Ganzes die Einwanderung entgegengesetzte Resultate gehabt hat.

So viel über die ökonomische Seite der Frage. Was ihre nationale Seite betrifft, so bin ich sogar im Gegensatz zu Quessel sehr geneigt diese rundweg zu leugnen. Gewiß, wenn die Enthaltung von den Geburten allgemein so weit getrieben würde, daß auf sie das Wort *Gebärstreik* wirklich zuträfe, daß sie wirklich zum *Selbstmord der Nation* sich auswächst, dann könnte man natürlich auch den Kampf gegen sie in der Tat als einen Kampf um die nationale Existenz bezeichnen. Aber von dieser Möglichkeit sind wir doch so weit entfernt, daß wahrhaftig kein Anlaß vorliegt im Hinblick auf sie überhaupt von einer Frage oder gar Gefahr zu sprechen.

Um was es sich für die absehbare Zukunft bei uns handeln kann, ist nur die Frage eines größeren oder geringern Einschlags eingewanderter Arbeiter. Und wir haben uns darüber klar zu werden, ob wir die Nationalität als Kulturfrage oder als Rassen- und Stammesfrage auffassen und behandeln wollen. Ich bin als Sozialdemokrat orthodox genug nur die erste Auffassung gelten zu lassen und glaube das gleiche von Quessel annehmen zu dürfen. Aber die Stelle, die bei ihm mit dem Satz beginnt »Vom Standpunkt einer mißverstandenen Internationalität aus könnte man sogar sagen, daß es im Grunde doch gleichgültig sei, ob deutsche oder slawische Arbeiter dem deutschen Kapital den proletarischen Nachwuchs liefern«, läßt auch eine andere Auslegung zu, gegen die ich Einspruch erheben müßte. Die Frage, auf die es uns im Hinblick auf die Einwanderung nur ankommen kann, ist die der kulturellen Assimilation, die Hineinziehung der Eingewanderten in die Kultur unseres Volkes als eines integrierenden Teils der großen internationalen Völkergemeinschaft. Von diesem Gedanken ablassen heißt sich auf die schiefe Ebene begeben, auf der man zum platten Nativismus herabgleitet.

Damit ist eine Gefahr angezeigt, die mir näherliegend erscheint als die des *Gebärstreiks*. Ich meine die Gefahr des Verlusts unseres Kompasses in dem Ozean nationalistischer Treiberei, der uns umflutet. Es ist heute keine Reaktion so gefährlich wie das Wuchern des nationalistischen Geistes. Man übertreibt nicht, wenn man es die Reaktion der Reaktionen nennt, denn in ihm finden alle anderen Reaktionen sich zusammen. Stellen sich doch zum Beispiel nicht nur die sogenannten *nationalen* Kirchen sondern auch die römische Kirche heute fast überall in den Dienst der nationalistischen Propaganda. Welche Macht diese in den Schichten der Intellektuellen erlangt hat, ist bekannt; man kennt auch die sehr materialistischen Triebkräfte, die ihr dort Vorschub leisten. Zu einer Zeit, wo das soziale Leben im allgemeinen internationaler ist als je, herrscht in der politischen Literatur das nationalistische Schlagwort stärker vor als zu irgendeiner früheren Zeit und gibt auch auf vielen Gebieten der politischen Praxis, in der Gesetzgebung wie in der Verwaltung, ein engherziger Nationalismus, den man früher bei uns nicht kannte, den Ton an. Er hat die Tendenz sich zu einem vollständigen Nativismus auszuwachsen. Ich bin natürlich nicht blind dagegen, daß das Übel nicht auf Deutschland beschränkt ist, sondern erkenne an, daß es in einer großen Reihe anderer Länder gleichfalls nistet, hier etwas weniger stark und dort womöglich noch bösertiger. Aber seine Internationalität darf nicht zum Grund werden ihm Zugeständnisse zu machen, und ganz besonders müssen wir auf der Hut sein ihm irgendwelche Opfer unseres Intellekts zu bringen.

Wir leugnen nicht die Nationalität, wir leugnen auch nicht die Existenz spezifisch nationaler Interessen des die Nationalität repräsentierenden Staats und sind bereit ihnen gegebenenfalls Genüge zu leisten. Aber diese Anerkennung und Bereitwilligkeit würden uns zur verhängnisvollen Preisgabe der großen geschichtlichen Aufgabe der Sozialdemokratie treiben, wenn wir darüber vergessen wollten, daß die Nation nur ein Glied eines größeren Organismus ist, der, wenn er auch noch nicht zum staatlichen Gebilde sich verdichtet hat, doch genug entwickelt ist, um für seine Angehörigen einen hohen Grad geistiger und materieller Solidarität zu bedeuten. Ich meine hier nicht bloß die Internationale der Arbeiterklasse sondern habe überhaupt

die große Familie der dem europäischen Kulturkreis angehörenden Nationen und Nationalitäten im Auge. Wenn man sagen kann, daß das, was wir schlechthin *Menschheit* nennen, noch zu formlos ist, um als politische Wesenheit irgendwie in Betracht kommen zu können, so kann man dies nicht von der europäischen *Menschheit* sagen. Ihre Glieder stehen heute in so engem geistigen und ökonomischen Verkehr, zwischen ihnen laufen so viele Fäden von Verbindungen aller Art, daß sie heute schon in höherem Maß eine Einheit darstellen als einst die großen, durch Waffengewalt zusammengehaltenen Weltreiche. Als Glied dieser Einheit haben wir die Nationalität zu begreifen, wenn wir nicht zwischen der Skylla des Nationalismus und der Charybdis eines amorphen Internationalismus kompaßlos hin- und herlavieren wollen.

Bei der Bestimmung des *Nationalen* aber liegt es nicht nur im Wesen des sozialistischen Gedankens sondern steht auch im Einklang mit den gesicherten Ergebnissen der ethnologischen Forschung es im Gegensatz zu den Lehren der rassentheoretischen Geschichtsbetrachtung lediglich als geistiges Produkt von Geschichte und Umgebung in Betracht zu ziehen. Die mit so großem Lärm ausposaunten Theorien von speziellen, die Geschichte beherrschenden Rassenbegabungen sind sämtlich zusammengebrochen. Insbesondere haben die Behauptungen über den Zusammenhang von Rasse und Schädelform vor der wissenschaftlichen Prüfung nicht standhalten können. Es ist vielmehr überaus fraglich, ob man überhaupt in der Kulturwelt noch von reinen Rassen sprechen kann, und sicher ist, daß keine der großen Kulturnationen zu einem so überwiegenden Teil aus Abkömmlingen einer bestimmten Rasse besteht, daß man berechtigt wäre Rasse und Nationalität gleichzusetzen. Überall stößt die Forschung vielmehr auf weitgehende Rassenmischung. »Die Menschenrassen sind nicht hinreichend getrennt, um ohne Vermischung neben einander bestehen zu können«, sagt Darwin. Und in einem jüngst veröffentlichten inhaltsreichen Buch, das sich vornehmlich mit der kulturhistorischen Seite des Nationalitätenproblems beschäftigt, bemerkt der Verfasser im Anschluß an diesen Satz:

»Wir können offenbar keinen Vergleich zwischen einer Mischrasse und einer *reinen Rasse* anstellen, weil uns deren Kenntnis fehlt. Reine Rasse ist ein irreführender Ausdruck für fixierte Mischrasse, *rein gezüchtet* oder *reingewordene Rasse* sind sinnwidrig, denn wenn eine Rasse durch das Blut mehrerer Rassen zu einer annähernden Dauerform gelangt, so entspricht sie doch nicht mehr der Bezeichnung *rein*.«²⁾

Und an einer andern Stelle schreibt er:

»Europas ganze Geschichte bezeugt die heilsame, fördernde Macht einer unter günstigen Voraussetzungen vor sich gegangenen Rassenmischung und bezeugt auch, daß keine Rasse jemals imstande gewesen ohne einen gewissen Zusatz fremden Blutes eine Kultur zu schaffen und weiter auszubauen. Alle Kulturen, die die Welt bisher gesehen hat, bauen sich aus einer Blutmischung auf, und die Vorstellung, daß etwa die Germanen, sich selbst überlassen, vom Slawen-, Romanen- und Keltenblut bewahrt, eine noch nie gesehene, märchenhafte Entfaltung des Menschengestes erreicht hätten, ist ein trostloser Irrwahn, der sich gegen alles richtet, was menschliche Erfahrung seit dem ersten Aufdämmern der Geschichte bis heute erkundet hat. . . . Nichts, absolut nichts deutet darauf hin, daß die zukünftige Entwicklung zu einer Entmischung der Rassen führen werde, vielmehr schreitet die Mischung im allgemeinen und speziell im europäischen Kulturbezirk mit erhöhter Intensität weiter.«³⁾

²⁾ Siehe Techet *Völker, Vaterländer und Fürsten* / München 1913 /, pag. 149. Ein von großer Belesenheit und Sachkenntnis zeugendes Werk, in dem der Leser viel mehr findet als der Titel vermuten läßt.

³⁾ Siehe Techet, loc. cit., pag. 162.

Das ist ein Gedankengang, der mehr Berücksichtigung verdient als der Notschrei des Imperialisten Roosevelt über *Rassenselbstmord*. Die freiwillige Beschränkung der Geburten ist eine Erscheinung, die sich auf einer gewissen Stufe der Kultur in allen Ländern einstellt. Daß sie keine sozialistische *Lösung der sozialen Frage* ist, daß sie im Gegenteil geeignet ist den wirtschaftlichen Fortschritt zu schädigen, wenn nicht durch Einwanderung für den Ausfall an Nachwuchs Ersatz geliefert wird, steht außer Zweifel. Aber es müßte sehr arg kommen, bis man dabei ernsthaft als von einer Frage der *nationalen Existenz* zu sprechen Anlaß hätte. Aufgabe der Sozialdemokratie ist es vielmehr für eine Politik und Sozialpolitik zu kämpfen, die den eingewanderten Arbeiter zum Mitbürger im nationalen und kulturellen Sinn macht.

XX
ARTHUR SCHULZ · AUSSCHALTUNG VERTEUERNDEN ZWISCHENHANDELS IN EINHEIMISCHEN AGRARPRODUKTEN

I

VERTEUERUNG wichtiger Lebensmittel ist die Signatur der Preisbewegung des letzten Jahrzehnts in Industriestaaten und Agrarländern, unter Schutzzoll und unter Freihandel. Noch am wenigsten macht sich das Aufwärtsschnellen der Preise beim Getreide bemerkbar, mehr schon bei den Erzeugnissen der Tierhaltung, am meisten bei den Produkten der tropischen Agrikultur. Nach den Indexziffern, die Dr. Schmitz und Professor Eulenburg berechnet haben, stiegen in Deutschland, wenn man die Preise von 1890 bis 1900 = 100 setzt, die 5 Hauptgetreidearten bis 1911 auf 114, sonstige Landwirtschaftsprodukte (darunter Zucker, Schlachtvieh, Schmalz und Rüböl) auf 122, Kolonialwaren (Rohtabak, Kaffee, Reis und Pfeffer) auf 132. Noch höher klangen die Preise der wichtigsten industriellen Rohstoffe, und zwar der Brenn- und Leuchtstoffe auf 136, der Metalle gar auf 144.¹⁾ Diese Ziffern stimmen sehr gut mit denen eines Blaubuchs überein, das das englische Handelsamt im August dieses Jahres veröffentlichte. Danach hat sich die Lebenshaltung der Arbeiter von 1900 bis 1911 in Deutschland um 28 %, in Ungarn um 37 %, in den Vereinigten Staaten um 39 % und bis 1912 in Belgien um 32 % und in Kanada sogar um 51 % verteuert. Wie man sieht, war die Aufwärtsbewegung der Lebensmittelpreise in Staaten mit recht niedrigen Agrarzöllen wie Belgien und in den beiden großen nordamerikanischen Republiken ohne wirksamen Agrarschutz noch ausgeprägter als im schutzzöllnerischen Deutschland. Daraus ergibt sich, daß die jeweilige Zollpolitik auf die Preisbewegung nur einen relativ geringen Einfluß ausübt; denn auch das etwas langsamere Steigen der Lebensmittelpreise in England ist weniger auf seine Freihandelspolitik als auf seine bessere Organisation des Lebensmittelhandels und die in manchen Artikeln des Massenverbrauchs beinahe marktbeherrschende Stellung seiner großen Konsumvereine zurückzuführen. Die Hauptursache des raschen Steigens der Nahrungsmittelpreise ist vielmehr, wie nach allen bisherigen Untersuchungen nicht mehr bezweifelt werden kann, die gewaltige Tatsache der Landflucht, die in Europa, in den

¹⁾ Siehe Eulenburg *Die Preissteigerung des letzten Jahrzehnts* / Leipzig 1912 / pag. 92.

Vereinigten Staaten und selbst schon in Australien die Lebensmittel verzehrende Bevölkerung der großen Städte rascher wachsen läßt als die Lebensmittel schaffende landwirtschaftliche Bevölkerung. Ist doch die in der Land- und Forstwirtschaft tätige Bevölkerung in Deutschland 1882 bis 1907 von 19,22 auf 17,68 Millionen zurückgegangen. In ganz Europa ist sie 1895 bis 1907 nach einer Schätzung des Professors Hermann Losch mit etwa 225 Millionen stationär geblieben, während gleichzeitig die nicht Landwirtschaft treibende Bevölkerung von 150 auf 219 Millionen wuchs. Unter diesen Umständen ist ein rascher Abbau der landwirtschaftlichen Schutzzölle, abgesehen von der auch von mir seit Jahren befürworteten Beseitigung der Futtermittelzölle, kein Heilmittel, das auf die Dauer Erfolg verspricht. Ein überstürzter Abbruch der Agrarzollschranken könnte nur zu leicht die Landflucht der Landarbeiter und Bauernkinder noch verstärken, das Übel also verschlimmern. Wirksam helfen kann nur äußere und innere Kolonisation, das heißt planmäßige energische Schaffung neuer bäuerlicher Betriebe übersee und in der Heimat unter solchen Bedingungen, daß der ländliche Bevölkerungszuwachs von der Abwanderung in die Städte und vom Übergang zu Industrie und Handel künftig mehr als bisher abgehalten und der landwirtschaftlichen Betätigung auf eigener Scholle womöglich gar aus der städtischen und gewerblichen Jugend neues Blut zugeführt wird.

Daneben aber gibt es noch ein zweites großes Mittel der bedenklichen Verteuerung des Lebensunterhalts der städtischen Bevölkerung entgegenzuwirken: die Ausschaltung des entbehrlichen Zwischenhandels in einheimischen Agrarprodukten. Mit der Vermehrung und dem Wachsen der Städte ist der persönliche Geschäftsverkehr zwischen dem ländlichen Produzenten und dem städtischen Konsumenten immer weniger möglich geworden und durch ein weitverzweigtes System gewinnstrebenden Zwischenhandels ersetzt worden. Früher brachte der Landmann seine Produkte auf den Wochenmarkt, wo sie vom Konsumenten direkt erstanden wurden. Heute verkauft er sie an den Aufkäufer einer Großfirma, die in der Regel im Produktionsgebiet ihren Sitz hat. Diese Großhandlung verkauft an einen städtischen Großhändler, der die Ware mit Hilfe von Platzvertretern an den Detaillisten vertreibt. Erst von diesem erstet sie der Konsument. Zu der Vermehrung der Zwischenglieder kommt die Übersetzung in der Distribution, vor allem im Kleinhändlerstand, in dem zahllose Existenzen mit geringem Kapital und unzureichender kaufmännischer Bildung ein Unterkommen suchen und finden. Es ist eine bekannte Tatsache, daß die Zahl der Kleinhändler rascher als die Bevölkerung zunimmt. Vergleicht man die Zahl der hauptberuflich im Handelsgewerbe Tätigen mit der Bevölkerungszahl, so findet man, daß 1882 erst auf 54, 1907 aber schon auf 35 Deutsche ein Händler kam. Das bedeutet, daß auf den Bedarf von 35 Personen, soweit dieser Bedarf durch Kauf Deckung findet, so viel im Preis aufgeschlagen werden muß, daß davon eine Person mit ihren Angehörigen leben kann. Die Folge des heutigen anarchischen Organisationsmangels im Zwischenhandel und der Verringerung des Kundenkreises, der auf den einzelnen Kleinhändler entfällt, ist eine Verteuerung der Ware, die in keinem Verhältnis zu ihrem Wert und erst recht in keinem Verhältnis zu dem Wert der volkswirtschaftlichen Arbeit steht, die der Kleinhändler leistet. Vor Jahren hat Professor Biermer festgestellt, daß der Großhändler seinem Einkaufspreis durchschnittlich 10 % Spesen und 10 % Gewinn zuzurechnen, eine für 1 Mark erstandene Ware

also zu 1,20 Mark an den Detailhändler weiterzugeben pflegt. Der Detaillist macht dann einen Zuschlag von 20 % Spesen und 20 % Nutzen; das ergibt einen Verkaufspreis von rund 1,70 Mark.²⁾ In den letzten Jahren sind mit dem Wachstum der Städte und der entsprechenden Verlängerung der Zwischenhandelskette diese Aufschläge wahrscheinlich noch erheblich gestiegen. Aus den gleichen Gründen ist der Anteil, den die die Weiterverarbeitung besorgenden Zwischenhände an der Teuerung haben, groß und noch immer im Wachsen begriffen. Das gilt zunächst von den Zwischengliedern zwischen dem Getreidebauer und dem städtischen Brotesser, den Müllern und besonders den Bäckern. Dr. Gustav Brutzer gibt hierüber folgende interessante Zahlen:³⁾

Produkt	Es betrug in Berlin die Spannung (in Pfennig) zwischen 1 Pfund									
	1900	1901	1902	1903	1904	1905	1906	1907	1908	1909
Roggenmehl und Roggenbrot	2,35	2,65	2,3	2,9	2,95	2,6	3,05	2,7	4,0	3,95
Weizenmehl und Weizenbrot	10,1	9,2	9,3	9,95	9,2	9,9	10,4	10,85	12,6	11,5

Noch viel größer als die Preisdifferenz zwischen Getreide und Brot ist der Unterschied zwischen dem Viehpreis loco Stall und dem Detailpreis im Fleischerladen. Denn während von jener oft nur 3 Zwischenhändler (Getreidehändler, Müller und Bäcker) leben, erheben auf dem Weg vom Viehstall bis zum Fleischtopf im Regelfall 5 Zwischenmänner (Viehaufkäufer, Viehhändler, Kommissionär, Großschlächter und Ladenfleischer) teils vom Viehzüchter teils vom Fleischkäufer einen reichlich bemessenen und mit geringen Schwankungen stetig steigenden Tribut. Aus der Fülle zuverlässigen Materials, das gerade hierüber bekannt geworden ist, seien hier einige Zahlen über die Preise im Berliner Viehhof respektive in den Berliner Markthallen aus der Denkschrift wiedergegeben, die der deutsche Landwirtschaftsrat 1911 über die Lebensmittelteuerung veröffentlichte:

Zeitraum	Preis (in Pfennig) pro Kilo		
	Schweine	Schweinefleisch	Spannung
1891 bis 1895	103	135	32
1896 bis 1900	99	135	36
1901 bis 1905	111	148	37
1906 bis 1910	124	167	43
Januar bis August 1911	108	165	57

Ebenso werden vom Zwischenhandel in Butter, Käse, Milch, Eiern, Kartoffeln, Gemüse Aufschläge erhoben, die recht hoch sind und fast durchweg die Tendenz zum Steigen aufweisen.⁴⁾ Die höchsten Gewinne erzielen die Zwischenhändler gerade dann, wenn infolge einer Mißernte im Publikum eine Teuerungspanik entsteht und ihnen Gelegenheit gibt im trüben zu fischen.

¹⁾ Siehe Müller *Nahrungsmittelteuerung und Konsumgenossenschaften im Jahrbuch des Zentralverbands deutscher Konsumvereine*, 1913, 1. Band, pag. 65.

²⁾ Siehe Brutzer *Die Verteuerung der Lebensmittel in Berlin im Lauf der letzten 30 Jahre und ihre Bedeutung für den Berliner Arbeiterhaushalt* | München 1912 I, pag. 26.

⁴⁾ So berichtet beispielsweise die *Münchener Post* am 6. September dieses Jahres: »Zwetschgen notierten Donnerstag, den 4. September in den Großmarkthallen pro Zentner 9 Mark. Die *fliegenden Händler* auf der Straße verkaufen das Pfund zu 12 bis 18 Pfennig, der Ladenverkauf notiert 18 bis 20 Pfennig. Am Produktionsort kauft der Handel zu 4 bis 6 Mark; es wird also mit 300 bis 400% Aufschlag im Detail gehandelt.«

In einer Zeit steigender Produktionskosten in der einheimischen wie in der ausländischen Landwirtschaft, des Rückgangs der Industriekonjunktur und damit der Zunahme der Arbeitslosigkeit wird es immer mehr ein gebietes-erfordernis den zu einem nicht geringen Teil parasitären Zwischenhandel, den man in den verflossenen Jahrzehnten des Sinkens der Agrarproduktenpreise sich ungestört hat breitmachen lassen, auf seinen volkswirtschaftlich berechtigten Umfang zurückzudrängen und den Weg zwischen dem Produzenten und dem Konsumenten durch Ausmerzung überflüssiger Zwischenstationen sparsamer zu gestalten. Eine das Preisniveau herabsetzende Ausschaltung entbehrlichen Zwischenhandels kann heute natürlich nur dadurch herbeigeführt werden, daß sich einerseits die Produzenten und andererseits die Konsumenten zu gemeinwirtschaftlichen Organisationen zusammenschließen und durch diese mit einander in Verbindung treten. Als solche Organisationen kommen auf der Produzentenseite die landwirtschaftlichen Absatz- und Verwertungsgenossenschaften und auf der Konsumenten- seite die städtischen Konsumvereine und die Stadtverwaltungen in Betracht. In unserer Zeit zunehmender Lebensmittelteuerung scheint es mir geboten zu sein einmal etwas eingehender zu untersuchen, was auf dem Gebiet direkten gemeinschaftlichen Absatzes und Bezugs einheimischer Agrarprodukte bereits geleistet worden ist und noch geleistet werden kann. Zunächst will ich die in unserer Partei noch wenig bekannte neuere Entwicklung der landwirtschaftlichen Absatz- und Verwertungsgenossenschaften schildern und darlegen, in welchem Umfang sie mit den Konsumvereinen der städtischen Arbeiter bereits in Geschäftsverbindung getreten sind oder zu beiderseitigem Vorteil treten könnten und sollten.

II



CHON vor einem Jahrzehnt hat die tüchtige und weitsichtige Leitung des *Zentralverbandes deutscher Konsumvereine* und ihrer *Großeinkaufsgesellschaft* den Geschäftsverkehr mit den landwirtschaftlichen Bezugs- und Verwertungsgenossenschaften in das Programm ihrer nächsten Aufgaben aufgenommen. In noch heute grundlegenden Darlegungen wies Generalsekretär Heinrich Kaufmann schon 1904 nach, daß die Konsumentengenossenschaften der hochentwickelten Industrieländer einer sie ergänzenden, für sie produzierenden landwirtschaftlichen Genossenschaftsbewegung bedürfen, die zu ihnen in Güterausaustausch tritt. Während die Konsumvereine Englands aus Mangel an einem einheimischen Bauernstand und infolgedessen auch an einer entwickeltern ländlichen Genossenschaftsbewegung die besten Kunden der genossenschaftlich organisierten Bauern Dänemarks geworden seien, könne und müsse die deutsche städtische Konsumentengenossenschaft ihre notwendige Ergänzung in der deutschen ländlichen Produzentengenossenschaft suchen. Durch eine auf direktem Güterausaustausch beruhende innige genossenschaftliche Verbindung zwischen Stadt und Land könne in moderner Form ein Zustand hergestellt werden, der an die alte Wirtschaftseinheit zwischen beiden mit ihren Vorteilen des direkten Verkehrs zwischen Produzent und Konsument erinnere.⁵⁾ Von dieser Erkenntnis ausgehend versuchte der *Zentralverband deutscher Konsumvereine* im Herbst 1904 durch eine Umfrage bei seinen

⁵⁾ Siehe Kaufmanns Jahresbericht für 1904 im *Jahrbuch des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine*, 1905, 1. Band, pag. 52.

Mitgliedern festzustellen, in welchem Umfang sie direkt von landwirtschaftlichen Genossenschaften Waren beziehen. Es ergab sich, daß schon damals 298 Konsumvereine oder 44 % der Gesamtzahl landwirtschaftliche Produkte direkt vom landwirtschaftlichen Produzenten bezogen. Der Gesamtwert der von 467 ländlichen Genossenschaften gelieferten Waren stellte sich auf 5 187 000 Mark, während Produkte im Wert von 2 515 000 Mark von 1018 einzelnen Landwirten stammten. Der höchste Umsatz im Geschäftsverkehr mit ländlichen Genossenschaften wurde in Molkereiprodukten erzielt. Von 297 Molkereigenossenschaften wurden für 4½ Millionen Mark Butter und für 120 000 Mark Milch bezogen. Mit kleineren Summen folgen Getreide, Schlachtvieh, Kartoffeln, Wein, Eier, Obst, Gemüse, Konserven, Honig. Außerdem nahm die Großeinkaufsgesellschaft landwirtschaftlichen Genossenschaften Produkte im Wert von 2 374 000 Mark ab.⁶⁾ Seit 1904 haben sich die beiden Hauptstämme des deutschen Genossenschaftswesens eines gleich üppigen Wachstums erfreut und immer neue Zweige und Äste getrieben. Auch ihre Austauschbeziehungen zu einander haben sich gefestigt und vervielfältigt. Der direkte Bezug der deutschen Konsumgenossenschaften von landwirtschaftlichen Genossenschaften und Landwirten ist von 9,8 Millionen Mark im Jahr 1904 auf 26,4 Millionen im Jahr 1912 gestiegen; er beträgt jetzt 6,2 % des Umsatzes der Konsumgenossenschaften überhaupt.

Will man sich über die heutigen und künftigen Möglichkeiten eines für beide Teile fruchtbringenden Tauschverkehrs zwischen den Konsumvereinen der Industriearbeiter und den Produzentengenossenschaften der Bauern einen Überblick verschaffen, so findet man, daß die einheimischen Agrarprodukte durchaus nicht in gleichem Maß Gegenstand eines unmittelbaren Austausches zwischen den wirtschaftlichen Organisationen der beiden großen Gesellschaftsklassen werden können. In dieser Beziehung macht es einen bedeutenden Unterschied aus, ob sie haltbar oder leicht verderblich und besonders, ob sie, wie beispielsweise Kartoffel, Gemüse, Obst und Eier, unmittelbar genüßbar sind oder, wie zum Exempel Brotgetreide, Schlachtvieh und die Erzeugnisse der Milchwirtschaft und des Weinbaus, erst einer weitern Bearbeitung bedürfen, bevor sie aus der Hand des Landwirts in den Konsum eingehen. Bei den Produkten der letztgenannten Art (es sind das gerade die Haupterzeugnisse der Landwirtschaft) besteht die Gefahr, daß beide Organisationen die gewinnbringende Weiterverarbeitung für sich in Anspruch nehmen und daß aus diesem Anlaß entstehende Zwietracht und geschäftliche Konkurrenz der gesunden Entwicklung des gegenseitigen Tauschverkehrs hinderlich werden. An Streit über die Befugnis zur Weiterverarbeitung hat es ja auch nicht gefehlt. Im allgemeinen hat es sich aber in der Praxis herausgestellt, daß die Verarbeitung der als Rohprodukt haltbaren und leichttransportablen agrikolen Haupterzeugnisse Brotgetreide und Schlachtvieh zu so leicht verderblichen Waren wie Brot und Fleisch in möglichster Nähe und unter dem bestimmenden Einfluß des Konsums vorgenommen werden muß, also zweckmäßigerweise den Konsumentengenossenschaften obliegt. Andererseits gehört die Weiterverarbeitung der diffizilen Rohprodukte Milch und Trauben in die weit haltbareren und leichter transportablen Enderzeugnisse Butter, Käse und Wein in die möglichste Nähe des Produktionsorts. Sie sollte daher den bäuerlichen Produzentengenossenschaften überlassen bleiben.

⁶⁾ Siehe Kaufmann, loc. cit., pag. 58 ff.

Beschäftigen wir uns zunächst mit den Erzeugnissen der letztgenannten Art, so ist der Kompetenzkonflikt, welche Genossenschaftsart die Produktion der Butter vorzunehmen hat, längst zugunsten der landwirtschaftlichen Teilproduktionsgenossenschaften gelöst. Schon seit Beginn der neunziger Jahre des vorigen Jahrhunderts bezog der damals führende deutsche Industriearbeiterkonsumverein Leipzig-Plagwitz den weitaus größten Teil seines Butterbedarfs von 4 hannoverschen bäuerlichen Molkereigenossenschaften, deren Jahresproduktion er sich längere Zeit hindurch zu festen Durchschnittspreisen vertraglich zu sichern verstanden hatte.⁷⁾ Auch heute ziehen die städtischen Konsumvereine und ihre Großeinkaufsgesellschaft den direkten Geschäftsverkehr mit ländlichen Molkereigenossenschaften dem bequemern aber ungenossenschaftlichen und das Produkt naturgemäß verteuern den Umweg über eine Buttergroßhandlung vor. Damit ist eine Ware, deren Erlös in vielen Teilen des Reichs die Haupteinnahme der bäuerlichen Wirtschaft darstellt, und die in den städtischen Konsumvereinen unter allen einheimischen Agrarprodukten mit die höchste Umsatzziffer erreicht, zu einem guten Teil dem privaten Groß- und Kleinzwischenhandel auf ihrem ganzen Lebensweg entzogen. Zugleich ist damit in einer auf viele Millionen Mark zu wertenden Geschäftsverbindung ein erstes festes Band genossenschaftlichen Vertrauens zwischen den beiden zahlenmäßig stärksten und funktionell wichtigsten Klassen unseres Volks, den Bauern und den Industriearbeitern, geschlungen. Aber auch abgesehen von dem praktischen Interesse, das aus diesem Grund die sozialistischen Industriearbeiter an dem Gedeihen der Molkereigenossenschaften nehmen müssen, ist diese von allen landwirtschaftlichen Absatz- und Verwertungsgenossenschaften bei weitem am meisten verbreitete Genossenschaftsgruppe agrarpolitisch so wichtig, daß ich ihr an dieser Stelle noch einige Betrachtungen widmen möchte. Es drängt mich nämlich bei dieser Gelegenheit zwei irriige Meinungen, die zuerst Genosse K. Kautsky in seiner *Agrarfrage* über das Wesen der Molkereigenossenschaften geäußert hat, und die ihm seitdem von Parteigenossen öfters nachgesprochen und nachgeschrieben sind, zu berichtigen, weil sie geeignet sind das Verhältnis der städtischen Arbeiterkonsumvereine zu ihrer agrar-genossenschaftlichen Ergänzung zu verschlechtern und überhaupt die Kluft zwischen Industriearbeitern und Bauern unnötig zu erweitern.

Als Mitte der neunziger Jahre des vorigen Jahrhunderts die Molkereigenossenschaften ihren ersten großen Aufschwung erlebten, sah Genosse K. Kautsky darin nur die Vorboten einer verheerenden Molkereikrisis, und im Kassandraton weissagte er damals den Molkereigenossenschaften und der ganzen bäuerlichen Wirtschaftsweise den nahenden Untergang:

»Lange ehe auch nur ein erheblicher Teil der Bauernschaft durch die Molkereigenossenschaften auf einen grünen Zweig gekommen ist, muß auch das Gebiet der Butter- und Käsefabrikation der Überproduktion und Krisis verfallen sein. In Dänemark, dem gelobten Land der Molkereigenossenschaften, sind viele derselben heute schon in einer bedrängten Lage . . . Wie eine Spiritus- und eine Zuckerkrisis ist auch eine Molkereikrisis unvermeidlich . . . Die kommende Krisis braucht natürlich die von ihr betroffene Industrie nicht zu ruinieren. Sie tut das nur in den seltensten Fällen. In der Regel führt sie nur dahin die bestehenden Eigentumsverhältnisse im Sinn des Kapitalismus umzuwälzen, also gerade das zu besorgen, wogegen die Genossenschaft ein fester Schutzwall sein soll. Die kleinen ungenügend ausgestatteten Betriebe gehen in einer Krisis zugrunde. Aber der Ruin des Betriebs einer landwirtschaftlichen Industrie beschränkt sich nicht auf ihn allein; er

⁷⁾ Siehe Göhre *Die deutschen Arbeiterkonsumvereine* / Berlin 1910 /, pag. 234 ff.

zieht den Untergang oder doch die Untergrabung zahlreicher landwirtschaftlicher Existenzen nach sich, die sich auf ihn stützen . . . Der Teilarbeiter der Genossenschaftsfabrik wird zum Lohnarbeiter der kapitalistischen Fabrik . . . Das ist das unvermeidliche Ende der landwirtschaftlichen Produktivgenossenschaften.«⁵⁾

Diese düstere Prognose ist eine der bemerkenswertesten Falschprophezeiungen K. Kautskys geworden. Seit 1899, dem Erscheinungsjahr seines Buchs, haben sich die deutschen eingetragenen Molkereigenossenschaften von 1764 auf 3475 in 1912 vermehrt, wozu noch mehr als 1000 *freie* oder *wilde* Molkereigenossenschaften kommen. Aber die von K. Kautsky vorausgesagte Molkereikrise ist nicht eingetreten, hat auch nie ernstlich gedroht, weil der Konsum die Mehrproduktion an Butter glatt aufnahm. Seine groteske Falschprophezeiung ist für den Nationalökonom K. Kautsky um so blamabler als ja die Butter nicht wie die meisten Industriewaren und wie Spiritus und Zucker eine Stapelware ist, die beliebig aufgespeichert werden könnte. Die Butterfabrikation muß sich vielmehr in einer Kette von kleinen Oszillationen dem Konsum fortlaufend anpassen, so daß eine Butterkrise von der Art einer Zucker- oder Spirituskrise gar nicht möglich ist.

Ebenso auffallend und der Herausbildung vorteilhafter direkter Geschäftsbeziehungen zwischen Industriearbeiter- und Bauerngenossenschaften abträglich ist ein anderer Irrtum des Genossen K. Kautsky, nämlich seine Meinung, die Molkereigenossenschaften wie überhaupt die landwirtschaftlichen Produzentengenossenschaften seien »ein mächtiges Mittel dem Kapital einen Weg zur Beherrschung der Landwirtschaft zu bahnen«. Dem gleichen Irrtum ist neulich Genosse Karski zum Opfer gefallen. In einer Besprechung von Professor Wygodzinski's Werk *Das Genossenschaftswesen in Deutschland* schrieb er in der *Neuen Zeit*:

»Recht symptomatisch ist, daß Wygodzinski bei den Molkereigenossenschaften, die am besten reussieren, eine starke Tendenz zur Umgestaltung in Aktiengesellschaften, in rein kapitalistische Gebilde also, feststellt. . . . Wenn er [Genosse David auf dem Parteitag zu Hannover /1899/] behauptete, »durch sie [die Produzentengenossenschaften] macht der mittlere und kleinere Bauer schon gewisse Konzessionen an das Wirtschaftsprinzip des Sozialismus«, so wird das durch die Tatsachen, wie sie Wygodzinski schildert, direkt widerlegt. Nicht das Wirtschaftsprinzip des Sozialismus, sondern der krasse Kapitalismus wird auch durch die Genossenschaften in die Bauernwirtschaft getragen.«⁶⁾

Seine Anhängerschaft an K. Kautskys Agrardoktrin hat hier den Genossen

⁵⁾ Siehe Kautsky *Die Agrarfrage* (Stuttgart 1889), pag. 272 ff. Was Kautskys Bezugnahme auf Dänemark betrifft, so hat ihm Brinkmann in seinem vorzüglichen Werk *Die dänische Landwirtschaft* Jena 1908, pag. 40 ff., darauf geantwortet, sie zeige nur, »wie gefährlich es ist die Gesetze des Wirtschaftslebens in das Prokrustesbett einer vorgefaßten Schulmeinung zu zwingen. Seltsam stehen die Tatsachen des wirklichen Geschehens mit jener Prognose im Widerspruch . . . Die Erfolge der Genossenschaft als Augenblickserfolge zu bezeichnen, die nur geeignet seien die Gefahr der kapitalistischen Konzentration näher zu rücken . . . ist ein Beginnen, das vielleicht in dem Bestreben ein liebgewordenes und vermeintlich unentbehrliches ökonomisches Dogma vor dem Untergang zu retten seine Erklärung findet, im übrigen aber der erdrückenden Macht der Tatsachen gegenüber nur als eine Ungeheuerlichkeit bezeichnet werden kann. Uns bleibt unergründlich, worin die Anzeichen zu jener Umkehrung, die K. Kautsky schon 1899 zu erkennen glaubt, bestehen sollen. Heute ist die ökonomische Selbständigkeit des dänischen Bauern gesicherter denn je; er ist gegenwärtig nicht nur frei, er herrscht.«

⁶⁾ Siehe Karski's Rezension von Wygodzinski *Das Genossenschaftswesen in Deutschland* in der *Neuen Zeit*, 1910-1911, 2. Band, pag. 707. Auf den in Wahrheit antikapitalistischen Charakter der landwirtschaftlichen Genossenschaften weist Kaufmann in seinem in Note 5 zitierten Bericht, pag. 45, hin: »Die landwirtschaftliche Warengenossenschaft, deren Voraussetzung die landwirtschaftliche Kreditgenossenschaft ist, wirkt durch Ausschaltung aller privaten Zwischenhände zwischen dem einzelnen Landwirt einerseits und dem großkapitalistischen industriellen Produzenten landwirtschaftlicher Bedarfsartikel sowie dem organischen Konsumenten landwirtschaftlicher Produkte andererseits im höchsten Grad umwälzend und fortbildend. Sie beseitigt die streng individualistischen Wirtschaftsformen und setzt höhere genossenschaftliche Formen an deren Stelle, des guten genossenschaftlichen Samens echte Frucht.«

Karski verführt Wygodzinski eine Meinung zuzuschreiben, die sich in seinem Werk gar nicht findet, ja zu deren Gegenteil sich der Autor bekennt, wenn er feststellt, daß der Gesamtwert des Besitzes der Molkereigenossenschaften sich 1892 noch auf 43 521 Mark im Durchschnitt für die Genossenschaft, 1908 nur noch auf 29 234 Mark berechnet habe, und daß diese Wertverminderung zum Teil auf das immer weitere Vordringen der Genossenschaft in kleinbäuerliche Gegenden zurückzuführen sei.¹⁰⁾

Wie wenig kapitalistisch die Molkereigenossenschaften sind, ergibt sich deutlich aus der Statistik des *Reichsverbands der deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften*. Die durchschnittliche Mitgliederzahl der hierzu berichtenden Molkereigenossenschaften stieg von 91 im Jahr 1900 auf 110 in 1911. Die Genossenschaften mit mehr als 100 Mitgliedern nahmen im gleichen Zeitraum von 276 auf 727 zu, was durch ihre Ausbreitung auf die mittel- und kleinbäuerlichen Gebiete des Westens und Südens erklärt wird. Das Geschäftsguthaben der Genossen betrug 1911 im Durchschnitt nur 36 Mark, Reservefonds und Betriebsrücklage pro Mitglied 84 Mark, das gesamte eigene Vermögen einer Molkereigenossenschaft stellte sich auf durchschnittlich 117 Mark pro Mitglied. Der auf jeden Genossen entfallende Gesamtwert des Besitzes der Molkereien sank in dem Maß wie sich der kapitalischere Kleingrundbesitz mehr und mehr an der genossenschaftlichen Verwertung der Milch beteiligte, von 1017 Mark in 1892 auf 256 Mark in 1911.¹¹⁾ Wie unter diesen Umständen Genosse Karski zu der Behauptung kommt, die Molkereigenossenschaften seien »kapitalistische Gebilde« und durch sie werde der »krasse Kapitalismus« in die Bauernwirtschaft getragen, ist mir schlechthin unbegreiflich. Das Resultat dieser notgedrungenen Polemik ist: Durch Prophezeiungen des nahenden Untergangs der ländlichen Molkereigenossenschaften oder durch das Märchen von ihrem sich immer stärker ausprägenden erzkapitalistischen Charakter brauchen sich die städtischen Arbeiterkonsumvereine vom weiteren Ausbau des direkten Butter- und Käsebezugs nicht abhalten zu lassen.

In den letzten Jahren hat sich mehr als die Hälfte aller Molkereigenossenschaften dem Frischmilchverkauf in die Städte zugewandt. Daneben sind besonders in Süddeutschland viele Milchabsatzgenossenschaften entstanden, die die gemeinschaftliche Tiefkühlung der Milch, ihren Transport und Verkauf an städtische Abnehmer übernommen haben. Damit bietet sich den städtischen Konsumvereinen die Möglichkeit im Zusammenwirken mit den Genossenschaften der Milchproduzenten den geradezu anarchischen städtischen Milchkleinhandel mit seiner Arbeitskraftvergeudung, Zeitvertrödung und Milchpreisverteuerung¹²⁾ durch organisierte, rationelle, großbe-

¹⁰⁾ Siehe Wygodzinski *Das Genossenschaftswesen in Deutschland* / Leipzig 1911 /, pag. 265.

¹¹⁾ Siehe das *Jahrbuch des Reichsverbands der deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften*, 1913 pag. 559 ff.

¹²⁾ Nach Kreuzbauer *Die Versorgung Münchens mit Lebensmitteln* / München 1903 /, pag. 267, haben die Milchkleinhändler der bayrischen Hauptstadt sehr oft nur einen Tagesumsatz von 50 Litern. Nach Arnold *Zur Frage der Milchversorgung der Städte* in *Conrads Jahrbüchern*, 1911, pag. 596, hatten im Oktober 1910 von 1609 Münchener Milchgeschäften 1310 (81,4%) einen Tagesumsatz von höchstens 150 Liter. In Stuttgart schwankt in den meisten Fällen der Umsatz zwischen 75 und 120 Liter im Tag. In Köln hatten 1909 350 Kleinhandlungen einen Tagesumsatz bis zu 30 Liter herab. Natürlich müssen diese Zwerghändler, um mit ihren Familien leben zu können, mit einer hohen Spannung zwischen dem Einkaufs- und dem Verkaufspreis der Milch arbeiten. Sie macht in der Regel 5 bis 7 Pfennig pro Liter aus. Dagegen kommen die bayrischen Konsumvereine, die den Milchhandel betreiben (Augsburg, Kaufbeuren, Traunstein), mit einer Spannung von rund 3 Pfennig aus.

triebliche Versorgung der Mitglieder mit Milch zu ersetzen. Dieses bedeutsame Ziel und den Weg zu ihm hin haben die Führer der organisierten Konsumenten und Produzenten bereits klar erkannt. So schreibt beispielsweise Heinrich Kaufmann, der Generalsekretär des *Zentralverbands deutscher Konsumvereine*:

»Es ist überhaupt fraglich, ob auf die Dauer die Konsumgenossenschaftsbewegung aus eigener Kraft an die Versorgung der Mitglieder mit frischer Milch denken kann. Vielleicht handelt es sich um eine Aufgabe, die nur durch verständnisvolles Hand-in-Handarbeiten der organisierten Konsumenten einerseits und der organisierten landwirtschaftlichen Milchproduzenten andererseits zu lösen ist.«¹³⁾

Und der Organisator der badischen Milchabsatzgenossenschaften Georg Berg, Generalsekretär der badischen landwirtschaftlichen Genossenschaften, empfiehlt das Vorgehen des Konsumvereins Durlach, der die Milch von ländlichen Absatzgenossenschaften bezieht und direkt an seine Mitglieder absetzt, und proklamiert es als Ziel seiner Organisation zu erreichen, »daß die zentralisierten ländlichen Absatzgenossenschaften zur Verwertung der Milch direkt mit städtischen Konsumentengenossenschaften in Verbindung treten und zu bestimmten Preisen bestimmte Milchmengen liefern.«¹⁴⁾

Natürlich sind, bis dieses Ziel erreicht wird, noch große Schwierigkeiten zu überwinden. Befassen sich doch erst ganz wenige deutsche Konsumvereine (Bant, Essen, Augsburg, Mülhausen im Elsaß, Kaiserslautern und noch einige) mit der Milchversorgung. Auch werden noch manche Preiskämpfe zwischen den organisierten Milchproduzenten und -konsumenten durchzuführen sein. Aber ihr Zusammenwirken ist dem heutigen ungeordneten, hundert- und tausendfach zersplitterten Milchkleinhandel der meisten Großstädte technisch, ökonomisch und hygienisch so gewaltig überlegen, daß sich der gesunde Gedanke wahrscheinlich im Lauf der Zeit durchsetzen wird.

Neben der Milch, der Königin der Nahrungsmittel, verbrauchen die städtischen Konsumvereine in erfreulich steigenden Mengen noch ein anderes edles Getränk: den Wein. Direkter Bezug des Weins von einer der zurzeit bestehenden mehr als 200 Winzergenossenschaften in noch höherem Maß als er schon heute geübt wird würde diese Vereine, die die ältesten Sprößlinge in der Familie der landwirtschaftlichen Verwertungsgenossenschaften, aber noch immer ihre Sorgenkinder sind, wesentlich fördern. Außerdem würde dadurch einer breiten Schicht ländlicher Kleinbesitzer geholfen werden, die wegen der großen Mengen- und Qualitätsschwankungen der Weinherbste und wegen des Überhandnehmens der Rebenschädlinge sich in einer fast ebenso unsichern Lebenslage wie die Industriearbeiter befinden.

III

ROTGETREIDE und Schlachtvieh bilden eine zweite große Gruppe landwirtschaftlicher Erzeugnisse. Sie bedürfen, bevor sie in die Hände des Endkonsumenten gelangen, der Verarbeitung zu Brot und Fleisch. Diese Herrichtung für den Konsum findet bisher zum größten Teil durch städtische Gewerbetreibende (Müller, Bäcker und Fleischer) statt. Es ist nun lange Zeit das eifrigste Bestreben der Landwirte gewesen das städtische Verarbeitungsgewerbe auszuschalten und

¹³⁾ Siehe Kaufmanns Jahresbericht für 1908 im *Jahrbuch des Zentralverbands deutscher Konsumvereine* 1909, 1. Band, pag. 434.

¹⁴⁾ Siehe Berg *Die Milchversorgung der Stadt Karlsruhe* / München 1912, pag. 149 ff.

die Konsumenten aus landwirtschaftlichen Genossenschaftsbäckereien mit Brot und besonders aus landwirtschaftlichen Genossenschaftsschlächtereien mit Fleisch zu versorgen. Diese Versuche sind fast ausnahmslos mißglückt und heute aufgegeben worden. Viel erfolgreicher sind auf diesem Gebiet die städtischen Konsumentengenossenschaften gewesen. Wo immer große Konsumvereine an die Warenbeschaffung im Weg des Großhandels die Eigenproduktion für den organisierten Bedarf anschlossen, wandten sie sich stets zuerst der fabrikmäßigen Herstellung von Brot zu. Im Jahr 1912 besaßen bereits 262 Konsumvereine eigene Bäckereien, in denen mehr als 3000 Bäckergehilfen Bäckereiprodukte im Wert von rund 83 Millionen Mark herstellten. Neben dieser Ausschaltung technisch unzulänglicher und hygienisch oft nicht einwandfreier Kleinbäckereien durch die Konsumgenossenschaften geht neuerdings eine nicht minder großartige Ausschaltung der lokalen Getreidehändler durch die genossenschaftlich organisierten Getreidebauer einher. Zur Statistik des *Reichsverbandes der deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften* berichten für 1911 zwar nur 46 Getreideabsatzgenossenschaften über Gesamtverkäufe im Wert von 16½ Millionen Mark. Da aber gleichzeitig zahlreiche Kredit- und Bezugsgenossenschaften sich gleichfalls diesem Geschäftszweig widmen, ist der gesamte genossenschaftliche Getreideabsatz um ein Vielfaches höher. Zum größten Teil konzentriert er sich bei den provinziellen Zentral- oder Hauptgenossenschaften. Diese verkauften 1911 für 91, 1912 für 127 Millionen Mark Getreide. Besonders große Umsätze erzielten 1911 die Zentralgenossenschaften in Karlsruhe mit 2,3, in Münster mit 2,8, in München mit 3,5, in Hannover mit 5,2, die Zentraldarlehnskasse zu Neuwied mit 6,3 und das vornehmlich von den Genossenschaften der ostmärkischen Ansiedler als Verkaufszentrale benutzte deutsche Lagerhaus zu Posen mit 8,5 Millionen Mark. Der genossenschaftliche Getreideabsatz ist also in ausgesprochenen Bauerngebieten besonders umfangreich. Hier verfolgt man nicht mehr wie in der ersten vom ostdeutschen Großgrundbesitz getragenen Kornhausbewegung der neunziger Jahre auf Beherrschung des Getreidemarkts abzielende monopolistische Tendenzen, sondern stellt sich die bescheidene und doch sozialpolitisch sehr bedeutende Aufgabe den kleinen und mittlern Bauer aus der Abhängigkeit vom lokalen Getreidehändler zu befreien, der in der Regel auch sein Lieferant für Futter- und Düngemittel und sein Bankier war und ihn nicht selten ausbeutete. Aber gerade weil sie unter Verzicht auf phantastische Getreideringbildungsprojekte sich diese begrenzte Aufgabe stellte und sie auch in weitem Umfang zu lösen verstand, gewann die bäuerliche Kornhausbewegung besonders in Süd- und Westdeutschland immer mehr Boden. Beispielsweise wurden allein in Bayern 1911-1912 von landwirtschaftlichen Genossenschaften 169 Lagerhäuser betrieben. Ihr Getreideverkauf erreichte in diesem Jahr bereits 2 150 000 Zentner, während er 1900-1901 erst 580 000 Zentner betragen hatte. Da, von den bestehenden landwirtschaftlichen Genossenschaftsmüllereien ganz abgesehen, sowohl die großen Kornhausgenossenschaften (zum Beispiel Leipzig - Plagwitz) Mühlen schon besitzen oder sich unschwer angliedern könnten, so sollten diese Konsumvereine noch mehr als bisher Getreide oder Mehl direkt von den ländlichen Absatzgenossenschaften beziehen. Bei solchem Zusammenwirken könnten sie den Verdienst der Getreidehändler, Müller und Bäcker zugunsten ihrer Bauern-

und Arbeitermitglieder unter sich teilen. Verheißungsvolle Ansätze hierzu sind heute schon bei der Großmüllerei und Großbäckerei des Konsumvereins Leipzig-Plagwitz vorhanden. Von ihm berichtet Genosse Göhre, daß es in großer Zahl Kornhausgenossenschaften sind, die neben den Landwirten der Leipziger Umgebung dem Verein das Getreide liefern und ihm dafür Kleie als sehr geschätztes Futtermittel abnehmen.¹⁵⁾

Viel größere Schwierigkeiten als eine Bäckerei macht es eine Fleischerei als Produktivabteilung eines Konsumvereins rentabel zu betreiben, weil es sich beim Fleisch nicht, wie bei den für den konsumgenossenschaftlichen Handel sehr geeigneten Kolonial- und Materialwaren und den einfachen Brotsorten, nur um wenige Typen handelt, um Artikel, die einfach nach Gewicht und Stückzahl abgeteilt werden, sondern um eine Ware, bei der die einzelnen zu verkaufenden Stücke eine große Ungleichheit in der Qualität aufweisen, zudem leicht verderblich sind, und der Geschäftsführung daher ein weiter Spielraum bei den Preisen gelassen werden muß, womit aber auch Mißbräuchen Tür und Tor geöffnet sind.¹⁶⁾ Bis vor kurzem befaßten sich daher nur wenige Konsumvereine mit der Schlächtereier, von denen allerdings 2, Leipzig-Plagwitz und die Hamburger *Produktion*, wahre Riesenbetriebe besaßen. Aber schon vor mehreren Jahren wies Heinrich Kaufmann darauf hin, daß die Ausdehnung der Eigenproduktion auf die Fleischversorgung trotz alledem möglich sei und als eine der nächsten und dringlichsten Aufgaben der deutschen Konsumvereine gelten müsse:

»Fast alle mittleren und größeren englischen Konsumvereine betreiben Schlächtereien und manche auch Molkereien. Die Errichtung konsumgenossenschaftlicher Schlächtereien aber war in England vor Jahrzehnten genau so verpönt wie sie es bis vor kurzem noch in Deutschland war. Trotz aller Abneigung der führenden Genossenschaftler, die aus den beinahe unüberwindlichen Schwierigkeiten, die sich in den Weg stellen, resultieren, geht die Entwicklung ihren ehernen Gang. Wie im Frühling die Blumen zu sprießen beginnen und die Bäume neues Laub treiben, so kommt die Zeit, daß alle großen Konsumgenossenschaften ihre eigenen Schlächtereien und zum Teil auch ihre Molkereien errichten.«¹⁷⁾

Einen kräftigen Anstoß zur Errichtung von Genossenschaftsmetzgereien gab die Fleischteuerung der letzten Jahre; sie trug viel dazu bei, daß Ende 1912 bereits 30 Konsumvereine eigene Schlächtereien und Wurstfabriken hatten. Damit ist für eine größere Anzahl Konsumentengenossenschaften die Frage aktuell geworden: Sollen wir unser Schlachtvieh direkt vom Produzenten beziehen oder auf ihre und unsere Kosten Aufkäufern, Viehhändlern und Kommissionären zu verdienen geben? Die ersten Konsumvereine, die sich eine Schlächtereier als Produktivabteilung einrichteten, beantworteten diese Frage durchaus im Sinn der ersten Alternative¹⁸⁾, obwohl es damals erst

¹⁵⁾ Siehe Göhre, loc. cit., pag. 420.

¹⁶⁾ Siehe Jacob *Volkswirtschaftliche Theorie der Genossenschaften* / Stuttgart 1913, pag. 379 ff.

¹⁷⁾ Siehe Kaufmanns Jahresbericht für 1910 im *Jahrbuch des Zentralverbands deutscher Konsumvereine*, 1911, 1. Band, pag. 300. In der Schlächtereier der Hamburger *Produktion* standen, wie Kaufmann in dem bereits zitierten Jahresbericht für 1908, pag. 433, auf Grund persönlicher Feststellungen mitteilt, die Verkaufspreise bei erstklassiger Qualität der gelieferten Schlächtereierwaren um 10 bis 20 Pfennig und mehr unter den Tagespreisen guter privater Schlächtereien.

¹⁸⁾ In der Bearbeitung der Enquete von 1904 in dem in Note 5 zitierten Bericht, pag. 60, heißt es hierüber: »Charakteristisch ist es, daß die konsumgenossenschaftlichen Schlächtereien das offensichtliche Bestreben zeigen direkt mit Landwirten und landwirtschaftlichen Genossenschaften in Verbindung zu treten. Zum Teil hat allerdings dazu die Boykottbewegung der Schlächtermeister beigetragen, die in verschiedenen Städten die Viehkommissionäre gezwungen haben die Lieferung an die Schlächtereier der Konsumvereine zu verweigern.« Schon 1904 bezogen die Konsumvereine des *Zentralverbands deutscher Konsumvereine* für 728 641 Mark Schlachtvieh von 2 Viehverwertungsgenossenschaften (diese Genossenschaftsart war damals erst im Entstehen) und von einzelnen Landwirten.

wenige Viehverwertungsgenossenschaften gab. Heute haben die Leiter konsumgenossenschaftlicher Fleischereibetriebe viel mehr Gelegenheit zu direktem Schlachtviehbezug; denn die Zahl der Viehverwertungsgenossenschaften ist in den letzten Jahren rapid gestiegen, und im Verein mit den von Landwirtschaftskammern und Bauernvereinen an den Hauptviehmärkten eingerichteten Geschäftsstellen für Viehverwertung, die ja gleichfalls genossenschaftlichen Charakters sind, hatten sie 1912 bereits Umsätze im Betrag von rund 100 Millionen Mark.¹⁹⁾ Es kann also sogar eine Riesenschlächterei wie die der Hamburger *Produktion* mit ihrem Jahresumsatz in Höhe von 5 Millionen Mark ihren Schlachtviehbedarf von Genossenschaft zu Genossenschaft eindecken. Das sollten die konsumgenossenschaftlichen Schlächtereien und Fabriken für Fleischdauerwaren noch häufiger tun als es schon heute ihre Praxis ist; sie würden dabei den eigenen Vorteil wahren, die Vergenossenschaftung unserer Volkswirtschaft fördern und auf breite Schichten kleiner und mittlerer Bauern durch den Nutzen, den der direkte Einkauf auch diesen Schichten bringt, Einfluß gewinnen. Nun hat allerdings Genosse K. Kautsky in seiner *Agrarfrage* die Behauptung aufgestellt, »daß die gedeihenden Verkaufsgenossenschaften solche des Großbetriebs, nicht des Kleinbetriebs sind; das gilt nicht nur für den Verkauf von Butter sondern auch für den von Vieh, Getreide.«²⁰⁾ Aber schon vor 14 Jahren stimmte diese Behauptung mehr mit dem *agrarmarxistischen* Dogma als mit den Tatsachen überein, und heute ist sie grundfalsch geworden. Für die Molkerei- und Kornhausgenossenschaften habe ich das schon oben nachgewiesen. Was die Viehverwertungsgenossenschaften betrifft, so genügt der Hinweis darauf, daß sie sich am blühendsten in der Bauernprovinz Hannover entwickeln, wo es ihrer 1912 schon 102 gab. Demnächst gedeihen sie am besten in den bäuerlichen Teilen Pommerns und Schleswig-Holsteins, im ostmärkischen Ansiedlungsgebiet, in Oldenburg, Oberbaden und Bayern. Für ihren ganz überwiegend bäuerlichen Charakter spricht auch hinreichend deutlich die Tatsache, daß in den 146 Viehverwertungsgenossenschaften mit durchschnittlich 260 Mitgliedern, die 1912 zur Statistik des Reichsverbands berichteten, auf den einzelnen Genossen nur ein Geschäftsguthaben von 4,4 Mark entfällt.

IV

NÄHRUNGSMITTEL, die aus der Hand des Landwirts ohne weitere Bearbeitung genußreif dem Konsum zugeführt werden und auch nicht wie die leichtverderbliche Milch eine Anlage erforderlich machen, um etwaige vom Verbrauch nicht aufgenommene Überstände sofort in haltbarere Produkte verarbeiten zu können, bilden eine dritte Gruppe einheimischer Agrarprodukte. Zu ihr gehören Kartoffel,

¹⁹⁾ Die Viehverwertungsgenossenschaften hatten 1912 die höchsten Umsätze in der Provinz Hannover mit 45 Millionen Mark (gegenüber erst 3 1/2 Millionen in 1906), in Pommern mit 14, in Bayern mit 11, in Holstein mit 8,5 Millionen Mark. Die landwirtschaftlichen Geschäftsstellen für Viehverwertung, die bei abweichender Rechtsform ihrem ökonomischen Wesen nach gleichfalls genossenschaftlichen Charakters sind, hatten im gleichen Jahr folgende Umsätze: Hamburg 10,4, Essen 8,9, Frankfurt (Main) 3,5, Mannheim 4,1, Hannover 1,1 München, Augsburg, Nürnberg und Würzburg zusammen 10,8, Köln (in den ersten 3 Monaten) 3 Millionen Mark.

²⁰⁾ Siehe Kautsky, loc. cit., pag. 120. Demgegenüber weist der Generalsekretär des Reichsverbands der deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften Dr. Grabein in seinem Buch *Wirtschaftliche und soziale Bedeutung der ländlichen Genossenschaften in Deutschland* / Tübingen 1908 /, pag. 153 ff., eingehend nach, daß die den gemeinsamen Absatz bezweckenden Getreide-, Vieh-, Eier-, Obst- und Gemüseverkaufsgenossenschaften und ebenso die außerdem noch der gemeinsamen Verarbeitung dienenden Molkerei-, Winzer- und Konservierfabrikgenossenschaften ganz überwiegend den Interessen des ländlichen Klein- und Mittelbesitzes dienen.

Eier, Obst, Gemüse, Honig. Von diesen Erzeugnissen sind Kartoffel und Eier Standardartikel im Geschäftsbetrieb der Konsumvereine. Gerade diese Waren des Massenverbrauchs sind aber auch in den letzten Jahren Hauptgegenstände des genossenschaftlichen Absatzes der Landwirte geworden. Wurden doch 1911 allein durch die regionalen Haupt- oder Zentralgenossenschaften 683 000 Zentner Kartoffel für rund 2 Millionen Mark abgesetzt, wovon 1¼ Million den Lieferanten der das Kartoffelgeschäft besonders pflegenden Zentralgenossenschaften Koblenz, Köln und Friedberg, also den rheinischen und hessischen Klein- und Mittelbauern zugeflossen sind. Noch erfreulicher hat sich im letzten Jahrzehnt der genossenschaftliche Eierverkauf entwickelt. Auch die ersten Eierabsatzgenossenschaften entstanden ebenso wie die ersten Viehverwertungsgenossenschaften in der 2. Hälfte der neunziger Jahre in Hannover. Ende des Jahres 1910 gab es in dieser Bauernprovinz bereits 141 Vereine mit einem Jahresabsatz von 28 Millionen Eiern im Wert von 1 600 000 Mark. Um die Jahrhundertwende griff die Bewegung nach Oldenburg, besonders nach der vorwiegend von Kleinbauern besiedelten Oldenburger und Delmenhorster Geest über. Ende 1912 gab es in diesem Bauernland bereits 28 zur Statistik berichtende Eierverkaufsgenossenschaften mit 6714 meist klein- und mittelbäuerlichen Mitgliedern, die 26,1 Millionen garantiert frische Eier unter Ausschaltung der lokalen Aufkäufer und der städtischen Großhändler größtenteils nach dem rheinisch-westfälischen Industriegebiet zur Versendung brachten.²¹⁾ Auch in Baden hat der genossenschaftliche Absatz *landfrischer Stempeler* fruchtbaren Boden gefunden. Schon 1904, als diese ganze Bewegung erst in den Anfängen steckte, standen nach der mehrfach erwähnten Enquete doch schon 25 ländliche Eierverkaufsgenossenschaften in Geschäftsverbindung mit Konsumvereinen des Zentralverbandes, besonders mit rheinisch-westfälischen. Ließe sich dieser direkte Bezug verallgemeinern, so könnten auch die beiden letzten gewinnerstrebenden Mittelpersonen, die die ländliche Verkaufsgenossenschaft bisher noch nicht umgehen kann, der städtische Detaillist und der ihr für seine Zahlungsfähigkeit bürgende Agent, ausgeschaltet werden. Leistungsfähige Lieferanten städtischer Konsumvereine könnten auch die landwirtschaftlichen Obst- und Gemüseverwertungsgenossenschaften werden, von denen 54 zur Statistik des *Reichsverbands* berichtende 1911 einen Gesamtumsatz von mehr als 17 Millionen Mark hatten.

Die deutschen Konsumvereine haben von vornherein, durch die Erfahrungen der englischen gewitzigt, der Utopie entsagt auch den Bauer überflüssig machen zu können. Bis auf einen tastenden Versuch, den die wagemutige Hamburger *Produktion* mit dem Ankauf zweier Rittergüter gemacht hat, haben sie darauf verzichtet sich als Produktivabteilungen auch landwirtschaftliche Betriebe anzugliedern. Statt dessen schwebte ihren Leitern von Anbeginn der Gedanke vor zu selbständigen bäuerlichen Genossenschaften und deren Zentralstellen in Güteraustausch zu treten. In der Tat bedürfen ja beide Organisationen, die Konsumgenossenschaften wie die landwirtschaft-

²¹⁾ Diese Angaben sind zwei, mir auf der Straßburger Wand-rausstellung eingehändigten lehrreichen Druckschriften entnommen: *Das Eiergenossenschaftswesen im Großherzogtum Oldenburg / Oldenburg 1913 / und Die Eierverkaufsgenossenschaft Wiefelstede in Oldenburg / Wiefelstede 1913 /*. Die produktionssteigernde Bedeutung dieser Genossenschaften zeigt sich darin, daß sie in ihrem Verbreitungsgebiet, der kleinbäuerlichen Geest, eine sehr erhebliche Zunahme der Hühnerhaltung und, da sie ihre Lieferanten nach Gewicht bezahlen, eine nicht unbedeutliche durch Zuchtwahl erzielte Erhöhung des durchschnittlichen Gewichts der Eier zur Folge hatten.

lichen Absatz- und Verwertungsgenossenschaften, der Ergänzung durch einander, falls sie nicht dauernd vom Großzwischenhandel in einheimischen Agrarprodukten abhängig bleiben wollen. In dieser Erkenntnis kamen die Leitungen des *Reichsverbands der deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften* und des *Zentralverbands deutscher Konsumvereine* schon 1905 dahin überein durch direkte Einwirkung auf die angeschlossenen Genossenschaften sowie mit Hilfe der Zentralgenossenschaften und der Großeinkaufsgesellschaft eine systematische Pflege des direkten Warenbezugs der Konsumgenossenschaften von den landwirtschaftlichen Verwertungsgenossenschaften zu erstreben.²²⁾ Leider wurde dieses vernünftige Übereinkommen durch die Agitation der Extremen auf der rechten wie auf der linken Seite zum großen Teil um die erhofften Früchte gebracht. Von der äußersten Rechten aus wurde den Geschäftsführern der bäuerlichen Absatz- und Teilproduktionsgenossenschaften das Gruseln vor den *sozialdemokratischen Konsumvereinen* beigebracht²³⁾, und auf der äußersten Linken klagte man die Hamburger Leitung des Zentralverbands des verräterischen Kompromisselns mit den verhaßten Agrariern, den *Brot- und Fleischwucherern*, an.²⁴⁾ Um so erfreulicher ist es, daß auf dem diesjährigen Genossenschaftstag des *Zentralverbands deutscher Konsumvereine* in Dresden der Generalsekretär Heinrich Kaufmann und der Vertreter der Hamburger *Produktion Mendel* wiederum lebhaft für die Anbahnung besserer Beziehungen zu den landwirtschaftlichen Produzenten und ihren Genossenschaften eintraten. Mögen ihre begrüßenswerten Worte in den Kreisen des *Reichsverbands* und des *Generalverbands der landwirtschaftlichen Genossenschaften* ein freundliches Echo finden und zu einem vertrauensvollen regen Austauschverhältnis führen, das sich für die städtischen Konsumenten wie für die ländlichen Produzenten gleich segensreich gestalten kann und zudem, wie auch Gertrud David andeutet, eine breite soziale und politische Perspektive eröffnet.²⁵⁾

V



STÄDTISCHER Gegenpart der ländlichen Absatzgenossenschaften könnten und sollten neben den Konsumvereinen auch die Stadtverwaltungen werden. Gerade das stürmische Wachstum unserer größeren Städte in den letzten Jahrzehnten hat das meiste dazu beigetragen den einzelnen Konsumenten vom ländlichen Produzenten immer weiter zu entfernen, das Heer der Zwischenhändler und mit

²²⁾ Siehe Kaufmanns Jahresbericht für 1905 im *Jahrbuch des Zentralverbands deutscher Konsumvereine*, 1906, 1. Band, pag. 85.

²³⁾ So machte beispielsweise der Geheime Finanzrat Hugenberg, der mehrere Jahre hindurch im Posener landwirtschaftlichen Genossenschaftswesen einen leitenden Posten innehatte, dann aber auf dem Weg durch das preussische Finanzministerium sich den Fleischtöplern des Großkapitalismus zuwandte und Direktor der Aktiengesellschaft Fr. Krupp in Essen wurde, in seinem Buch *Bank- und Kreditwesen des deutschen Mittelstands* / München 1906 /, pag. 110, die genossenschaftlich organisierten Bauern gegen das Konsumvereinswesen der industriellen Arbeiter scharf, von dem er behauptet, daß es »einen ganz andern feindseligen Charakter trägt und bestimmt scheint das größte Unheil anzurichten«.

²⁴⁾ Der österreichische Konsumgenossenschaftler Kaff nannte in seinem Artikel *Die Konsumgenossenschaften und der Sozialismus in der Neuen Zeit*, 1909-1910, 2. Band, pag. 383, die landwirtschaftlichen Genossenschaften »nur der Form nach Genossenschaften, in Wirklichkeit jedoch Assoziationen des Grundkapitals mit Kartellzwecken«. Und selbst Göhre spricht in seinem Artikel *Konsumvereine und Sozialdemokratie in der Neuen Zeit 1911-1912*, 2. Band, pag. 394, von »bedenklichen Annäherungsversuchen« der Hamburger Leitung der Konsumvereinsbewegung »an agrarische Formen des Genossenschaftswesens«, während er doch den Haupthelden seines Werks über die Arbeiterkonsumvereine, den früheren Geschäftsführer des Konsumvereins Leipzig-Plagwitz Georg Fell, wegen seiner Annäherungsversuche an agrarische Molkereigenossenschaften geradezu gefeiert hat.

²⁵⁾ Siehe David *Sozialismus und Genossenschaftsbewegung* / Berlin 1910 /, pag. 55.

ihm die Summe der Zwischenhandelsprofite zu vermehren und dadurch das Realeinkommen der breiten konsumierenden Schichten im Verhältnis zu ihrem Nominaleinkommen herabzusetzen. Da den Städten in den höheren Steuereinnahmen die günstigen Folgen ihres rapiden Anwachsens zugute kommen, sollten sie auch die üblen Wirkungen, die es auf das Realeinkommen besonders ihrer minderbemittelten Bürger ausübt, abschwächen helfen. Sie wären dazu sehr wohl imstande, wenn sie wenigstens einen Teil des jede Gewinnchance ausnutzenden Großzwischenhandels und des bei seiner hohen Unkostenquote überaus teuer arbeitenden Kleinzwischenhandels durch eine großangelegte und deshalb billiger wirtschaftende gemeindliche Lebensmittelversorgung zu ersetzen versuchten. Nach längerem heftigen Sträuben haben die deutschen Stadtverwaltungen sich ja auch auf diesem Gebiet zu betätigen begonnen. Besonders nach der Mißernte des Dürrejahrs 1911 haben sie sich zum großen Teil als ganz geschickte Kartoffel- und Seefischhändler erwiesen. Weniger bewährten sie sich, als nach dem Kartoffelfehlernte- und Rindviehseuchenjahr 1911 im Sommer des folgenden Jahres die Fleischpreise auf eine bis dahin unbekannte Höhe stiegen. Gezwungen sich nun auch als Fleischhändler zu versuchen nahmen es die größeren deutschen Städte zwar dankenswerterweise auf sich ausländisches Fleisch zum Verkauf zu bringen, lehnten es aber leider ab auf die Angebote der deutschen Landwirtschaftskammern und der deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften einzugehen und mit diesen mehrjährige Verträge auf Lieferung von Schlachtschweinen zu einem im voraus bestimmten Durchschnittspreis einzugehen. Daß diese von der Reichs- und Staatsregierung begünstigten Verhandlungen bisher nahezu ergebnislos geblieben sind, wird erfreulicherweise auch in unserer Partei bedauert, und es muß besonders hervorgehoben und anerkannt werden, daß auch der *Vorwärts* am 24. August dieses Jahres schrieb:

»Leider muß gesagt werden, daß sich viele Städte bei ihrer Entscheidung von der Profitsucht der Innungsmeister haben beeinflussen lassen. Sie haben es einfach abgelehnt sich auf nähere Verhandlungen mit den Landwirtschaftskammern einzulassen, nachdem feststand, daß die Fleischerinnungen nicht mitmachen würden. ... Trotzdem läge es im Interesse der konsumierenden Bevölkerung, daß die Städte ernstlich versuchten die agrarischen Exempel praktisch zu lösen, damit erwiesen wird, was hinter den Redensarten von der ungeheuren Leistungsfähigkeit unserer Agrarier steckt.«

Es wird auch in Zukunft Aufgabe der sozialdemokratischen Kritik bleiben müssen den Stadtverwaltungen klarzumachen, daß sie in einer Zeit des Steigens der Lebensmittelpreise, deren Ursachen, soweit sie in der Produktionssphäre liegen, zum Teil dauernder Art sind, die Pflicht haben wenigstens in die leichter beeinflussbare sehr reformbedürftige Distribution einzugreifen und durch gemeindlichen Vertrieb geeigneter einheimischer Agrarprodukte das Einkommen ihrer ärmeren Bürger kaufkräftiger zu gestalten.²⁶⁾

Die möglichste Ausschaltung verteuern den Zwischenhandels in Erzeugnissen der deutschen Landwirtschaft durch Inverbindungtreten der Konsumvereine und Stadtverwaltungen mit den landwirtschaftlichen Absatz- und Verwertungsgenossenschaften ist eine so dringlich werdende Reformforderung, daß sie auch in das künftige sozialdemokratische Agrarprogramm aufgenommen zu werden verdient. Zusammen mit der gleich dringlichen Forderung die

²⁶⁾ Siehe Schippel *Agrarpolitische Aufgaben in Preußen* und meinen Artikel *Zur Abwehr der Lebensmittellieferung* in den *Sozialistischen Monatsheften*, 1911, 3. Band, pag. 1470 ff., und 1912, 3. Band, pag. 1608 ff

Großgüteraufteilung und die Ansiedlung von Landarbeitern und von kleinen und mittleren Bauern zu beschleunigen würde sie eine Gruppe agrarpolitischer Reformvorschläge bilden, an die man bei der Ausarbeitung und Beratung der Agrarprogrammmentwürfe von 1895 in unserer Partei noch nicht gedacht hat, und an die zu denken man auch damals noch keinen hinreichenden Anlaß hatte. Aber es ist ja gerade die höchste, wenn auch vielleicht schwierigste Aufgabe der auf dem historischen Materialismus fußenden Sozialdemokratie die nie rastende Entwicklung der wirtschaftlichen Verhältnisse geistig regsam zu verfolgen und die aus ihr hervorstachsenden Forderungen des gegenwärtigen Tages sich rechtzeitig zu eigen zu machen, soweit sie, wie offensichtlich die hier in Frage stehenden, den Interessen der von ihr vertretenen Volksschichten entsprechen und aus sozialistischem Geist geboren sind.

XX
**HERMANN MATTUTAT · DIE INVALIDENVER-
 SICHERUNGSPFLICHT DER HEIMARBEITER NACH
 DER REICHSVERSICHERUNGSORDNUNG**



INE einwandfreie und klare Lösung hat die Frage der Invalidenversicherungspflicht der Heimarbeiter durch das Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetz vom 22. Juni 1889 leider nicht gefunden. Vielmehr haben sich in dieser Richtung viele Beanstandungen und Streitfälle daraus ergeben. Eine große Anzahl von Heimarbeitern, die in dem Glauben versicherungspflichtig zu sein jahrelang ihre Versicherungsbeiträge ordnungsmäßig bezahlt hatten, wurden mit ihren Ansprüchen auf Invaliden- respektive Altersrente abgewiesen, weil das Reichsversicherungsamt sie nicht als Heimarbeiter sondern als nichtversicherungspflichtige Hausgewerbetreibende betrachtete. Die von ihnen gezahlten Beiträge waren umsonst entrichtet, und die Hoffnung der Abgewiesenen für die Zeit der Invalidität und des Alters einen Rechtsanspruch auf eine, wenn auch nur schmale Rente zu haben erwies sich als verfehlt; sie blieben auf die demütigende Armenunterstützung angewiesen.

Dieser unbefriedigende Zustand wurde auch durch das Invalidenversicherungsgesetz vom 13. Juni 1898 nicht geändert, und auch die Reichsversicherungsordnung brachte keine andere Regelung. Und doch lag die Notwendigkeit hierzu bei Schaffung der Reichsversicherungsordnung um so näher, als die Abweisung der Heimarbeiter mit ihren Rentenansprüchen in den Bestimmungen über die Invalidenversicherung keine Begründung findet sondern sich lediglich auf eine im höchsten Grad zweifelhafte und anfechtbare Definition des Begriffs *Heimarbeiter* durch das Reichsversicherungsamt stützt. Die Folge ist, daß über diese Frage nach wie vor eine bedauerliche Unklarheit und Unsicherheit bestehen. Das Invalidenversicherungsgesetz von 1898 wie auch die Reichsversicherungsordnung sagen über die Heimarbeiter nichts. In der im wesentlichen aus dem alten Gesetz übernommenen Fassung des § 1226 der Reichsversicherungsordnung werden ganz generell die gegen Entgelt beschäftigten Arbeiter, Gehilfen, Gesellen, Lehrlinge und Dienstboten für invalidenversicherungspflichtig erklärt. Die sonst noch aufgeführten Versicherungspflichtigen gehören den Kreisen der sogenannten *Angestellten*

an und ihnen können die Heimarbeiter nicht zugezählt werden. Damit ist der Kreis der Versicherungspflichtigen erschöpft, denn die folgenden Bestimmungen betreffen die freiwilligen Versicherten. Dagegen wird durch § 1229 der Reichsversicherungsordnung dem Bundesrat die Befugnis verliehen allgemein oder in einzelnen Bezirken die Versicherungspflicht für bestimmte Berufszweige auf Gewerbetreibende und andere Betriebsunternehmer auszuweiten, die in ihren Betrieben regelmäßig keine oder höchstens einen Versicherungspflichtigen beschäftigen, desgleichen auf Hausgewerbetreibende ohne Rücksicht auf die Zahl ihrer hausgewerblich Beschäftigten. Von dieser Befugnis hat der Bundesrat durch Bekanntmachung vom 16. Dezember 1891 für die Hausgewerbetreibenden der Tabakindustrie sowie durch Bekanntmachungen vom 1. März 1894 und 9. November 1895 für die Hausgewerbetreibenden der Textilindustrie Gebrauch gemacht, wenn auch in sehr ungenügender und engherziger Weise. Für die übrigen zahlreichen Hausgewerbetreibenden ist nichts geschehen; sie unterliegen der Invalidenversicherungspflicht nicht. Die Bemühungen der Sozialdemokratie diese Hausgewerbetreibenden ebenfalls dem Versicherungszwang zu unterstellen waren vergeblich; die dahin gestellten Anträge wurden sowohl in der Kommission wie im Plenum des Reichstags abgelehnt.

Nach § 162 der Reichsversicherungsordnung sind unter Hausgewerbetreibenden selbständige Gewerbetreibende zu verstehen, die in eigenen Betriebsstätten im Auftrag und für Rechnung anderer Gewerbetreibenden gewerbliche Erzeugnisse herstellen oder bearbeiten. Das Reichsversicherungsamt sagt von ihnen, daß sie eine Zwischenstellung zwischen selbständigen Gewerbetreibenden im eigentlichen Sinn und den Lohnarbeitern einnehmen. Ihre Selbständigkeit liege aber nicht in der wirtschaftlichen sondern in der persönlichen Unabhängigkeit, in der sich der in der eigenen Betriebsstätte Tätige gegenüber dem in der Fabrik des Arbeitgebers Beschäftigten befindet. Merkmale der persönlichen Unabhängigkeit seien unter anderm die Berechtigung sowohl Anfang, Ende als auch Umfang und Reihenfolge der Arbeit zu bestimmen, ferner die Möglichkeit Hilfskräfte heranzuziehen und für mehrere Unternehmer zu arbeiten, schließlich auch das Fehlen eines festen Arbeitsvertrags und einer Kündigungsfrist.

Im Gegensatz dazu sind nach dem Reichsversicherungsamt die Heimarbeiter unselbständige detachierte oder Außenarbeiter, die nur aus zufälligen Gründen, zum Beispiel wegen plötzlichen Raummangels in der Fabrik, unerwarteter Ausdehnung des Betriebs oder persönlicher Verhältnisse wie Krankheit usw., außerhalb des Betriebs respektive in ihrer Wohnung beschäftigt werden. Nur Heimarbeiter die diesen Voraussetzungen entsprechen, werden vom Reichsversicherungsamt als versicherungspflichtig anerkannt, alle übrigen aber den Hausgewerbetreibenden zugezählt. Diese Definition des Reichsversicherungsamts ist außerordentlich eng begrenzt und entspricht weder dem Geist und Zweck der Invalidenversicherung noch den bestehenden wirtschaftlichen Verhältnissen; sie muß daher als verfehlt und unhaltbar bezeichnet werden. Heimarbeiter, im Sinn des Reichsversicherungsamts sind nur ganz vereinzelt vorhanden, während diese doch, wenn man den allgemeinen Sprachgebrauch zugrunde legt, eine nach Zehntausenden zählende Bevölkerungsschicht darstellen, deren wirtschaftliche Verhältnisse ihre Einbeziehung in die Invalidenversicherungspflicht als dringend notwendig erscheinen lassen.

Mit der Schaffung des Invalidenversicherungsgesetzes wurde, wie bei den übrigen sozialen Gesetzen, der Zweck verfolgt die Arbeiter von der Armenfürsorge unabhängig zu machen. Dieser soziale Zweck ist aber vollkommen nur dann zu erreichen, wenn der Kreis der Versicherten möglichst weit gezogen wird. Dazu ist es nötig, daß alle Bevölkerungsschichten, die den Arbeitern sozial gleichgestellt sind und wirtschaftlich zu ihnen zählen, in das Invalidenversicherungsgesetz einbegriffen werden. Nur so können die Vorteile des Gesetzes wirksam zur Geltung kommen. Das Reichsversicherungsamt vereitelt jedoch diese Absicht. Es stempelt durch seine Stellungnahme große Bevölkerungsschichten zu selbständigen Unternehmern, obwohl die ihnen beigeordnete Selbständigkeit in Wirklichkeit für sie gar nicht besteht. Worin liegt zum Beispiel die Selbständigkeit einer Schürzen- oder Trikotnäherin, die die zugeschnittenen Schürzen oder Wäscheteile von der Fabrik empfängt und daheim auf ihrer Nähmaschine zusammenfügt? Niemand, der mit den Verhältnissen vertraut ist, wird dies als selbständige Arbeit bezeichnen. Die Näherin bekommt die Arbeit zugeteilt, der Preis ist festgesetzt und nicht höher als der, den die in der Fabrik beschäftigten Arbeiterinnen erhalten. Sie hat sich streng an die beigegebenen Muster zu halten, muß zur im voraus bestimmten Zeit die Sachen abliefern und erhält den Lohn dafür am gleichen Zahltag wie die übrigen Arbeiterinnen. Für das Reichsversicherungsamt ist eine solche Näherin trotzdem eine selbständige Hausgewerbetreibende, weil sie nicht nur vorübergehend daheim schafft, nicht der Aufsicht des Unternehmers untersteht, weil sie Beginn, Ende und die Reihenfolge der Arbeit selbst bestimmen, nach Belieben den Unternehmer wechseln, für mehrere Unternehmer arbeiten und Hilfspersonen zuziehen kann.

Es gehört ein starkes Stück Weltfremdheit oder, besser gesagt, Unkenntnis der Lebensverhältnisse dieser Arbeiterinnen dazu, um auf Grund der angeführten Momente ihre Versicherungspflicht zu verneinen. Die Wirkung ist, daß Zehntausende trotz des jämmerlichsten Verdienstes und der elendesten Lebenshaltung die Vorteile der Invalidenversicherung entbehren müssen. Daß sie als selbständige Hausgewerbetreibende angesehen werden, ist dafür ein schlechter Trost. Wer die Verhältnisse auch nur einigermaßen kennt, muß die vom Reichsversicherungsamt für die Unterscheidung von Heimarbeitern und Hausgewerbetreibenden aufgestellten Merkmale überwiegend als unzutreffend und irreführend bezeichnen. Die selben unterscheidenden Merkmale finden sich auch bei vielen Arbeitern, besonders bei Akkordarbeitern in Kleinbetrieben vor, sie beweisen also nichts. Der außerhalb des Betriebs, ja vielleicht im Ausland beschäftigte Monteur, der auf dem Bau schaffende Anschläger oder Bodenleger und noch viele andere Außenarbeiter unterstehen bei ihrer Arbeit keiner Aufsicht; Beginn und Ende der Arbeit sind in ihr Ermessen gestellt, denn die Akkordlohnbezahlung wirkt schon allein dahin, daß eine geregelte Arbeitszeit eingehalten und eine besondere Aufsicht entbehrlich gemacht wird. Sie sind berechtigt die Reihenfolge ihrer Arbeit selbst zu bestimmen, soweit diese es zuläßt, können Hilfsarbeiter zur Fertigstellung der Arbeit hinzuziehen und auf Grund des üblichen Kündigungsausschlusses jederzeit den Unternehmer wechseln. Es kommt sogar vor, daß derartige Arbeiter abwechselnd für mehrere Unternehmer beschäftigt sind. Trotzdem fällt es niemand ein sie als selbständige Gewerbetreibende anzusehen.

Zugegeben kann werden, daß die Unterscheidung zwischen Heimarbeitern und Hausgewerbetreibenden keine ganz einfache Sache ist. Keineswegs ist sie aber so kompliziert und schwierig wie man nach den Ausführungen des Reichsversicherungsamts in seiner Anleitung für die Feststellung der Versicherungspflicht glauben könnte. Man braucht nur dem Sprachgebrauch und den im wirtschaftlichen Leben für die Auseinanderhaltung von selbständigen Gewerbetreibenden und Arbeitern üblichen Anhaltspunkten zu folgen, um zu einer einfachen und zutreffenden Unterscheidung zu kommen. Danach sind diejenigen Personen als selbständige Hausgewerbetreibende anzusehen, die in eigener Betriebsstätte, mit eigenen Maschinen und Werkzeugen entweder allein oder mit fremden Hilfskräften für andere Gewerbetreibende gewerbliche Erzeugnisse herstellen oder bearbeiten. Als besonderes Merkmal der Selbständigkeit kann in der Regel noch die Veranlagung zur Gewerbesteuer dienen. Heimarbeiter sind dagegen solche Personen, die allein oder mit ihren Angehörigen von einem Unternehmer in ihrer Wohnung mit der Ausführung gewerblicher Arbeiten beschäftigt werden. Damit dürfte in allen Fällen auszukommen sein, so daß die Möglichkeit besteht festzustellen, ob man es mit einem selbständigen Hausgewerbetreibenden oder einem Heimarbeiter zu tun hat. Diese Unterscheidung ist auch in steuerrechtlicher Beziehung anerkannt. Die Definition des Reichsversicherungsamts hat aber die Steuerbehörden verschiedentlich dazu bewogen sich dessen Auffassung anzueignen und auf solche Weise auch die Heimarbeiter zur Gewerbesteuerzahlung heranzuziehen. In Württemberg wurden zum Beispiel Näherinnen mit einem jährlichen Einkommen von 300 Mark und weniger für gewerbesteuerpflichtig erklärt. Da die Gewerbesteuerpflichtigen dort auch Gemeindegeldumlagen zahlen müssen, so mußten die Ärmsten einen erheblich höhern Steuerbetrag leisten als nur einkommensteuerpflichtige Personen mit dem vierfachen Einkommen. Bei einer Beschwerde ist die Heranziehung zur Gewerbesteuer selbstverständlich nicht aufrechtzuerhalten; die über diese Dinge bestehende Unkenntnis läßt es jedoch oft genug nicht dazu kommen. Eine ähnliche Praxis verfolgt auch die hessische Steuerbehörde, wenngleich sie damit, wie ein Urteil der Strafkammer Darmstadt aus letzter Zeit zeigt, im Ernstfall ebensowenig Glück hat. Der diesem Urteil zugrunde liegende Fall ist wichtig genug, um hier kurz erwähnt zu werden.

Der Portefeullier P. in Offenbach arbeitete dort für einen Lederwarenfabrikanten in eigener Wohnung als Heimarbeiter. Er erhielt die *Arbeit* in zugeschnittenem Zustand geliefert und hatte sie nach den ihm übermittelten Mustern fertig zu machen. Um bei einem Wechsel des Arbeitsverhältnisses der Schererei des An- und Abmeldens zur Krankenkasse entoben zu sein und seine Mitgliedschaft nicht unterbrechen zu lassen, zahlte P. die Krankenkassenbeiträge selbst, obwohl ein zwischen Arbeitern und Unternehmern bestehender Tarifvertrag den Arbeitgeber zur Beitragszahlung verpflichtete. Aus dieser freiwilligen Kassenmitgliedschaft wie aus den sonstigen Umständen folgerte die Steuerbehörde, P. sei kein Heimarbeiter sondern selbständiger Hausgewerbetreibender. Da er als solcher nicht zur Gewerbesteuer angemeldet war, verfügte sie gegen ihn eine Ordnungsstrafe von 6 Mark. Auf den von P. erhobenen Einspruch hob das Schöffengericht die Strafe auf. Dagegen legte die Staatsanwaltschaft Berufung ein. Vor der Strafkammer führte der Sachverständige der Steuerbehörde die vom Reichs-

versicherungsamt aufgestellten Merkmale für Hausgewerbetreibende an, wonach P. als selbständiger Gewerbetreibender anzusehen sei. Ihm trat der Handelskammersekretär Dr. Craatz als Sachverständiger damit entgegen, daß P. zweifellos als Heimarbeiter zu gelten habe. Wenn ein Heimarbeiter, der zur Einhaltung einer bestimmten Arbeitszeit nicht verpflichtet ist, kein Heimarbeiter sein solle, dann gäbe es in ganz Deutschland keine Heimarbeiter mehr. Bekomme er sämtliche Zutaten, und stelle er die Arbeit mit Hilfe seiner Familie, aber ohne fremde Hilfe her, so sei er als Heimarbeiter zu betrachten. Müsse er Zutaten kaufen, so falle er unter den Begriff *Hausgewerbetreibender*. Das gleiche treffe zu, wenn er seine über 25 Jahre alten Söhne mitbeschäftige und entlohne. Die Strafkammer schloß sich in ihrem Urteil diesen Ausführungen an und erkannte auf Freisprechung des P. Die Begründung ging dahin, daß P. als selbständiger Gewerbetreibender nicht betrachtet werden könne. Die freiwillige Versicherung bei der Ortskrankenkasse mache ihn nicht dazu. Bei dem häufigen Wechsel der Arbeitgeber sei es für die Heimarbeiter praktisch gehandelt und liege es sowohl im Interesse der Versicherten wie der Ortskrankenkasse, wenn die Heimarbeiter sich selbst versichern.

Mit diesem Urteil tritt das Landgericht Darmstadt der vom Reichsversicherungsamt in der Heimarbeiterfrage vertretenen Auffassung in allen Punkten entgegen und erklärt sie für unrichtig. Zugleich stellt es sich durchaus auf den seit je von den Arbeitersekretariaten und den Gewerkschaften eingenommenen Standpunkt. Hierdurch wird übrigens nur unterstrichen, was das Hausarbeitsgesetz vom 20. Dezember 1911 ebenfalls festlegt, ohne daß jedoch die Reichsversicherungsordnung dazu Stellung nimmt. Wenn man freilich berücksichtigt, wie die Reichsversicherungsordnung zustande kam, und wie wenig dabei von einer sachgemäßen Beratung die Rede war, so darf man sich hierüber nicht wundern. Auf jeden Fall kann man bei der Prüfung der Versicherungspflicht der Heimarbeiter an dem Hausarbeitsgesetz nicht so ohne weiteres vorübergehen, da es die Verhältnisse der Heimarbeiter regelt und eine authentische Interpretation des Begriffs *Heimarbeiter* gibt. Das Gesetz spricht zwar nur von Hausarbeitern im Gegensatz zu den Hausgewerbetreibenden. *Hausarbeiter* und *Heimarbeiter* sind aber mit einander identisch, wie die Bestimmungen des Gesetzes einwandfrei erkennen lassen. Danach sind als Hausarbeiter diejenigen Hausgewerbetreibenden zu betrachten, die allein oder mit Familienangehörigen in eigener Betriebsstätte für Rechnung anderer Gewerbetreibenden gewerbliche Erzeugnisse herstellen oder bearbeiten. Die Betriebsräume der Hausarbeiter unterstehen der Gewerbeinspektion. In den Räumen, in denen Arbeit an Hausarbeiter ausgegeben oder abgenommen wird, müssen Lohnverzeichnisse oder Lohn tafeln ausgelegt oder ausgehängt sein, die den Hausarbeitern Gelegenheit geben sich über die für die ausgegebenen Arbeiten jeweilig gezahlten Löhne zu unterrichten. Ferner sind, soweit nicht die Arbeit in Werkstätten ausgegeben wird, den Hausarbeitern Lohnbücher oder Arbeitszettel auszuhändigen, die über Art und Umfang der Arbeit sowie die dafür festgesetzten Löhne oder Preise Angaben enthalten. Daneben sind die Unternehmer, die Hausarbeiter verwenden, verpflichtet ein Verzeichnis der von ihnen beschäftigten Hausarbeiter zu führen und auf Erfordern der Ortspolizeibehörde sowie den Gewerbeaufsichtsbeamten vorzulegen oder einzureichen. Sie dürfen nur solchen

Hausarbeitern Hausarbeit mitgeben, die sich darüber ausweisen können, daß ihre Arbeitsräume den gesetzlichen Anforderungen entsprechen. Außerdem kann den Unternehmern die Verpflichtung auferlegt werden sich in angemessenen Zwischenräumen persönlich oder durch Beauftragte davon zu überzeugen, ob die Arbeitsräume der Hausarbeiter den gesetzlichen Anforderungen entsprechen. Schließlich sieht § 19 des Hausarbeitsgesetzes noch die Einsetzung von Fachausschüssen zur Ermittlung des Arbeitsverdienstes sowie die Förderung des Abschlusses von Lohnabkommen und Tarifverträgen vor. Der den Hausarbeitern für ihre Arbeitsleistung gewährte Entgelt ist als Arbeitslohn im Sinn des Lohnbeschlagnahmengesetzes zu betrachten.

Die Hausarbeiter sind also nach dem Hausarbeitsgesetz nichts anderes als unselbständige Heimarbeiter, die als solche sowohl der Kranken- wie der Invalidenversicherungspflicht unterliegen. Unter diesen Umständen läßt sich die vom Reichsversicherungsamt vertretene Auffassung nicht halten; sie bedarf einer gründlichen Revision. Damit wäre freilich noch nicht genug geschehen. Auch die Versicherungspflicht der Hausgewerbetreibenden bedarf einer Erweiterung. Das Bedürfnis dazu ist vorhanden. Die Ausdehnung der Versicherungspflicht auf die Hausgewerbetreibenden der Textil- und Tabakindustrie genügt nicht. Durch die Erweiterung der Befugnisse des Bundesrats auf Grund des § 1229 der Reichsversicherungsordnung hat der Reichstag zum Ausdruck gebracht, daß dem Versicherungsbedürfnis der Hausgewerbetreibenden und kleinen Betriebsunternehmer in weiterem Umfang entsprochen werden soll. Das geschieht nicht, wenn diese Bestimmung nur auf dem Papier stehen bleibt. Es ist daher zu fordern, daß der Bundesrat auch von seinen Befugnissen Gebrauch macht.

XX

RUNDSCHAU

ÖFFENTLICHES LEBEN

Sozialistische Bewegung / Joseph Bloch

Schröder † Genosse Wilhelm Schröder

ist am 3. November gestorben. Nur wenige Wochen

vorher war seine tödliche Krankheit erkannt worden. Er selbst glaubte Heilung seines Leidens und Wiederherstellung seiner physischen Kräfte in einem Sanatorium zu finden. Da aber kam schnell das Ende. 52 Jahre ist Schröder alt geworden, und er stand erst so recht am Anfang der vollen Entfaltung seiner eigentlichen Begabung, die von Jahr zu Jahr mehr auch von den anderen erkannt wurde. Schröder gehörte nicht zu denen, die Ämter und Würden auf sich zu vereinigen suchen. Daher ist sein Name in der weitem Parteipublizistik vielleicht nicht so bekannt wie es nach seiner Bedeutung sein müßte. Er ging seinen Weg mehr für sich, er gehörte, wie sein großes Vorbild und sein politischer Lehrer Auer, zu denen, die trotz

umfassender und intensivster Tätigkeit nicht nach außen glänzen sondern ihren Lohn in der Arbeit selbst finden. Für Schröder bestand diese Arbeit in der Erweiterung des politischen Gesichtskreises unserer Partei, an der er, der genaue Kenner der Parteigeschichte, in der Tat nicht unerheblichen Anteil hat. Seine Aufsätze, die die Probleme des Tages, um die in der Partei gestritten wurde, in die Sphäre vergleichender Parteigeschichtsbetrachtung rückten, werden der Partei vielfach erst ihre eigentliche Stellung und ihren Umfang gezeigt haben. Wer mit der Haltung der Sozialdemokratie bei wichtigen Anlässen unzufrieden war, konnte aus den Arbeiten Schröders lernen, wie eine politische Erkenntnis langsam reift, der konnte einsehen, daß man nicht berechtigt ist allzu schnelle Wandlungen zu verlangen, und daß man der Partei wie der Politik am besten dient, indem man eine langsame Annäherung zwischen beiden anbahnt, daß man nicht mit Vor-

würfen und Rekrimationen die Entwicklung fördert sondern nur mit einem richtigen Verstehen aller psychologischen Hemmungen und in unablässiger Arbeit, unbeirrt auch durch Rückschläge. Die Partei hat in Wilhelm Schröder eines ihrer treuesten und fähigsten Mitglieder verloren.

An der Spitze dieses Heftes gibt sein Freund Adolph von Elm in knappen Strichen eine Darstellung der Persönlichkeit und des Entwicklungsgangs Wilhelm Schröders. Er deutet auch an, was Schröder für die *Sozialistischen Monatshefte* bedeutete. Doch soll auch an dieser Stelle in tiefer Dankbarkeit dessen gedacht werden, was die *Sozialistischen Monatshefte* in Wilhelm Schröder verlieren. Schröder gehört nicht zu ihren frühesten Mitarbeitern. Aber er wurde in den Jahren, da er bei ihnen war, bald einer der wichtigsten. Seine Mitarbeit beginnt erst im Jahr 1906. Im Jahr vorher war er infolge jener Affäre der Sechs aus der *Vorwärts*redaktion ausgeschieden. Dieser für die Partei so traurige Fall hatte für Schröder eigentlich nur erfreuliche Folgen. Als Lokalredakteur des *Vorwärts* mußte er seine große Begabung an kleine Dinge wenden, und sein politischer Instinkt kam nie recht zum Ausdruck. Ja, vielleicht war diese seine Hauptfähigkeit ihm selbst unbekannt. Denn bis dahin hatte sich Schröder bescheiden auf das ihm zugewiesene Gebiet beschränkt. Nun aber lenkte er seinen Blick vom Lokalen aufs Allgemeine. Zuerst auf den Teil der Sozialpolitik, der ihm von seiner Frühzeit am nächsten lag. Mit *Gedanken zur Heimarbeit*sausstellung begann er seine Mitarbeit an den *Sozialistischen Monatsheften*. Mit sozialpolitischen und Gewerkschaftsproblemen hat er sich auch später noch sehr viel beschäftigt. Einer seiner ersten Artikel war der über die angebliche *Sisyphusarbeit* der Gewerkschaften, über die man sich im Jahr 1907 in unserer Partei lebhaft auseinandersetzte. Ein Artikel *Unsere Presse*, in dem er aus eigener Kenntnis der Sache darlegen konnte, was der sozialdemokratischen Parteipresse nottat, zeigte wohl zuerst den kritischen und dabei aufbauenden Geist Schröders einer größeren Öffentlichkeit. Im Jahr 1908 schrieb er dann den ersten Begrüßungsartikel zum sozialdemokratischen Parteitag. Vor 6 Jahren hatte das sein Lehrer Auer an der gleichen Stelle getan. Und man konnte sehen: Schröder schrieb aus dem gleichen Geist heraus. Dieser Be-

grüßungsartikel ist dann auch fast in allen folgenden Jahren von Schröder geschrieben worden. Und der zu dem diesjährigen Jenaer Parteitag war das letzte, was Schröder überhaupt verfaßt hat. Er schrieb den Artikel wenige Tage, bevor er in das Krankenhaus ging, in dem er sich einer Operation unterzog. Beim Schreiben kam ihm vielleicht eine dunkle Ahnung dessen, was ihn erwartete. Obgleich er, der geistig so lebenskräftige Mann, der so vieles, ja das Beste erst der Sache noch zu geben hatte, unmöglich den Gedanken an einen so jähen Abbruch fassen konnte. Sein kurzer Begleitbrief, mit dem er mir diesen Artikel sandte, zeigt in ergreifender Weise seine Stimmung bei dieser seiner letzten Arbeit. Er lautet: »Lieber Genosse Bloch, anbei der Parteitagartikel. Es ist, wie ich Ihnen zu meinem großen Schmerz verkünden muß (vorläufig, so wollen wir hoffen) die letzte Arbeit, die Sie von mir erhalten. Mein Übel in den Gedärmen zwingt mich nämlich am Dienstag das Lichterfelder Krankenhaus aufzusuchen und mich dort operieren zu lassen. In der Hoffnung, daß alles gut gehe, grüße ich Sie herzlich. Ihr Wilhelm Schröder.« Ich brauche hier nicht die Titel aller oder auch nur der wichtigsten Arbeiten aufzuzählen, die Schröder in den 8 kurzen und wichtigen Jahren seiner Mitarbeit in den *Sozialistischen Monatsheften* veröffentlicht hat. Die Leser werden sie kennen. Denn Schröder hatte eine Schreibweise, die es bewirkte, daß man seine Artikel nicht gleichgültig lesen und vergessen konnte. Man konnte auch in ihnen verfolgen, wie er in der Arbeit, die er sich nun gestellt hatte, selber wuchs. Wie er das Gebiet der Parteipolitik und dann allmählich das Gebiet der innern Politik überhaupt umfaßte, wie er als überzeugter Evolutionist sich nie mit dem »starrten System« (wie er einmal schrieb) zufrieden gab sondern überall dem Fluß der Erscheinungen nachging und gerade dadurch sich und andere in der unerschütterlichen Überzeugung von dem unaufhaltsamen Aufstieg der Sozialdemokratie bestärkte. Schröder war wirklicher Reformist, er erschrak nie vor den Konsequenzen seines reformistischen Denkens, er zog sie der Reihe nach alle mit Ruhe und Gelassenheit, aber auch mit einem Mut wie ihn nur der wahre Bekenner hat. In seiner Polemik gegen die *Radikalen* war er von sachlicher Unerbittlichkeit und von satirischer Schärfe. Und doch werden ihm die Angegriffenen

das nie verdacht haben, denn die reine Sachlichkeit, in die sich nie auch nur ein Atom persönlicher Gereiztheit mengte, mußte auch seine Gegner innerhalb der Partei mit Sympathie erfüllen. Mit der selben Sympathie, die Schröder im Grunde auch für eben diese Gegner selber hatte. Denn das war das Charakteristische an seinen Artikeln: Wenn Schröder eine Richtung in der Partei kritisierte, so fühlte man doch: hier sprach nicht in erster Linie ein Richtungsgegner zum andern, hier sprach ein Genosse zu Genossen, dem das Gefühl des Verbundenseins das Entscheidende, die Verschiedenartigkeit der Anschauungen das zu Überwindende war. Ein lebenswürdiger und warmer Humor milderte stets die in der Sache liegenden Härten seiner Kritik. Er entsprach ganz seinem lebenswürdigen herzlichen Wesen. Seine Ironie konnte daher niemals verletzend sein, ja sie hat die Betroffenen selber sicherlich erheitert und sie vielleicht auch ein ganz klein wenig zur Einkehr gemahnt. In der Art, wie er die Parteipolemik führte, kann Schröder allen Genossen, auf beiden Seiten der Partei, als Muster dienen; es wäre nie zu den erbitterten Gegensätzen mit ihren deprimierenden Begleiterscheinungen gekommen, wenn alle von seiner Art gewesen wären.

Bis zu seinem Tod, der auch denen, die um sein Leiden wußten, unerwartet schnell kam, hat Schröder die Entwicklung in der Partei aufmerksam verfolgt. Als ich ihn das letztemal sah (es war kurz vor seiner Übersiedelung ins Sanatorium), sprach er voller Genugtuung von den Ergebnissen des Parteitags in Jena. Und am 24. Oktober schrieb er mir noch aus dem Sanatorium einen Brief, in dem er sich über die badischen Landtagswahlen ausließ. »Es ist dafür gesorgt, daß die Bäume nicht in den Himmel wachsen«, beginnt er, und er ist ganz in seiner alten Art gehalten. Gewohnt alles in der Entwicklung zu sehen findet er auch einen vorübergehenden Rückschlag weiter nicht bedenklich. Auch die Stimmenverluste, von denen in der Parteipresse so viel Wesens gemacht wurde, nimmt er nicht tragisch. Er meint da nur: »Sollten die Verluste der in Süddeutschland beliebten organisierten Schlampe mit zuzuschreiben sein, so kommt vielleicht ein Schuß preußischer Forsche in die Bewegung.« (Die Süddeutschen werden unsern toten Genossen diese hypothetische Kritik, die aus wahrhaft freundschaftlicher Gesinnung stammt, gewiß nicht verargen; wo

die Gründe des Stimmenrückgangs in Wirklichkeit zu suchen sind, hat ja Wilhelm Kolb in diesem Heft ausreichend klargelegt.) Und auch hier dann wieder der Optimismus Schröders in der weitem Perspektive: »Die badische Fraktion hat gezeigt, daß sie mit der positiven Arbeit der letzten Jahre ehrenvoll bestehen kann . . . Einige Jahre reaktionärer Herrschaft können ja viel Unheil anrichten; aber über diese Periode hinweg führt die Entwicklung die Sozialdemokratie wie den Liberalismus der Erkenntnis näher, daß sie, und zwar nicht nur im Süden sondern im ganzen Reich, viel weniger zaghaft als bisher zusammenwirken müssen.« Diese letzten Worte, die ich in seiner Handschrift gesehen habe, zeigen wieder den ganzen Wilhelm Schröder, den unverdrossenen, eifrigen, unermüdeten Arbeiter an der Zukunft und an der Freiheit.

Seit dem Jahr 1909 hatte Schröder auch die Bearbeitung einer Rundschau rubrik, die damals neu eingeführt wurde; der Rubrik *Staatssozialismus*. Die Leser wissen, wie gewissenhaft und wie eindringlich er in dieser Rubrik das Werden des sozialistischen Geistes in unserm Staatsorganismus selber aufzeigte, wie er alle Tendenzen verfolgte, die in unserer Gegenwartsgesellschaft auf den Sozialismus abzielen. Mit Beginn dieses Jahres legte er dann die Bearbeitung dieser Rubrik nieder, um die einer andern, der *Politik*, zu übernehmen. Getreu seiner ganzen Grundauffassung hat er da in seiner Berichterstattung die stete Abkehr der Sozialdemokratie von der Intransigenz und ihre wachsende Staatsgesinnung gezeigt, die sie dereinst befähigen wird die Leitung des Staates ganzes überhaupt zu übernehmen. Und diese Rundschau, deren Bearbeitung er mit so viel Freudigkeit übernahm, hat er nun nicht einmal ein volles Jahr fortführen können.

Als Schriftsteller war Wilhelm Schröder, der ehemalige Handarbeiter, eine ungewöhnliche Begabung. Er verband feines Sprachgefühl mit einer anschaulichen Art der Darstellung; er hatte insbesondere ein richtiges Erzählertalent, weshalb auch seine Darstellungen aus der Parteigeschichte stets so frisch und unmittelbar anmuten. Als Politiker zeichnete sich Schröder durch ein ruhiges Urteil aus, abseits von der verzerrenden Tagesleidenschaft, und durch jenen festesten Glauben an die Zukunft, der für einen aktiven Politiker notwendig und doch so selten ist. Als Mitarbeiter aber war Schröder von einzigartig Zu-

verlässigkeit, von steter Bereitschaft und unermüdlicher Arbeitskraft. Auf ihn konnte man sich unter allen Umständen verlassen. Und er hat gerade in schwierigen Situationen mit einer Selbstverständlichkeit Solidarität geübt, die allein ihm dauernden Dank sichern würde. Dazu hatte er die bei einem Schriftsteller so seltene Gabe der strengsten Sachlichkeit, des Mangels an jeglicher Autoreneitelkeit. Er war immer bereit seine witzigsten Wendungen und hübschesten Einfälle preiszugeben, wenn auch nur das geringste sachliche Bedenken entgegenstand. Er trachtete nicht nach schriftstellerischen Erfolgen, er wollte immer nur Erfolge für die Sache.

Wie als Mitarbeiter unersetzlich, so wird Schröder als Mensch unvergänglich bleiben. Seine stets gute Laune, seine gutmütige und nachsichtige Art des Urteilens und seine ganze liebenswürdige Persönlichkeit gaben all den sachlichen Unterredungen, die ich im Lauf dieser Jahre mit ihm hatte, auch unabhängig von der Freude an dem Austausch der Ansichten, etwas menschlich Anziehendes und Erquickendes.

Mit den *Sozialistischen Monatsheften* wird der Name Wilhelm Schröders für immer verknüpft sein.

× **Kurze Chronik** Am 7. November ist Wilhelm Schröder in Hamburg eingäschert worden. In der Halle des Krematoriums hielt Frohme eine von warmem Gefühl bewegte Gedächtnisrede. Ferner sprachen Molkenbuhr für den Parteivorstand, Eichhorn für das Pressebureau, Poetzsch für die *Partei Korrespondenz*, Fabian für die *Wilmersdorfer Organisation*. Für die *Sozialistischen Monatshefte* (dem Schreiber dieser Zeilen war es leider nicht möglich ihrem treuen Freund die letzte Ehre zu erweisen) sprach Eduard Bernstein, der mit schönen Worten hervorhob, daß Wilhelm Schröder die seltene Vereinigung von Treue und Unabhängigkeit in sich verkörpert habe, und daß das, was er in seiner Arbeit geschaffen hat, dauernden Wert behalte. × Am 3. Oktober ist Genosse Heinrich Dietz 70 Jahre alt geworden. Dietz ist mit Recht als Bahnbrecher der wissenschaftlichen Literatur der Sozialdemokratie gefeiert worden. Seine großen Verdienste machten diesen Geburtstag zugleich zu einem Parteijubiläum. × Bei den Neuwahlen zur italienischen Kammer, die zum erstenmal unter dem durch Giolitti eingeführten allgemeinen

Wahlrecht stattfanden, hat der Sozialismus große Erfolge errungen. Es sind insgesamt 78 Sozialisten gewählt worden; von denen gehören 52 zur alten sozialistischen Partei (früher 25), 23 zur neuen reformistisch-sozialistischen Partei (früher 15), dazu noch 3 wilde Sozialisten. × Bei der Nachwahl in Amsterdam III hat die holländische Sozialdemokratie einen großen Mißerfolg gehabt. Die holländische Sozialdemokratie hat jetzt, wie auch der *Vorwärts* am 7. November konstatieren muß, »bei sämtlichen Nachwahlen starken Stimmenverlust zu verzeichnen, die Liberalen aber beträchtlichen Stimmengewinn«. Darin zeigt sich handgreiflich die Wirkung der kurzsichtigen Ablehnung der Teilnahme an der Regierung. Auch der *Vorwärts*korrespondent muß feststellen, daß diese Ministerangst der Partei von einem großen Teil ihrer Wähler »verübelt« wird. × Das Streben der Vereinigten Staaten nach Erweiterung ihrer Machtsphäre über Lateinisch Amerika hat auch den Widerstand der südamerikanischen Sozialisten hervorgerufen. In Argentinien wird die Einberufung eines südamerikanischen Sozialistenkongresses propagiert, der vor allem der Frage der nationalen Unabhängigkeit gewidmet sein soll.

Wirtschaft / Max Schippel

Diskontpolitik Während der letzten beiden Monate hat sich ein lebhafter, fesselnder Kampf um die deutsche Diskontpolitik entwickelt. Bekanntlich bestand seit dem November 1912 der außerordentlich hohe offizielle Wechseldiskontsatz von 6 %. Die Geschäftswelt, mit den Großbanken an der Spitze, bäumte sich schon lange gegen diese hemmende Fessel auf. Vor allem wegen des zunehmenden Verfalls der Börsen lechzte man förmlich nach einem belebenden Anstoß von außen, wie er in einer fühlbaren Krediterleichterung zweifellos gelegen haben würde. Der Reichsbankleitung dagegen schien die Zeit günstig energisch das Programm der Verwirklichung näherzubringen, das sie seit 5 Jahren, damals zuerst im Anschluß an die Bankenquete, als eine unbedingte Notwendigkeit für die Gesundung der deutschen Kreditverhältnisse und des deutschen Geldumsaßes vertreten hatte: größere Goldaufschätzung an der deutschen Bankzentrale, wenn es sein müsse, durch stärkere Entgoldung des allgemeinen kleineren Zahlungsverkehrs; und Sicherung erhöhter Bankenliquidität, eines geringern Mißver-

hältnisses zwischen Verbindlichkeiten und jederzeit bereiten Mitteln im ganzen deutschen Kreditaufbau. Manche Erfahrungen der folgenden Jahre hatten dieses Drängen zu größerer Vorsicht und Zurückhaltung nur noch nähergelegt: so das wiederholte rasche Abfließen ausländischer Gelder mitten in den ernstesten politischen Krisen und die Benutzung dieser, zeitweise gewiß recht willkommenen internationalen Wandergelder zu einem wohlberechneten politischen Kampf- und Druckmittel des Auslands. Die Reichsbank sah im Lauf des Spätsommers und des beginnenden Herbstes ihre Stellung, nach langer Sisyphusarbeit, allmählich sich wieder festigen. Ihr Goldbestand wuchs zusehends. Freilich zum guten Teil infolge der künstlichen, erst durch neue Gesetzgebung ermöglichten Durchdringung des Zahlungsverkehrs mit kleinen Noten (zu 20 und 50 Mark); aber desto weniger gedachte die Bankleitung auf diese innere Konsolidierung wieder zu verzichten, um einem unbestimmten Verlangen nach einem neuen wirtschaftlichen Reizmittel nachzukommen. Der lange Zeit sich hin- und herziehende Kampf schien entschieden, als am 2. Oktober die Bank von England ihre Rate um $\frac{1}{2}$ auf 5% erhöhte. Wider Erwarten erfolgte jedoch am 27. Oktober die Herabsetzung des Reichsbankdiskonts um $\frac{1}{2}$, also auf $5\frac{1}{2}$ %. Zu ganz ungewöhnlicher Zeit; denn man muß bis auf das Jahr 1882 zurückgehen, um in der gleichen Jahreszeit etwas anderes als eine Erhöhung oder doch Festhaltung des Diskonts beobachten zu können. Man sagt, daß politische Erwägungen, namentlich die Rücksicht auf eine große rumänische Anleihe, die zum erstenmal statt dem deutschen dem französischen Markt hätte zufallen können, für das seit langem schwankende Zünglein der Wage zuletzt den Ausschlag gegeben hätten: die in Betracht kommenden Banken hätten sich nur bei zu erwartender größerer Geldflüssigkeit zur Übernahme bereit erklärt. Andererseits kann sich die Reichsbank auf ihren andauernd außerordentlich günstigen Stand berufen: Ihr Metallschatz betrug beispielsweise am 23. Oktober 1494 Millionen Mark gegen 1198 Millionen Mark im Vorjahr, ihr Goldbestand sogar 1219 gegen 886 Millionen; ihr steuerfreier Notenumlauf 180,3 Millionen Mark, während in den letzten Jahren am 23. Oktober noch stets die Steuerpflicht nicht überwunden war. Die außerordentlich günstige Warenhandelsbilanz, die sich

im September zum erstenmal sogar zu einem Überwiegen der Ausfuhr über die Einfuhr steigerte, erleichtert zudem die Zahlungsbeziehungen zum Ausland, ebenso wie der reiche Vorrat an Auslandswechseln, über den die Reichsbank zur Zeit der Diskontänderung verfügte.

×
Börse

Bei dem bis zur Hoffnungslosigkeit gedrückten Zustand der Börse ging jedoch die so lange ersehnte Zinsermäßigung an den Kursen ganz spurlos vorüber. Die allseitigen Kursentwertungen und die vielen Verkäufe um jeden Preis gaben sogar zu ziemlich wilden Gerüchten über Schwierigkeiten selbst bekannter Börsen- und Bankfirmen Anlaß. Immerhin verlief die Ultimoabrechnung ohne besondere Zwischenfälle. Dagegen standen die Berliner Liquidationskurse per Oktober tief unter dem September: Naphta-Nobel um 44%, Hansadampfschiffahrtsaktien um 34%, Hamburg-Südamerikaner $16\frac{1}{4}$ %, Hapag $11\frac{1}{4}$ %, Laurahütte $16\frac{1}{4}$ %, Konsolidation 14%, Hohenloherwerke 12%, Orenstein & Koppel $11\frac{1}{4}$ %, Deutsch-Luxemburger 9%, Gelsenkirchener $9\frac{1}{4}$ %.

×
Schiffahrts-
konflikte

Seitens der *Hamburg-Amerika-Linie* ist der Passagepool für den Zwischen-decksverkehr der im *Nordatlantischen Dampferlinienverband* vereinigten Gesellschaften gekündigt worden, seitens des *Norddeutschen Lloyds* der Frachtenpool: beide zum 31. Dezember. Die Hapag hatte diese Verbandskrise entfesselt, indem sie, unter Hinweis auf das außerordentliche Anwachsen ihrer Bruttonnage, eine Quotenerhöhung für sich verlangte. Sie scheint sich erstlich zum Kampf zu rüsten, denn anders ist die plötzliche Erhöhung ihres Aktienkapitals um nominell 30 (auf 180) Millionen Mark zu einer so außergewöhnlich kapital-knappen Zeit wie der gegenwärtigen kaum zu erklären. Ihre Ozeanflotte hat sich von 122 881 Tonnen im Jahr 1891 auf heute 925 056 erhöht, während die Tonnage des *Norddeutschen Lloyds* anfangs die der Hapag stark überragte, aber im gleichen Zeitraum nur von 171 933 auf 679 481 stieg. Aus den Erklärungen der Hamburger Verwaltung geht hervor, daß die 3 Schiffe der *Imperator*-klasse (nur eines davon ist bisher in Betrieb genommen) etwa 110 Millionen Mark Baukosten erfordern, und daß sich noch weitere 20 Schiffe in Bau befinden; darunter 3 ihrer Vollendung entgegengehende Argentinier, die allein

schon 30 Millionen Mark beanspruchen. Wie unzufriedene Grubenbesitzer auf ihre überdurchschnittlich vermehrten Schachtanlagen hinweisen, um bei einem Syndikatsablauf höhere Kontingente einzuhandeln, so beruft sich Herr Ballin für friedliche Verhandlungen über die Poolsquote auf die ungeheure Ausweitung der Grundlagen seines Riesentransportbetriebs; für ernste Auseinandersetzungen stützt er sich auf seinen, aus reichlichen Reserven und aus der jetzigen Kapitalserhöhung gespeisten Kampffonds.

× Österreich: Während dieser Kampfvorbereitungen ist es in einem andern Gebiet des transozeanischen Verkehrs zu einer unerwarteten Explosion gekommen. Das wachsende Streben Österreich-Ungarns seine enorme Auswanderungsbewegung (zuletzt jährlich immer 200 000 bis 300 000 Köpfe stark) von den deutschen Häfen und der deutschen Vermittlung unabhängiger zu machen hatte der großen kanadischen Überlandbahngesellschaft (*Canadian Pacific Railway Company*) den Weg geebnet, die schon längst, im Osten wie im Westen, ihren Bahnstrecken eigene Schifffahrtslinien angegliedert hatte und die auf die Passagierverbindung mit Triest oder Fiume um so höhern Wert legen mußte, weil jeder Einwanderer nach Kanada den Wert der von der Bahn durchschnittenen Länderreien zu heben versprach. Die Zulassung des neuen Konkurrenten durch die Wiener Regierung war für Bremen und Hamburg und ihre Filialgesellschaft, die *Austro-Amerikana*, eine überaus peinliche Erfahrung. Andererseits scheint die englisch-kanadische Gesellschaft allzu offen amerikanische Geschäftsmethoden auf europäische Verhältnisse übertragen zu haben, so daß die Gegner nach längerem Abwarten plötzlich mit sensationellen Enthüllungen über die Verlockung von Wehrpflichtigen, über ein skrupelloses Agententum und über die skandalöse Unterstützung dieses Treibens durch Behörden und Würdenträger aller Art hervortreten konnten. Vollständig ist dieser Feldzug jedoch nicht geglückt, weil die Angegriffenen mit Gegenenthüllungen antworteten, nach denen die übrigen Konkurrenten kaum in viel besserem Licht dastehen. Das Ergebnis der erregten Erörterungen in der Presse und im Parlament wird vermutlich sein, daß man auch in Österreich dem gewissenlosen Auswanderungsgeschäft schärfere Kontrollen auferlegen wird; wahrscheinlich freilich auf Kosten der Freibeweg-

lichkeit der Arbeiter und zugunsten des Profits von inländischen Großgrundbesitzern und Großindustriellen.

× Kohlensyndikat Selbst das Kohlensyndikat konnte sich dem Eindruck der allgemeinen Preisabwärtsbewegung, vor allem auf dem Eisenmarkt, nicht länger entziehen. Vom 1. Januar ab wird eine Preisherabsetzung für Hochofenkoks und Koks-kohlen um 1 Mark pro Tonne erfolgen. Da genau eine gleiche Erhöhung erst kürzlich am 1. April in Kraft trat, so besteht das ganze Entgegenkommen des Syndikats eigentlich nur in dem Wiederverzicht auf den allerjüngsten Mehrertrag, während nach dem Höchststand von 1907 wesentlich andere Preisabschläge bewilligt werden mußten. Die nachfolgende Zusammenstellung der *Vossischen Zeitung* gibt einen Überblick über diese Kohlenpreisbewegung in den letzten 6 Jahren. Es betragen die Richtpreise (in Mark pro Tonne):

Zeitraum	Koks-kohlen	Hochofen-koks I	Gasflam-m-kohlen
1. 4.1907 bis 31. 3.1909	12,25	18,50	11,75
1. 4.1909 bis 30. 9.1909	11,00 ¹⁾	16,50 ¹⁾	11,25
1.10.1909 bis 30. 9.1910	10,25	15,00	11,25
1.10.1910 bis 31. 3.1911	11,25	16,50	11,25
1. 4.1911 bis 31. 3.1912	11,25	16,50	11,00
1. 4.1912 bis 31. 3.1913	12,25	17,50	11,75
1. 4.1913 bis 31.12.1913	13,25	18,50	12,50 ²⁾

¹⁾ Bereits ab 1. 1. 1909 gültig

²⁾ Bis zum 31. 3. 1914 gültig

× KurzeChronik In den ersten 9 Monaten des laufenden Jahres hat die deutsche Steinkohlenförderung die enorme Ziffer von 143¼ Millionen Tonnen erreicht, das bedeutet gegen das Vorjahr eine Erhöhung um 12,44 Millionen oder fast 10 %. Die Verkokung ist in der gleichen Zeit um beinahe 3 Millionen Tonnen oder fast 15 % gestiegen, die Braunkohlenförderung erhöhte sich um rund 4½ und die Brikketierung um 2½ Millionen Tonnen. × Auch die Roheisengewinnung steigt einstweilen noch immer weiter, wenn auch diese Steigerungen sich in immer engeren Grenzen halten. Die Ziffer für den September ist mit 1 589 197 Tonnen noch um 70 574 Tonnen höher als die Ausbeute des Parallelmonats, was ein Plus von 4,61 % bedeutet. Die Tagesproduktion ist mit 52 973 Tonnen zwar um eine Kleinigkeit, 108 Tonnen, größer als im August, bleibt aber um 152 respektive 637 Tonnen hinter den Rekordzahlen des Juli und Juni zurück. × Da-

gegen scheint der wirtschaftliche Rückschlag allmählich auch in England sich stärker auszuprägen. Im September ist die englische Ausfuhr zum erstenmal, gegen den gleichen Monat des Vorjahrs, zurückgegangen; und nach dem Arbeitsdepartement des Handelsamts waren Ende September von 21 801 berichterstattenden Gewerkschaften mit 942 559 Mitgliedern 2,3 % arbeitslos gegen 2 % Ende August und gegen immerhin nur 2,1 % im September des Vorjahrs.

×
Literatur

×
Mit einer allzu starken Neigung zur Polemik, vielleicht auch zur Übertreibung man-

cher an sich richtigen Grundauffassung, aber immer geistvoll und belehrend erörtert Professor Dr. J o h a n n P l e n g e in einem umfassenden Werk *Von der Diskontpolitik zur Herrschaft über den Geldmarkt* /Berlin, Springer/ die Stellung der Reichsbank, die ganze deutsche Geld- und Kreditverfassung, zuletzt vor allem mit Rücksicht auf die Belastungsprobe im Fall eines Krieges oder einer allgemeinen Panik. Die Einrichtungen der Reichsbank und des Geldsystems, dessen Verwaltungszentrum die Reichsbank ist, entsprächen nicht mehr den Bedingungen unserer hochkapitalistischen Entwicklung. Der Goldumlauf sei zu groß, der Goldbestand der Reichsbank zu klein. Im besondern fehle ein beweglicher Faktor zur Beeinflussung des Geldmarkts; die »Kriegsverfassung« sei nicht genügend überlegt und vorbereitet. Durch übermäßige Kreditgewährung habe die Reichsbank ihr Deckungsverhältnis und damit ihre Leistungsfähigkeit in gefährlichen Zeiten über das notwendige Maß verschlechtert. Auch der Anfang 1912 eingeleitete Reformfeldzug bedeute in der Reichsbankgeschichte zwar eine Epoche, sei jedoch im ganzen ein Fehlgriff und ungenügend. Wolle man, anstatt mit kleinen Mitteln zu experimentieren und sich unentschlossen fortreiben zu lassen, die »Liquidität der deutschen Volkswirtschaft« wieder herstellen, so müsse dabei im Mittelpunkt stehen die Konzentration des Goldes und die Verdreifachung des Barbestands der Reichsbank; das zirkulierende Gold sei eine Verschwendung, man könne mit der großen konzentrierten Reichsbankgoldkasse recht wohl auskommen und die Wechselkurse stabilisieren. »Die Verstärkung der sogenannten Barbestände der Kreditbanken kommt ergänzend hinzu. Sie erfordert längere Zeit und vorsichtigeres Arbeiten, weil es dabei nicht ganz ohne Eingriffe

in die Kreditgewährung abgehen kann. Am meisten Zeit und am meisten Geduld, die größte Behutsamkeit verlangt die Beseitigung der eigentlichen Kreditüberspannung, die die falsche Kapitalisierung der industriellen Unternehmungen beseitigen soll.« Über diese Beseitigung eingerissener Mißstände hinaus müsse man zu einer langwierigen »positiven Entwicklung unseres Kapitalmarkts« durch Verstärkung der Kapitalbildung, Niederdämpfung der Kapitalnachfrage schreiten. Die künftige Diskontpolitik der Reichsbank müsse aber auch dann straffer, eine Wiederholung der übermäßigen Kreditgewährung ausgeschlossen bleiben. »Die nationale Geldverwaltung ist die Hauptfunktion der Reichsbank, ihre ganze Geschäftstätigkeit ist danach zu orientieren. Die nationale Kreditverwaltung liegt am besten in anderen Händen.« Das sei keine Depositionierung der Reichsbank, außerdem wäre es durchaus berechtigt, wenn die Reichsbank zur Trägerin einer etwaigen formalen Aufsicht über das Bankwesen würde, sei es, daß eine solche Aufsicht vom Reich oder von einem Garantieverband der Depositenbanken geschaffen wird. Vielleicht sei es dann, bei größerer Beschränkung der Reichsbank auf die Grenzen ihres natürlichen Wirkungskreises, eine Aufgabe der Zukunft über den großen Kreditmächten ein besonderes Organ zu schaffen, durch das die großen konsolidierten Wirtschaftsinteressen mit ihrer Kapitalnachfrage wie die berufenen Vertreter des Allgemeininteresses zur Geltung kommen müßten. × Viel Fleiß und Nachdenken steckt in dem kleinen Büchlein Dr. H a n s M a u t h e s *Die Lebensinkommen verschiedener Berufsklassen* /Schwenningen, Bader/. Da einzelne Berufe schon im 15., andere erst im 30. Lebensjahr zu verdienen beginnen, und auch die Höhe- und Endperiode des Arbeitsverdienstes in sehr verschiedenen Lebensaltern erreichen, so berechnet Mauthe ein typisches Lebensinkommen, und zwar für Vertreter verschiedener sozialer Berufsklassen, von zurückgebliebenen bis zu bevorzugten (Hausweber, Landarbeiter, Bergarbeiter, Straßenbahner, Hüttenwerkswalzer, Lehrer, besserer Handlungsgehilfe, Richter, Geistlicher). Durch Zergliederung der positiv bildenden und negativ vermindern Faktoren (einerseits Nominallohn, Nebeneinkommen, Pension, öffentliche Zuschüsse; andererseits Ausbildungskosten, Steuern, Arbeitslosigkeit, Krankheit, Invalidität) und durch weitere Vergleiche

für die verschiedenen Berufsklassentypen ergibt sich eine Reihe lehrreicher Betrachtungen. Ich möchte auf die Studie wenigstens aufmerksam gemacht haben. × Ein reiches, in Europa so gut wie noch unbekanntes Material über die japanische Auswanderung verarbeitet Dr. Ernst Grünfeld in einem Supplementheft zu den *Mitteilungen der Deutschen Gesellschaft für Natur- und Völkerkunde Ostasiens* /Berlin, Behrend/. × In der Sammlung *Finanzwirtschaftliche Zeitfragen* /Stuttgart, Enke/, die Georg von Schanz und Jul. Wolf gemeinsam herausgeben, behandelt der Oberfinanzrat Dr. Otto Schwarz die finanzielle Stellung der europäischen Großmächte, zugleich im Hinblick auf ihre finanzielle Kriegsbereitschaft (5. Heft); van der Borgh't Wehrbeitrag und Deckungsgesetze vom 3. Juli 1913 (6. Heft).

WISSENSCHAFT

Psychologie / Georg Chaym

Dürr † Wie bereits in der Rubrik *Philosophie* gemeldet wurde, ist im September in Bern der ordentliche Professor für Philosophie und Leiter des Seminars für experimentelle Psychologie Ernst Dürr im Alter von 35 Jahren gestorben. Seine psychologischen Anschauungen waren besonders der Kühle beeinflusst. In der Erkenntnistheorie (*Über die Grenzen der Gewißheit* /Leipzig, Dürr/ und *Erkenntnistheorie* /Leipzig, Quelle & Meyer/) verfißt Dürr einen kritischen Realismus (Korrelativismus), der die Dinge als von uns unabhängig und die Transzendenz als Eigentümlichkeit des Beziehungsbewußtseins ansieht. Die Erkenntnistheorie »will nicht die Bedingungen der Möglichkeit irgendwelcher Erkenntnisse, nicht die Voraussetzungen des Erkennens sondern das Erkennen selbst untersuchen«. In der Psychologie hat er sich durch seine *Grundzüge der Psychologie* und besonders durch die Schrift *Die Lehre von der Aufmerksamkeit* /Leipzig, Quelle & Meyer/ einen Namen gemacht. Die Aufmerksamkeit beruht nach ihm auf einer Einengung des Bewußtseinsumfangs, verbunden mit Steigerungen des Bewußtseinsgrads. Sie gehört in die Lehre von den Veränderungen des Bewußtseinszustands.

× **Philosophie und Psychologie** Der Streit zwischen Philosophie und Psychologie, der anlässlich der Berufung eines Experimentalpsychologen auf

den philosophischen Lehrstuhl nach Marburg ausbrach, und über den hier sowohl in dieser Rundschau (1913, 1. Band, pag. 511) wie in der Rubrik *Philosophie* (1912, 3. Band, pag. 1519, und 1913, 2. Band, pag. 1036 ff.) berichtet worden ist, hat nun auch den Würzburger Psychologen Marbe auf den Plan gerufen. Während aber der Altmeister Wundt in seiner hier besprochenen Schrift *Die Psychologie im Kampf ums Dasein* die Streitfrage sachlich zu entscheiden und zu vergleichen sucht, verschmäht Marbes ungemein temperamentvolles Schriftchen *Die Aktion gegen die Psychologie* /Leipzig, Teubner/ nicht die scharfe persönliche Note. Er nimmt die Unterzeichner jener seinerzeit hier erwähnten Erklärung aufs Korn, die sich gegen die Besetzung der philosophischen Lehrstühle durch Vertreter der experimentellen Psychologie wendet. Unter den 107 unterzeichneten Namen sind, so führt Marbe mit »kühler Statistik« aus, 27 ordentliche Philosophieprofessoren; von diesen haben nur 2, also 7%, psychologische Forschungen publiziert. Nicht unterzeichnet haben 39 Professoren; von diesen haben 51% psychologische Forschungen publiziert. Also sind die Anhänger der Erklärung in Fragen der Psychologie nicht kompetent. Aber von diesen nicht kompetenten Psychologiegegnern haben (Marbe hat da eine auch in anderer Beziehung interessante Statistik vorgeführt) doch innerhalb der letzten 20 Semester pro Semester durchschnittlich 25% im Gebiet der Psychologie unterrichtet, das heißt Vorlesungen gehalten. Allerdings, die Nichtunterzeichner weisen 43% Psychologielehrende auf. Also halten sich 25% der Psychologiegegner für befähigt diese Wissenschaft zu lehren. Demnach, so schließt Marbe nicht ohne Bosheit, liegt die Ernennung psychologiekundiger Gelehrten zu Professoren der Philosophie gerade im Interesse des Unterrichts der Philosophieprofessoren. Das Verlangen jener Erklärung nach eigenen Psychologielehrstühlen, das so psychologiefreundlich aussieht, kommt aber im Grunde auf eine Unterdrückung der Psychologie heraus. Aus praktischen Gründen: Die Psychologie ist kein Prüfungsfach; ein psychologisches Ordinariat involviert ein psychologisches Institut, und das kostet sehr viel Geld. Oder sollte etwa nur die moderne experimentelle Psychologie aus der Philosophie verdrängt werden, aber die philosophische, metaphysische

wohl gelitten sein? Das hieße den Fortschritt der Wissenschaft, gleich jenen Gegnern Galileis, leugnen. Auch Marbe verlangt also das Bleiben der Psychologie im Bezirk der Philosophie schließlich gerade im Interesse der Philosophie. »Der Philosoph muß mit der Gesamtheit der Wissenschaften Fühlung haben, und er darf vor allem die Ergebnisse derjenigen Wissenschaft nicht ignorieren, die sich, *ex professo*, mit dem Bewußtsein beschäftigt.«

×
Gesundheit
der Seele

Die Krankheiten jeder Zeit sind, so könnte es scheinen, zum Teil die Ergebnisse

der diagnostischen Kunst derer, die sich zum Heilen berufen fühlen. In der Jetztzeit ist die Anzahl der Seelenkrankheiten besonders groß geworden. Jedenfalls gewinnt man diesen Eindruck, wenn man W. Stekels *Grundriß einer neuen Diätetik der Seele*, betitelt *Das liebe Ich*, liest (Berlin, Salle). Der Verfasser ist als Schüler und, später, Weiterbildner Freudscher Ideen bekannt, und so ist das ganze Buch *sub specie* der Psychoanalyse gesehen, jener Methode, die aus unseren bewußten Gedanken den Rückweg zur wahren Quelle der Determination, zum Unbewußten, sucht. Um es nur gleich zu sagen: Wer an diese Schrift mit Erwartungen herangeht, die etwa aus der Lektüre des alten, aber nicht veralteten und so klug-gütigen Feuchtersleben (*Diätetik der Seele*) geschöpft sind, der wird enttäuscht. Fast nie zeigt uns der Verfasser den Weg aus einer Misere: er analysiert sie und schildert wohl ihre Genese; aber wo ist der Ausweg? Zum Beispiel: Er entwirft ein schmerzliches Bild des »halben Menschen« (aber daß gerade nur unsere Zeit an ihm krankt, ist kaum zuzugeben), »jenes uns so bekannten Unglücklichen, dessen Ich, zwispältig, keinen festen Kristallisationspunkt gewinnen kann«. »Der halbe Mensch muß trachten ein ganzer zu werden.«

Aber wie? »Das ist natürlich schwer zu beantworten.« Es ist »das große Geheimnis des Glückes und des Erfolges« die mittlere Richtungslinie zu finden. Und so in den meisten Fällen; aber wir wollen doch ein seelisches Gesundheitsbüchlein. Oder die Ratschläge sind so abgeschliffen, daß es sich nicht lohnte die Psychoanalyse zu bemühen. »Es ist wichtiger ein Kind zum Verzichtigen zu erziehen als zum Genießen.« »Wir müssen streben die Freude am eigenen Be-

sitz zu erhöhen« und ähnliche Rezepte. Dabei wird aber doch der Erzieher noch den meisten Gewinn aus der Lektüre ziehen, indem er aus den dargebotenen Analysen, etwa des Neidvollen, des Lebensunkünstlers, des Zweiflers, Schlüsse auf die Wege zur Vermeidung der Neurose zieht. Der Psychologe wird natürlich mit Interesse lesen, wie all und jede Erscheinung beim Neurotiker auf Verdrängung oder auf unbewußten Selbstschutz oder, was sonst noch die Wiener Schule an Neuroseerklärungen hat, zurückgeführt wird. Aber der Buchrand wird sich mit Fragezeichen füllen, und manche Widersprüche werden notiert; wie wenn etwa, nach Adlers Lehre, das Verhalten des Kindes aus seinem Minderwertigkeitsgefühl erklärt wird, dagegen an anderer Stelle zu lesen ist: »Das Kind wird so [durch die Erziehung] für ewig auf die Überschätzung seines Ich eingestellt (Narcissus). Das ganze Buch ist gut geschrieben. Und so ist es jedem zu empfehlen, der auf leichte Weise eine Art Einblick in die Denk- und Auslegungweise der Psychoanalytiker haben will.

Eine »Diätetik der Seele« aber als »Lehre von den Mitteln, wodurch die Gesundheit selbst bewahrt wird« (Feuchtersleben), wird er eher in einem kleinen Büchlein von Heinrich Lhotzky *Daß ich mich nicht ärgere!* finden (Ludwigshafen, Lhotzky). Schon die treffende und treffliche Schilderung der 7 Ärgergeister wird manchen heilen, falls nicht etwa der Ärgere zu tief sitzt, wenn man nicht nach Lhotzkys guter Einteilung zu den »Unterzwerchen« gehört, jenen, bei denen die Organe unterhalb des Zwerchfells sich gegenseitig so leicht irritieren und damit auch unsern Gemütszustand. Im Vergleich zu Stekel erscheint Lhotzkys Psychologie längst nicht so tief. Dafür ist sie aber auch weniger eigenwillig. Allerdings sind beide Psychologeen recht gegensätzlich. Der Psychoanalytiker sagt: Nichts aus unserm Bewußtsein verdrängen, nichts unter die Schwelle drücken, irgendwie brechen zurückgeschobene Gedanken und Gefühle hervor. Der gesündere Lhotzky sagt: Den Ärgergedanken braucht der Mensch nicht zum Opfer zu fallen: er kann sie wegwerfen. Ganz richtig, wegwerfen können wir gewisse Gedanken und erlangen darin mit der Zeit solche Übung, daß wir schließlich zu dem sieghaften Bewußtsein kommen: Ich denke, was ich will, und nicht, was ich muß. Aber (und liegt nicht viel-

leicht hier die Schlinge aller der Wiener Lehren?) verdrängen kann eben nur der Gesunde; der Kranke, der Neurotiker verträgt es nicht.

× KurzeChronik Eines Schulp s y c h o -
 logen hat die städtische
 Schulverwaltung in Lon-
 don angestellt, den Professor Cyrrill
 Burt aus Liverpool. Seine Aufgabe ist
 die Feststellung und Einordnung unter-
 normaler Kinder durch Tests in ge-
 nauerer Weise als bisher durchzuführen.
 Seine Untersuchungen sollen sich aber
 auch auf die übernormalen Kinder be-
 ziehen. × Kurse zur psychologischen
 Fortbildung der Juristen wer-
 den an der Kölner Hochschule für kom-
 munale und soziale Verwaltung einge-
 richtet. × Der Schularzt Dr. Borchart
 in Charlottenburg teilte in einem Vor-
 trag über die Schulhygiene in Nord-
 amerika unter anderem mit, daß es in
 New York fast gar keine Koedu-
 kation beider Geschlechter gibt.

× Literatur Während Wilhelm
 Wundts *Völkerpsychologie* /Leipzig, Engelmann/
 die gesamte Geistesentwicklung nicht
 in aufsteigenden Querschnitten gibt,
 sondern die einzelnen Bezirke der
 sozialpsychologischen Aktivität, wie
 Sprache, Mythos, Sitte usw., in geson-
 derter Behandlung durch die Entwick-
 lungslinie verfolgt, ist das vorliegende
 Werk *Elemente der Völkerpsychologie,*
*Grundlinien einer psychologischen Ent-
 wicklungsgeschichte der Menschheit*
 /Leipzig, Kröner/ insofern eine Ergän-
 zung des ersten als es die ganze Geistes-
 geschichte der Menschheit im fortlaufen-
 den Zusammenhang erzählt. Wir suchen
 den »primitiven Menschen« auf und fin-
 den ihn etwa unter den Negritos der
 Philippinen oder den Weddas auf Cey-
 lon, wobei das Kriterium einer primi-
 tiven Kultur »wesentlich psychologischer
 Art ist« (eine Kultur, die »dem Min-
 destmaß geistiger Leistung nahekommt,
 das wir uns auf Grund der allgemeinen
 menschlichen Eigenschaften überhaupt
 denken können«), lernen seine äußere
 Kultur, seine Sprache, sein Denken usw.
 kennen, verfolgen den Menschengest
 durch das »totemistische Zeitalter«, in
 dem der Ursprung der Tabugesetze, des
 Fetisches und totemistischer Kultur auf-
 gezeigt wird; gelangen dann in das
 »Zeitalter der Helden und Götter«, das
 Zeitalter der »machtvollen Einzelpersön-
 lichkeiten«, äußerlich schon dadurch ge-

kennzeichnet, daß es selbst alle Ereig-
 nisse der Vergangenheit unter dem Bild
 der Taten einzelner auffaßt; in ihm er-
 leben wir die Stände- und Berufsschei-
 dung, den Ursprung der Städte, der
 Rechtsordnung, der Götterkulte, und wir
 steigen so auf bis zur »Entwicklung zur
 Humanität«. Diese vollzieht sich in 4
 Hauptstufen, gebildet durch die Welt-
 reiche, die Weltkultur, die Weltreligion
 und die Weltgeschichte, wobei der Be-
 griff der *Humanität* in objektiver Hin-
 sicht die ganze Menschheit umfaßt, in
 subjektiver die Schätzung der mensch-
 lichen Persönlichkeit als solcher in
 einem Wertprädiat zum Ausdruck
 bringt. Und wem die vielbändige *Völker-
 psychologie* zu wenig übersichtlich ist,
 der wird gern, fast mit Spannung, einige
 Stunden mit der Lektüre der *Elemente*
 verbringen. Vielleicht wird man manche
 Kapitel zu knapp finden und dann Ein-
 wände gegen Darlegungen erheben, die
 in der *Völkerpsychologie* nicht so schroff
 in die Erscheinung treten. Ich greife ein
 besonders auffallendes Kapitel kurz her-
 aus (ein anderer mag wohl ähnliches in
 den Kapiteln seines Faches finden) über
 Sprache und Denken. Nur 20 Seiten sind
 dieser »allgemeinen Trägerin der geisti-
 gen Kultur« gewidmet. Die Anfänge der
 Sprache sieht Wundt hauptsächlich in
 der Gebärdensprache. (Hierbei sei der
 Interessierte auf einen Aufsatz Sperbers
Über den sexuellen Ursprung der Sprache
 im letzten Heft 1912 der Zeitschrift
Imago hingewiesen. Sperber betrachtet
 als die älteste Sprachäußerung den Lock-
 ruf, nimmt eine »Wurzelperiode« an und
 erklärt die Entstehung der Wortwurzel,
 der Bezeichnung verschiedener Tätig-
 keiten durch die sexuelle Betontheit der
 verschiedenen Arbeitsmethoden; die Be-
 ziehung der Wortwurzel zu sexuellen Be-
 griffen gibt jenen die für die Entwick-
 lung notwendige Affektbetonung.) Wundt
 nun sieht das Charakteristikum einer
 primitiven Sprache im Vorwiegen der
 anschaulichen Vorstellung, in der Wort-
 stellung, im Tonsymbolismus. Wenn er
 aber als treffendstes Beispiel einer pri-
 mitiven Sprache die Ewesprache heran-
 zieht, so wird man dem, und damit einer
 Reihe seiner Voraussetzungen und Fol-
 gerungen nicht zustimmen, gerade mit
 Rücksicht auf das von ihm selbst zitierte
 Werk des Missionars Westermann *Über
 die Ewesprache* und auf Finks *Sprach-
 stämme des Erdkreises*. Die Ewesprache,
 die interessanteste Sudansprache, hat
 eine lange Geschichte hinter sich. Die
 Höhe ihrer Entwicklung zeigt sich nach

Fink besonders darin, daß sie fast nur einsilbige Wörter hat. Und wenn Wundt ihre Verwandtschaft mit der ursprünglichen Gebärdensprache daraus erschließen will, daß das Adjektivum wie bei dieser nachgestellt wird (*Mann gut*, statt *guter Mann*), so muß man daran denken, daß das Französische hauptsächlich wie das Ewe stellt, und daß Sprachen, die sich aus einer Sprache entwickelt haben, oft verschiedene Adjektivstellungen zeigen. In allgemeiner Hinsicht wird gerade aus den Kapiteln über Sprache und Denken ersichtlich, wie schwer der Begriff des *Primitiven* zu bestimmen ist, und wie unsicher oft die Einordnung einer sozialpsychologischen Erscheinung in diese Kategorie ist. Und so gefesselt man während der Lektüre der *Elemente* ist, so steigen nachher doch Bedenken auf, ob nicht Simmels Einwand (in der *Soziologie*) gerechtfertigt ist, es gäbe eigentlich keine Völkerpsychologie, sondern stets nur Individualpsychologie, und dies hier nur wegen der oft so augenscheinlichen Abstraktion aus dem eigenen (Individual-) Bewußtsein. × Man wird von Paul Natorp keine empirische Psychologie erwarten, und so ist sein Werk *Allgemeine Psychologie nach kritischer Methode* (Tübingen, Mohr) (eine Erweiterung der 1880 veröffentlichten *Einleitung in die Psychologie nach kritischer Methode*) auch mehr eine Logik der Psychologie. Das Problem der Psychologie sieht Natorp in der »Subjektivität«, in dem »Bewußtsein«, wodurch sich die Psychologie von den Natur- und Kulturwissenschaften mit deren objektiver Fundierung in Logik, Ethik usw. unterscheidet. Für das Bewußtsein sieht Natorp, wie schon früher, als wesentlich an: den Inhalt, das Ich und die Bewußtheit (als die eigentümliche Beziehung zwischen beiden). Der Inhalt ist eben dasjenige, was uns unmittelbar gegeben ist; das Ich aber, das ein Bewußtsein des Inhalts hat, ist nicht eine Substanz oder ein »Vehikel« des Bewußtseins oder eine Art Aktivität, sondern nur das schließliche »Beziehungszentrum« jedes Inhalts. Das Ich kann niemals selbst Gegenstand, Inhalt des Bewußtseins werden, weil es vielmehr allem Gegenstand gegenüber das bedeutet, dem etwas Gegenstand werden kann. Die Bewußtheit endlich ist die einem jeden Inhalt in gleicher Weise zukommende Beziehung zum Ich, ein »zugleich Auseinanderhalten und Vereinigen« (in den neueren Untersuchungen zur Psychologie

des Denkens wird unter Bewußtheit meistens das Gegenwärtigsein eines unanschaulichen Wissens verstanden). Das Ich, seine Untersuchung, ist aber nicht Problem der Psychologie, es ist nur der »Problemgrund«, insofern gerade durch die Beziehung der Bewußtseininhalte auf dieses Ich sich die Psychologie von anderen Wissenschaften unterscheidet, deren Material ebenfalls jene Inhalte sind, aber in anderer Beziehung«, nämlich zur Einheit des Gesetzes und des Systems. Aber Natorp hat für diese (auch von Naturforschern) so beliebte und so oft diskutierte Disjunktion keine neue und bessere Begründung vorgebracht, und so wird man immer noch die Ansicht vertreten können, daß die Naturwissenschaften sich gar nicht mit den Bewußtseininhalten, in welcher Beziehung auch immer, beschäftigen, sondern mit den in ihnen und durch sie »gemeinten« Objekten der irgendwie supponierten Außenwelt. Wenn nun aber nach Natorp alle gesetzmäßige Erklärung der Bewußtseinserscheinungen der Naturwissenschaft zufällt, was bleibt dann der Psychologie? Es ist hier nicht leicht Natorp zu folgen, und man wird wohl manches erst aus seiner angekündigten *Allgemeinen Phänomenologie des Bewußtseins* ganz erkennen. Nicht nur die Wissenschaft vollzieht die Objektivierung unserer Vorstellungen, sondern auch, vor jeder Wissenschaft, die alltägliche Betrachtung der Dinge. Die Zurückführung dieser Objektivierung auf das »Unmittelbare des Bewußtseins«, diese »Rekonstruktion« zur »vollen Konkretion des Erlebten« ist die schwere (und auch nach Natorp kaum ganz durchzuführende) Aufgabe der Psychologie: dasjenige aufzufinden, woraus die Wissenschaft erst ihre »Schöpfungen« hergestellt hat.

KUNST

Bildende Kunst / Lisbeth Stern

Expressio- nisten

Wieder muß man in erster Reihe von den Ausstellungen der Jungen berichten;

diesmal von dem Herbstsalon, den H. Walden veranstaltet hat. Trotz der Gewalt, die das Neue als solches meistens für sich hat, bleibt die Presse vielfach ablehnend gegen den Salon, und ebenso der größte Teil des gebildeten Publikums. Nun hat sicher aber die Opposition einen ganz gewichtigen Grund darin, daß die Kunst der italienischen Futuristen den bei weitem größten

Raum einnimmt und damit gemeinhin als eine Art Programm für die Tendenzen der Jungen genommen wird. Die Futuristen sind nicht als die krassesten in ihrer Richtung etwa anzusehen, und der Schreck, den sie einflößen, ist nicht etwa auf ihre Unerbittlichkeit oder auf jugendliche Übertreibung zurückzuführen, sondern das Abstoßende an dieser ganzen Gruppe scheint mir ganz ausschließlich an dem Unkünstlerischen und Doktrinären der einzelnen Künstler zu liegen, und es nimmt mich doch wunder, daß die Ausstellungsleitung sich allem Anschein nach von dem feuilletonistisch Geistreichen ihrer Tendenzen so weit bestechen läßt das künstlerische Manko derart zu übersehen.

Am kältesten, am flachsten und intellektuellsten ist die Gruppe der Italiener. Sie bauen bunte Kreise und Winkel durcheinander auf (auch manchmal mit hineingeschriebenen Worten oder mit plastisch wirklichen Teilen, wie der berühmte Bart des Redners), und bestenfalls kann man das Gefühl künstlich in sich erzeugen, das die Skala dieser Farben und Figuren in ihrer Folge auslösen soll. Zwar ist die Sprache der Farbe gescheit beobachtet und gut verwandt, aber nie ist sie frisch und primär nachgeschaffen. Dazu kommt auch, daß die Farben, in denen die Futuristen sich bewegen, fast immer knallige Komplementärfarben sind, die nur in einer flachen und unangenehmen Unräumlichkeit neben einander stehen. Überall ist die Wirkung nur eine ganz flackernde und sinnlich aufdringliche, die nirgends in die Tiefe geht. Übrigens glaube ich wohl in der Kunst der Futuristen viel von den psychologischen Theorien Freuds herumspuken zu sehen. In dem Geschwirr von Vorstellungen, die da vorbeiziehen, kommen zum Beispiel immer und immer wieder irgendwelche Formenteile, deren Bedeutung für die Seele ins Enorme gewachsen ist, und die zu einer Art Symbol ansteigen. Alles dieses sind Ideen, die so einleuchtend wie nur möglich sein könnten, wenn nicht daneben die futuristischen Bilder ständen, die ebensogut von einem theoretisierenden Psychologen hätten gemacht sein können wie von einem Künstler.

Dies alles aber, wie gesagt, trifft nur die *fous tristes*. Daneben sind Bilder und Künstler, die mir sehr Großes bedeuten, vielleicht vornehmlich dadurch, daß sie so unendlich fruchtbar durch die oft noch ungeklärte Flut von Be-

wegungen wirken, die sich noch nicht zu festen Formen abgesetzt hat. Diese Künstler sehen eine Welt um sich, der alle ruhige Geräumigkeit abgeht. Sie ist vollgepfropft mit sich bewegenden Dingen, die aber nicht die selbe körperliche Dinglichkeit haben wie wir sie bisher kannten, sondern die sich in einander hineinschieben. Oft scheint mir die Größe und Bedeutung dieser uns einschließenden Gestalten mit wahrer Bedrohlichkeit gegeben; es ist, als hören wir eine neue Sprache, und wir sehen manchmal einen bestimmten sinnlich-seelischen Eindruck ganz bis ins Unmaß betont. Ich denke zum Beispiel an das tausendfach Geblähte von abertausend Segeln oder an das Hinüberfließen der Bewegung von einem Leib auf einen andern.

Manchmal gehen sie noch weiter. Zum Beispiel David Burljuk malt wiederholt einen Lautenspieler, der von seinen Traumbildern rings eingesponnen ist, und diese Traumbilder haben auch jene besondere Art von Halbleben, in der man zweifelt, ob dieses und jenes die selben harten Dinge sind, die wir vom Tag her kennen, oder ob sie uns unter den Händen zerlaufen werden, wenn wir sie fassen. Er malt ein schwarzes Pferd in umgekehrter Stellung und allerhand solche Zauberdinge. Sehr groß ist mir von Marc Chagall das Bild, das er Christus gewidmet hat. Die Welt im tiefsten Grün, in dem Himmel ganz groß das Kruzifix und unten Mann und Frau. Man kann schwer den Bedeutungen, die darin leben, mit klaren Sinnen nachgehen; es ist, als wenn sich verschiedene Welten da überschneiden: in der Ferne rote Halbkugeln mit fernen Palmen, durch den Leib des Mannes hindurchströmende Wasser, alles geboren aus einer sehr gestaltenreichen Mystik heraus. Von Kubin ist da eine Reihe sehr guter Blätter. Feininger hat nur individuell Verrücktes zu bringen, nichts im Wesen uns Packendes. Gut finde ich Hermann Huber. Er malt und zeichnet byzantinische Menschen mit unbestreitbarer Größe in der Bewegung, alle zum Beschauer gerichtet, mit eindringlicher Bewegungssprache. Nur läuft manchmal eine etwas verdächtige Hübschheit der Gesichter mit unter, die die Anerkennung etwas unsicher macht. Sehr gut und wieder ganz anders ist ein kleines Bild von Jakulow. Er stellt das Gewimmel eines Ballhauses dar, das sich eine Treppe hinunterbewegt. Es ist gemalt

wie etwa Miniaturen aus dem 17. Jahrhundert und zum Teil auch wieder ganz frühkindlich, meist in einem flachen Blau und Gold gehalten. Die Ausmalung der einzelnen Figuren ist auf das detaillierteste gemacht, ohne etwa in Realismus hinüberzugehen. Im Gegenteil ist die Komposition in gewissem Sinn von absoluter Willkürlichkeit, links oben fast eine Wiederholung des Mittelbildes, wie Strahlen aus einem Punkt herausströmend ein Geschwirr von Schmuck und von Körpern, und rechts wieder ein goldenes kleines Pferd auf blauem Grund, der zu flach blendendem Grün hinüberschwankt, alles in einem Spiel der Phantasie geschaffen, nur zusammengehalten durch einen gemeinsamen Gefühlsklang. Für mich ist in dem Bild eine etwas minutiöse, aber feine Sinnlichkeit der Phantasie.

Nennen möchte ich noch zwei Doppelbilder von Egon Adler, *Anbeugung des Kindes* und *Christus am Ölberg*. Es ist da wieder ganz und gar auf die Sprache durch menschliche Gestalten und Gesichter verzichtet, die wir bisher in erster Reihe zu verstehen gewohnt waren. Die Gestalten sind schwer zu erraten. Sie verschwinden in geometrischen dunkeln Figuren. Und doch ist die Ernsthaftigkeit und auch Frömmigkeit des Bildes klar. Dann die südfranzösische Landschaft, mit ihrem sich türmenden Reichtum, von Schelfhout, die Aktkomposition von Kölschbach und von Franz Marc die Tierbilder. Einen Extraraum füllt Kandinsky, und jeder, der glaubt der Ausstellung einen Verweis geben zu müssen, macht noch vor Kandinsky eine Reverenz, als einem Künstler, dessen Farben einen doch schließlich bewältigen. Es ist mir merkwürdig, daß ich gerade hierin nicht mitkam. Die Farben sind schön, und der freie Schwung, in dem sie sich bewegen, ist groß. Aber immer wieder stehe ich ratlos vor einer Kunst, die derart einen einzelnen Sinn herausreißt und durch ihn sprechen läßt, wie hier Kandinsky ausschließlich durch die Farben. Sinne, die so verknüpft sind wie die Augen mit dem Raum- und Körpergefühl, können nicht so auseinandergezerrt werden, ohne der Empfindung Fülle und Geschlossenheit zu nehmen. Gerade in diesem Sinn ist es sehr interessant Rousseau und die paar orientalischen Bilder daneben gestellt zu sehen. Ich weiß nicht, in welchem Sinn die Leitung diese Nebeneinanderstellung gemeint hat, ob sie eine Parallele oder

eine Divergenz zeigen wollte. Meiner Meinung nach ist die Verschiedenheit grundlegend. Phantastik ist stark in Rousseau wie in Kandinsky, aber die Rousseaus lebt und bewegt sich in einer klaren und kindlichen Welt, in der die Dinge sich nicht im geringsten verflüchtigt haben sondern fast nüchtern und fest neben einander stehen. Aber sie sind in einem phantastischen Spiegelchen aufgefangen, der sie unter einem etwas andern Winkel wieder zusammensetzt, wodurch sie ein befremdendes und neues Gesicht bekommen haben.

Übrigens möchte ich noch anfügen, daß die Theoretiker der Jungen in klarer Weise als ihr Wesentlichstes oft Dinge preisen, die mir unwesentlich sind, und an denen ich vorbeigehe. Daß ihre eigene Auslegung und Propaganda aber nicht durchaus maßgebend ist, ist auch klar, und daß sie vielleicht ihr Bestes nicht kennen, schon sehr möglich.

× Berliner Aus- Nach all dem Sturm tut
stellungen es wohl in der Gedächtnis-
ausstellung von Karl
Haider im Salon Schulte einen Alten
zu sehen, der seine Kunst mit so viel
Vornehmheit vorbringt. Dadurch, daß
seine Bilder nur wenig über Süddeutsch-
land hinausgekommen sind, können wir
verhältnismäßig frisch und neu an sie
herangehen. Es ist wohl auch bei ihm
etwas Romantik, aber sie fließt so ruhig
vertraut und durchsichtig wie ein alt-
bekanntes Lied, dem man nebenher zu-
hört. Haider ähnelt vielleicht etwas
Thoma, aber er ist weniger rund. Er
gibt gern herbstliche Wälder, deren ein-
zelne Bäume in klarer und farbloser Luft
wie in sich geschlossen dastehen. Ähn-
lich sind auch seine Porträts; fast haben
sie etwas von der Reserve der Bieder-
meierzeit. Farbe und Zeichnung sind
immer mit der gleichen Bescheidenheit
verwandt und vollständig dem geistigen
Ausdruck der Bilder unterstellt.

Das graphische Kabinett von Neumann
stellte eine Reihe Radierungen von
Maïd aus, darunter 12 Blätter zum
Don Juan. Seine Arbeiten sind für mich
immer von ganz besonderem Reiz. Sein
Strich ist etwas unbestimmt und schraf-
fieri. Dabei ist in dem Ganzen enormer
Schwung und Opernleidenschaft. Ent-
führungen, gewalttätige Liebesszenen und
davonrasende Pferde, dazwischen Mond-
schein und theaterhaft riesige Bäume.
Vor dem allen als Vignette auch noch
ein überlaut singender Conférencier.
Gurlitt brachte Bilder von Moll, die

ohne eindringliche Bedeutung sind. Vor allem aber Zeichnungen und Plastiken von Max Pechstein. Die Zeichnungen sind zum Teil an die Art angelehnt, wie in ganz alten Glasfenstern Köpfe gezeichnet werden. Zwei der Plastiken sind mir ganz enorm, und vielleicht sind sie die ersten, in denen die neue Art des Empfindens auch in der Plastik zum Leben kommt. Die Formen sind wie noch einmal umgeschaffen und umgebogen von der Leidenschaft des Schauens. Aber es ist gewiß nicht gut solch ein Neues sogleich in Worte fassen zu wollen. Sehen und abwarten, wohin das weiter wachsen wird, ist wohl das einzige, was einem zukommt.

× **Kurze Chronik** Im frühern Ausstellungsraum der *Berliner Sezession* ist am 1. November eine Herbstaussstellung eröffnet worden. Die Leitung liegt in den Händen der Künstler, die aus der *Sezession* austraten. × In Köln wurde ein *ostasiatisches Museum* eröffnet, das erste in Deutschland. Es besteht fast ausschließlich aus der privaten Sammlung des Professors Fischer, der auch zum lebenslänglichen Direktor des Museums gewählt wurde. × In der Kirche Santa Christina in Bolsena sind bei Wiederherstellungsarbeiten *Votivfresken* aus dem 14. Jahrhundert entdeckt worden. × Vom *Dresdener Museumsverein* wurde August Gauls Pantherpaar angekauft. × Die Stadt Düsseldorf hat ein Iphigenienbild von Anselm Feuerbach erworben. × Wilhelm Busch wurde in seinem Geburtsort Wiedensahl ein *Denkmal* errichtet.

KULTUR

Kolonisation / Ludwig Quessel

Kautschukkrise Das Wirtschaftsleben unserer großen afrikanischen Kolonien befindet sich zurzeit in einer schweren Krise, die durch den rapiden Rückgang der Preise des Kautschuks hervorgerufen worden ist. Daß der Preissturz des einzigen Ausfuhrartikels das Wirtschaftsleben einer ganzen Kolonie erschüttern kann, erscheint zunächst verwunderlich, wird aber leicht begreiflich, sobald man sich Gewißheit darüber verschafft hat, welchen Anteil die Kautschukausfuhr an der Gesamtausfuhr der Kolonien hat. Zunächst sei bemerkt, daß das Wirtschaftsleben von Togo wenig, das von

Deutsch Südwestafrika gar nicht von der Kautschukkrise berührt wird, weil die eine Kolonie nur geringe Menge, die andere überhaupt keinen Kautschuk zur Ausfuhr bringt. Umso schwerer lastet aber die Kautschukkrise auf Deutsch Ostafrika und Kamerun.

Aus Deutsch Ostafrika gelangte im Jahr 1911 Kautschuk im Wert von 4,6 Millionen Mark zur Ausfuhr. Da der Wert der ostafrikanischen Gesamtausfuhr 22,4 Millionen Mark betrug, so entfallen davon mehr als 20% auf die Kautschukausfuhr. Noch bedeutender ist der Anteil des Kautschuks an der Gesamtausfuhr in Kamerun. Bei einer Gesamtausfuhr von 21,2 Millionen Mark kamen 10,0 Millionen Mark auf Kautschuk. Kamerun ist also eine Kautschukkolonie *par excellence*, da hier fast die Hälfte der Gesamtausfuhr auf Kautschuk entfällt.

Obwohl der Anteil des Kautschuks an der Gesamtausfuhr in Kamerun mehr als doppelt so groß wie in Ostafrika ist, darf man daraus aber nicht folgern, daß Ostafrika von der Kautschukkrise weniger schwer heimgesucht wird als Kamerun. Der Charakter der Kautschukkrise ist in beiden Kolonien total verschieden. In Ostafrika, wo durch planmäßigen Anbau auf Plantagen für 3,6 Millionen Mark, durch Sammeltätigkeit im Urwald aber nur für 1 Million Mark Kautschuk im Jahr 1911 gewonnen wurde, hat der Preissturz des Kautschuks zu einer Produktionskrise geführt, während in Kamerun die Kautschukkrise den Charakter einer Handelskrise hat, weil hier einer Ausfuhr an Wildkautschuk im Wert von 10,0 Millionen Mark nur eine Produktion von Plantagenkautschuk im Wert von 0,06 Millionen Mark gegenübersteht. Aus diesem verschiedenen Charakter der Kautschukkrise ergibt sich, daß die Maßnahmen zu ihrer Milderung in beiden Kolonien durchaus verschieden sein müssen. In Kamerun liegen die Dinge so, daß sich aus dem Milchsaft der wild wachsenden *Kickxia elastica* bei richtiger Aufbereitung ein Kautschuk 1. Qualität gewinnen läßt, der dem Paragummi durchaus ebenbürtig ist. Nun ist zu beachten, daß zwar auch der Parakautschuk durch die kolossale Steigerung der Produktion der Malaienstaaten und Ceylons einen enormen Preissturz in den letzten Jahren zu verzeichnen hat (Juni 1910 19,50 Mark, Juni 1913 8,50 Mark pro Kilo), daß er jedoch seit Juni 1911 seine Preishöhe relativ gut be-

hauptet hat, während der Preisrückgang aller anderen Qualitäten unaufhaltsam und in schärfster Weise fortgeschritten ist. Behält man dies im Auge, so wird man es verstehen, daß Staatssekretär Dr. Solf bei den Verhandlungen mit der Handelskammer für Südkamerun am 2. September dieses Jahres den Firmen vorwarf, sie hätten die Kautschukkrise in Kamerun selbst mitverschuldet, weil sie den Eingeborenen jeden »Dreck« abgekauft und dadurch die Konkurrenzfähigkeit mit den übrigen, erstklassigen Kautschuk produzierenden Ländern verloren hätten. Die Vorwürfe Dr. Solfs haben begreiflicherweise bei den Kameruner Kautschukhändlern lebhaften Unwillen erregt; sie berufen sich bei ihrer Verteidigung darauf, daß es unmöglich sei die stupiden und betrügerischen Eingeborenen, die im Urwald völlig selbständig den Kautschuk sammeln, erstens zu einer bessern Aufbereitung des Kautschuks zu erziehen und zweitens von dessen Verfälschung abzuhalten. Nun kann man gewiß zugeben, daß es keine leichte Sache sein wird die farbigen Kautschuksammler zu größerer Sorgfalt und Ehrlichkeit zu bestimmen, trotzdem wird man doch der Ansicht sein können, daß der Kameruner Kautschukhandel auf diesem Gebiet bisher nicht das geleistet hat, was er hätte leisten können. Jedenfalls hat Dr. Solf recht, daß eine Überwindung der Kautschukkrise für Südkamerun nur durch eine Verbesserung der Qualität des dort gewonnenen Kautschuks zu erzielen ist, da leider angenommen werden muß, daß die Preise für minderwertigen Kautschuk noch weiter zurückgehen werden.

Der Umstand, daß in Kamerun der Kautschuk in der Hauptsache durch Sammeltätigkeit gewonnen wird, bringt es mit sich, daß hier nur das Handelskapital von der Kautschukkrise betroffen wird. Die Kameruner Kautschukfirmen haben es daher verhältnismäßig leicht ihre Geschäfte zu liquidieren, da nur wenig Kapital bei der Kautschukgewinnung investiert ist. Anders liegen die Dinge jedoch in Ostafrika. Hier ist ein gewaltiges Kapital in Kautschukulturen angelegt, das jetzt durch den Preissturz des Kautschuks mit Vernichtung bedroht wird. Dazu kommt, daß der ostafrikanische Kautschuk nicht gerade 1. Qualität ist und deshalb einen besonders intensiven Preissturz erfahren hat. Ein Kilo Manihotkautschuk, das April 1911 noch 8,60 Mark kostete, wird

jetzt zu 4,20 Mark verkauft. Ja, die Dinge sind in Ostafrika schon so weit gediehen, daß ungewaschener Kautschuk überhaupt unverkäuflich ist. Die Besitzer von Kautschukplantagen in Ostafrika verlangen deshalb vom Reichstag ein Darlehen von 3½ Millionen Mark zur Errichtung von Waschanlagen für Kautschuk. Für gewaschenen Kautschuk hoffen sie einen Preis zu erzielen, der ausreicht die Produktionskosten zu decken und das Reichsdarlehen abzuzahlen. Wie weit diese Hoffnung begründet ist, werden ja wohl die Verhandlungen im Reichstag ergeben. Der Gewinn von Wildkautschuk scheint in Ostafrika überhaupt die Todesstunde geschlagen zu haben, weil der derzeitige Preis die Transportkosten aus den Urwaldgebieten zur Küste nicht mehr zu decken scheint.

× **KurzeChronik** Im *Tropenpflanzer* hat der Leiter des Veterinärwesens in Deutsch Ostafrika, Dr. G. Lichtenheld, die sehr wichtige Frage untersucht, welche Gebiete Deutsch Ostafrikas für die Rinderzucht geeignet seien. Lichtenheld kommt zu dem Ergebnis, etwa der dritte Teil der Kolonie könne infolge der Verbreitung der Tsetsefliege für die Rinderzucht nicht in Frage kommen, doch seien immerhin Gebiete, die zusammen größer als das Deutsche Reich sind, für die Rinderzucht geeignet. In fast allen Viehdistrikten Ostafrikas leiden die farbigen Viehzüchter unter einer Überproduktion von Schlachttieren, deren rationelle Ausnutzung nach Lichtenheld durch Fleischextrakt- und Konservenfabriken am zweckmäßigsten und aussichtsreichsten wäre. × Der Vorsitzende des *Kolonialwirtschaftlichen Komitees*, Supf, hat in der letzten Sitzung der von ihm geleiteten Vereinigung einen interessanten Bericht über die Ergebnisse seiner Arbeiten in Deutsch Ostafrika erstattet. Wir erfahren daraus, daß der Baumwollanbau erfreuliche Fortschritte aufweist. Für das laufende Jahr ist eine Baumwollernte im Wert von 4 Millionen Mark zu erwarten, so daß deren Wert gegenüber 1911 um 3 Millionen Mark angewachsen ist. Wie die Baumwollkulturen der Eingeborenen weisen auch die Sisalkulturen der Plantagen einen guten Stand auf. Der durch die enorme Konkurrenz Südasiens drohenden Kautschukgefahr will man dadurch begegnen, daß man auf den Kautschukplantagen Kokos-

palmen als Zwischenkultur einfügt. Der Gesamteindruck der wirtschaftlichen Verhältnisse in unserer Kolonie sei vielversprechend, so daß Herrn Supf die Hoffnung begründet erscheint, daß sich unserer Industrie in Ostafrika neue, sichere Absatzgebiete erschließen werden. × Die deutschostafrikanische Mittellandbahn hat am 1. Oktober 343,8 Kilometer hinter Tabora erreicht, so daß bis zum Endpunkt Kigoma noch rund 60 Kilometer zu bewältigen sind. Die Mittelland- (Tanganyika-)bahn führt nicht immer durch fruchtbares Gelände. Trotzdem entstehen längs der Strecke stetig neue Pflanzungen. Die *Deutsche Kolonialzeitung* sieht hierin einen Beweis, daß es in Afrika nur der Verkehrswege bedarf, um weite, bis dahin öde und brach liegende Strecken unter Kultur zu bringen. × Die weiße Bevölkerung Deutsch Ostafrikas betrug am 1. Januar 5336 Personen, 470 oder 9 % mehr als im Vorjahr. × Das Endergebnis der Verkehrsanlagen von Togo im Rechnungsjahr 1912 wird als recht befriedigend angesehen, weil der Betriebsüberschuß von 552 000 Mark eine Verzinsung des Anlagekapitals (20,7 Millionen Mark) von 2,66 % ergibt. × Der Direktor der *Deutschen Togogesellschaft* F. Hupfeld plädiert in der *Kolonialen Rundschau* dafür, daß der deutsche Kolonialgerichtshof nach Berlin und nicht nach Hamburg verlegt werde, weil die Erwerbsgesellschaften in den deutschen Kolonien überwiegend ihren Sitz in Berlin haben. Das in den deutschen Kolonien arbeitende Kapital der in der Reichshauptstadt ansässigen Gesellschaften beträgt 206 Millionen von insgesamt 261 Millionen Mark. Auf Hamburg entfallen nicht ganz 29 Millionen Mark. Der wirtschaftliche Schwerpunkt des deutschen Kolonialwesens liegt also in Berlin.

× **Literatur** ×
 In seinem *Essai sur la main-d'oeuvre aux îles de S. Tomé et Príncipe* /Lissabon, Nationaldruckerei/ verteidigt José de Almada, Sektionschef im Ministerium der Kolonien, die portugiesische Regierung gegen den von der englischen Gesellschaft zur Bekämpfung der Sklaverei in Afrika erhobenen Vorwurf, daß die Lohnarbeit der von Angola importierten Neger auf den portugiesischen Inseln Sao Thomé und Príncipe im Grunde nur verhüllte Sklaverei sei. Zu diesem Zweck schildert de Almada

eingehend die Methode der Anwerbung der Neger, ihre Arbeitsverträge mit den Plantagenbesitzern, die gesetzlichen Vorschriften über ihre Heimsendung nach Ablauf des Arbeitsvertrags, die sanitären Verhältnisse und die Verpflegung der farbigen Arbeiter auf den Plantagen sowie die Beschränkung ihrer persönlichen Freiheit durch Arbeitsverträge und Verordnungen, wobei er zu der Schlussfolgerung gelangt, daß die Verhältnisse auf Sao Thomé und Príncipe keineswegs schlechter seien als in den englischen Kolonien. Man dürfe, meint de Almada, aus dem Gebrauch des Wortes *Sklave* bei den Eingeborenen nicht auf die Existenz der Sklaverei schließen. In den Augen der Neger ist der kontraktlich gebundene Lohnarbeiter für die Zeit, während der er durch Zwangsmaßnahmen der Staatsgewalt zur Erfüllung des Arbeitsvertrags angehalten werden könne, eben kein freier Mann. Seine Auffassung deckt sich in diesem Punkt durchaus mit der der Sozialisten, die gern und viel von der *Lohnsklaverei* der europäischen Arbeiter reden. Überhaupt ist der Verfasser auf die »sentimentalen Doktrinen« der Gesellschaft *Anti Slavery* sehr schlecht zu sprechen, weil sie mit der Natur der Dinge unvereinbar seien. In den englischen Kolonien zum Beispiel, in denen die Sklaven befreit und die individuelle Freiheit allen Eingeborenen garantiert worden ist, habe man strenge Gesetze zur Unterdrückung der Vagabondage erlassen und die Eingeborenen mit Steuern belegen müssen, um sie zur Arbeit zu zwingen. Die Schwierigkeit für die Regelung der Verhältnisse der Lohnarbeiter auf den beiden portugiesischen Inseln besteht darin, daß kein freies Land vorhanden ist. Die Neger müssen nach Ablauf des Arbeitsvertrags zurück in ihre Heimat gebracht werden, wenn sie nicht lebenslängliche Lohnarbeiter bleiben sollen. Der Verfasser ist nun der Meinung, daß auf beiden Inseln vom Staat hinreichend dafür gesorgt sei, daß jeder farbige Arbeiter, der 3 Jahre auf den Plantagen tätig gewesen ist, wieder in seine Heimat zurückgeschafft wird. Das Recht auf Rücksendung ins Vaterland sei durch die Verpflichtung jedes Plantagenbesitzers die Kosten der Heimreise für ihre Arbeiter im ganzen zu zahlen jedem farbigen Arbeiter garantiert. Die letzten Publikationen des englischen Parlaments über die Lohnarbeit in den portugiesischen Kolonien, so meint de Almada, be-

wiesen evident, daß die Berichte der Gegner der Sklaverei nicht hinreichend begründet seien oder sich auf frühere Perioden beziehen, wo gewisse Mißbräuche (die übrigens allen Kolonien eigen sind) vorhanden waren. Die Schrift de Almadaz hat neben ihrem aktuellen auch insoweit für den Kolonialpolitiker einen dauernden Wert, als darin die englischen und portugiesischen Gesetze und Verordnungen zum Schutz der farbigen Arbeiter übersichtlich einander gegenübergestellt sind.

Kunstgewerbe / Paul Westheim

Leipzig: Völ-Pathos von 1913, das ist kerschlagend-denkmal
 lischen Steinklotzes, der auf dem Leipziger Schlachtfeld aufgeschichtet worden ist. Es ist das getreueste Abbild, das wahrhaftigste Dokument der lärmenden Pathetik, die das heutige Deutschland für die Zeit der Befreiungskriege aufzubringen vermocht hat. Wie die Pyramiden die Form der Pharaonen, Versailles die Form des autokratischen Königtums über die Zeiten bewahren, so spricht aus diesem Denkmal die Jahrhundertbegeisterung, die sich in überlauten Festräuschen auszurasen suchte. Daß Bruno Schmitz hier der geeignete Gestalter gewesen, spricht nicht wenig für die Meinung, die seine Pathetik immer etwas übersteigert fand. Immerhin, und das spräche wiederum für Schmitz, er hat Größeres, Bleibendes geschaffen. Das *Rheingold* der Aschingergesellschaft ist nicht nur reifer, feiner, endgültiger, es ist auch monumentaler. Sein Projekt für ein Groß Düsseldorf, das im vorigen Jahr mit dem 1. Preis ausgezeichnet wurde, ist eine bewundernswürdige städtebauliche Leistung. Selten, in heutigen Tagen wohl niemals, ist (leider vorläufig nur auf dem Papier) ein Stadtkörper mit einem so kühnen Griff angepackt und neu organisiert worden. Und sein Freiburger Domanbau verspricht eine Restaurierungsarbeit, die das Neue so sicher, so eigen und zugleich so glücklich neben das Alte stellt, daß wir seit dem Umbau des Freiburger Doms zum erstenmal ohne Zorn von einer Restaurierung sprechen können. Zur Entschuldigung des Völkerschlagdenkmals sagt man, es sei eine frühe Arbeit, es sei vor 15 Jahren schon entworfen gewesen. Ohne Zweifel ist Schmitz, der damals schon ein Vierziger war, in diesen 15 Jahren erheblich ge-

reift; vermutlich würde er heute diesen Denkmalskoloß ganz anders anlegen. Das kann aber nicht darüber hinweghelfen, daß Denkmale geschaffen wurden, die auch nach 15 Jahren noch anzusehen waren, deren Form über ein halbes Menschenalter hinaus standgehalten hat.

× Untergrund- ×
 bahnhöfe

Es ist heute eine populäre These, daß der Ingenieur der ästhetischen Fürsorge durch den Architekten bedürfe. Solange an den technischen Hochschulen der werdende Ingenieur nicht eine moderne Geschmacksbildung erhält, solange er künstlerisch unmündig bleibt, wird man nichts dagegen sagen können, daß ihm in einem künstlerisch gebildeten Laien (und der Architekt ist dem Ingenieurwerk gegenüber Laie) ein Vormund bestellt wird. Womit noch lange nicht gesagt sein soll, daß die Zuziehung eines Architekten ohne weiteres einen künstlerischen Erfolg garantiert. Was einem Behrens, einem Poelzig, einem Grenander gelingen konnte, muß notwendigerweise noch nicht irgendeinem Müller gelingen. Das beste Beispiel dafür sind die neuen Untergrundbahnanlagen, die in Berlin jetzt dem Verkehr übergeben sind. Man weiß, mit welchem Geschick und Geschmack Grenander diese Aufgaben zu bewältigen gewußt hat. Das vor einigen Jahren eröffnete Stück zwischen Leipziger Platz und Spittelmarkt ist ein Beispiel wohlgeratener Ingenieurarchitektur. Mit einem ausgeprägten Geschmack, einer aparten dekorativen Geschicklichkeit und einem großen Sinn für die Sachlichkeit sind von Grenander die Bahnhofsanlagen geformt worden. Dieser aparte Typ, gelegentlich nur um ein paar Zeitsymptome abgewandelt, ist auch für die Erweiterung nach dem Nordring beibehalten worden. Die torartigen Stützen des nördlichsten Hochbahnstücks muten sehr viel reifer und ansprechender an als die noch reichlich ungeklärte Partie um den Nollendorplatz. Der Bahnhof Inselbrücke, zu dem man durch das Spreebett einen Tunnel bohren mußte, ist als Tonnengewölbe angelegt worden. Mit den bläulichgrau glasierten Ziegeln, auf denen im Halbdämmer die Lichter spielend tänzeln, bietet dieser umgestülpte Schiffsrumpf ein prachtvolles Exempel moderner Ingenieurarchitektur. Mit dem großen Umsteigebahnhof am Wittenbergplatz,

dem Ausgangspunkt für die neuen Weststrecken, hat Grenander leider eine viel zu große Verbeugung vor dem jetzt in die Mode kommenden Klassizismus gemacht. Um diesen Bau, der mit seinen Steinmassen so hoch über den Platz herausragt, daß anständigerweise von einem Untergrundbahnhof gar nicht mehr die Rede sein kann, ist in den Spalten der Zeitungen, in Protestversammlungen und in der Charlottenburger Stadtverordnetenversammlung so etwas wie ein Sturm der Entrüstung entbrannt. Man hat die Entdeckung gemacht, daß dieser Bahnhofstempel eine (bisher nie entdeckte) städtebauliche Schönheit zerstöre, daß er sich als unleidliches Hemmnis in den Aspekt zwischen dem Bahnhof Nollendorfplatz und der Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche einschiebe. Sarkastisch könnte man sagen, daß mit dieser Verstopfung der Perspektive nichts anderes geschehen sei, als was für diesen Straßenzug von je Tradition gewesen. Ursprünglich war er als eine mächtige Ringstraße gedacht, die bei Weißensee begann und ganz Berlin umspannen sollte. Alle 500 Meter wurde ein platzartiges Gebilde angelegt, wofür im Hinblick auf die Fünfzigjahrfeier der Befreiungskriege, die man damals gerade beging, die Namen Wittenberg-, Nollendorf-, Dennewitz-, Wartenberg-, Wahlstatt- und Blücherplatz gewählt wurden. Noch ehe diese großspurig gedachte Ringstraße Wirklichkeit geworden, war sie durch das größte der Berliner Verkehrshindernisse, die Anlage der Anhalter und Potsdamer Bahn, zerstört. Der Wahlstattplatz fiel ganz aus, zwischen Blücher- und Dennewitzplatz liegt der trotz aller Verkehrsnöte noch heute nicht durchbrochene Bahndamm. Der Dennewitzplatz wurde mit einer Kirche zugebaut. Zwischen ihn und den Wittenbergplatz schob sich das Eisengerüst des Hochbahnhofs Nollendorfplatz, und den Ausblick nach der Hardenbergstraße zu sollte schließlich die Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche versperrern. Nun hat mit dem neuen Umsteigebahnhof auch den bis jetzt verschonten Wittenbergplatz das Schicksal ereilt. Die Techniker beweisen uns, daß die Konstruktion über dem Straßenniveau für die Bequemlichkeit des treppensteinsteigenden Publikums und die schnellere Bewältigung des Verkehrs große Vorteile bietet; wenn solche Notwendigkeit auch architektonisch sichtbar gemacht

worden wäre, wenn dieser Bahnhofsbau nicht zu sehr aus einer vorgefaßten Formidee heraus entwickelt wäre, könnte man gut und gern die Reize verschmerzen, die dem Wittenbergplatz eingeredet werden sollen.

War hier in Alfred Grenander noch ein feinfingeriger Architekt am Werk, so erleben wir an der Untergrundbahnlinie, die von der Stadt Wilmersdorf eben fertiggestellt worden ist, einen Fastnachtstrubel, der mehr als der gute Geschmack erlaubt an Berliner Alpenbälle erinnert. Es gibt da nämlich eine Haltestelle Heidelberger Platz. Heidelberg: das ist ein Ort, der in der weiten Welt ob eines Riesenfassers berühmt ist. Was lag also näher, als in den Wilmersdorfer Sand, sinnig, wie man nun einmal veranlagt ist, ein mächtiges Faß auszubuddeln, durch das die Untergrundbahnzüge, wenn sie nur ein Fünkchen Stilgefühl hätten, torkeln müßten! Damit sie sich auch wirklich wohl fühlen, hat man keine Mühe gescheut, um aus dem Bahnhof ein recht schummeriges Kellergewölbe zu machen. Aus der bacchischen Stimmung, die der Baumeister sich hier genehmigte, ist auch der Bahnhof Rastatter Platz entstanden, den eine Weinrebenornamentik feuchtfröhlich umzieht. Nur bei der Haltestelle Hohenzollerndamm mußte man, um auch dem Namen gerecht zu werden, diesem alkoholischen Geist entsagen; da umspreizen nüchterne borussische Adler die tausenden Bazillenkutschen. Die Ministerialkommission, die die Domäne Dahlem aufteilt, wollte hinter dieser Leistung des Wilmersdorfer Stadtbaurats nicht zurückstehen. In der Erinnerung an die weidenden Lämmer und die liebliche Aue, die vom Fiskus jetzt zu Bauzwecken parzelliert worden ist, hat sie den Bahnhof Dahlem Dorf als regelrechte Stallscheune mit Strohdach anlegen lassen. Man treibt als neueste Ausschweifung einer verstiegenen Heimatskünstelei Motivenromantik. Die vorhergehende Haltestelle, Podbielskiallee, mußte natürlich ebenso sinnig aufgemacht werden. Podbielski, das ist alter Adel, das bedeutet in einen Untergrundbahnhof umgesetzt eine Raubritterburg. Und wirklich baute ein Mann, der sich gern Messelschüler nennen hört, für die Leute, die hier die Bahn besteigen wollen, eine mit Türmen und Zinnen schrecklich bewehrte Feste. Als Gegenbeispiel, scheinbar um auch an dieser Erweiterungsstrecke zu zeigen, wie eine

solche Bahnhofsanlage klar, sachlich und vernünftig zu lösen ist, hat man schließlich von einem richtigen Architekten den Bahnhof Thielplatz bauen lassen.

× **Washington:** Die deutsche Botschaft in Washington soll einen Neubau erhalten. Es war dazu ein Wettbewerb ausgeschrieben, der unter 271 Arbeiten eine ganze Reihe ausgezeichnete Lösungen darbot. Die Petersburger Botschaft von Peter Behrens war vielen das Vorbild, an das sie sich, vielleicht allzu fest nur, klammerten. Immerhin war das Gesamtniveau der hier eingesandten Wettbewerbsarbeiten ein sehr respektables. Es wird niemand bestreiten können, daß es in diesem Fall nicht schwer gewesen wäre eine gute architektonische Leistung zu krönen. Die einzigen, die dieser Situation nicht gerecht geworden sind, waren die Preisrichter, die, wie man hört, Behrens jedesmal überstimmten und alles ablehnten, was großzügig, was im künstlerischen Sinn monumental und repräsentativ entwickelt war. Hiermit soll jedoch nicht gesagt sein, daß für die Botschaft ein äußerlich gigantisches Monument zu erstreben gewesen wäre. Statt dessen haben sich die Juroren auf Lösungen geeinigt, die im schlimmsten Sinn konventionell sind, die jeden Zug von Monumentalität und würdevoller Repräsentation vermissen lassen. Besonders der Träger des 1. Preises Bruno Möhring hat hier vollständig versagt. Seine Botschaft ist kleinlich und dürftig, ist nichts als eine aufgequollene Berliner Mietskaserne. Bei einigen Vorzügen im Grundriß, hat er jene Stilart aufgeboten, mit der unsere Regierungsbaumeister als *preußischen Barock* zu wirtschaften pflegen. Aus einer armseligen Fassade erhebt sich ein in keiner Weise organisch begründeter Risalit, an dem sich in einem vorgestreckten Balkon, einem reich modellierten Flachbogen, einem emporstoßenden Dach mit 4 vorgesetzten Puppen der preußische Barock austobt. Ein herausragendes Nebengebäude wirkt neben jener Hauptfassade in seiner puritanischen Trockenheit geradezu armselig. So ergibt sich das merkwürdige Resultat, daß aus einem Preisausschreiben mit einem durchweg respektablen Gesamtniveau gerade der Entwurf mit dem höchsten Preis ausgezeichnet wurde, den man nicht ausgeführt sehen möchte, daß, wie paradox

es auch klingen mag, die Preisrichter (die den Peter Behrens überstimmten) hier scheinbar die einzigen waren, die den ganzen Wettbewerb nicht begriffen. Wie sehr es auch zu bedauern gewesen wäre, wenn dieser mit dem 1. Preis gekrönte Entwurf ausgeführt worden wäre, so bedenklich ist doch die Erledigung, die dieser Wettbewerb schließlich erfahren hat. Eines Tages verkündete die *Norddeutsche Allgemeine Zeitung*, der Kaiser habe bestimmt, daß dem beabsichtigten Neubau der Kaiserlichen Botschaft in Washington ein vom Wirklichen Geheimen Oberhofbaurat von Ihne angefertigter Entwurf zugrunde gelegt werden soll«. Nach Mitteilungen des Herrn von Ihne hat das Auswärtige Amt offenbar den ganzen Wettbewerb von Anfang an nicht ernstgenommen. Es ist danach an Herrn von Ihne mit der Anforderung herangetreten sich an dem Ausschreiben zu beteiligen, und, nachdem er dieses Ansuchen abgelehnt hatte, hat man seinen Vorschlag *hors concours* ein Projekt anzufertigen angenommen. Das alles, während das Ausschreiben noch lief, während man im Auswärtigen Amt noch keine Ahnung von dem Ergebnis des Wettbewerbs haben konnte. Ist das alles richtig, so muß gegen eine derartige Herabwürdigung unseres ganzen Wettbewerbssystems, gegen ein Vorgehen, das in so schroffem Gegensatz zu den einfachsten Anforderungen der Loyalität steht, aufs entschiedenste Protest eingelegt werden.

× **Gartenkunst** Die Sozialisierung der Gartenkunst ist die Forderung, für die der Hamburger Gartenarchitekt Leberecht Migge mit seiner trefflichen Schrift *Die Gartenkultur des 20. Jahrhunderts* /Jena, Diederichs/ kämpft. Den Gartengestaltern, die bislang repräsentative Luxusanlagen zu schaffen hatten, möchte er den Sinn auf die Stimmen der Zeit lenken. Das 20. Jahrhundert wird an den Gartengestalter Anforderungen stellen, die noch nie an ihn gestellt worden sind und für die ihm die Historie keinerlei Vorbilder zu liefern vermag. Die Gartengestaltung der Vergangenheit, am kühnsten in den Gärten des Barock entwickelt, war eine Entfaltung des Besitzes, eine Dokumentation persönlicher Macht, wie sie ein Ludwig XIV., ein Friedrich der Große besaßen; die Gartengestaltung des 20. Jahrhunderts wird ein Ausdruck für die Sehnsucht der Massen nach Grün, nach Licht und Luft, nach Erholung im

Freien sein. Das Großstadtelend ist der mächtigste Antriebs für den Gartengestalter; ganz große Aufgaben werden ihm jetzt schon fast gar nicht mehr von Einzelpersonen sondern von den ständig anschwellenden Massensiedelungen gestellt. Mit Migge wäre festzustellen, daß eine gewisse Bevölkerungsdichte, an einer Stelle konzentriert, gewissermaßen automatisch Gärten auslöst. Die große Stadt ist es, die heute stärker als alle anderen Faktoren den Gartenwillen aus sich heraus gebiert. Das Mietskasernenelend hat das Gartenstadtideal erzeugt. Es läßt den armen Teufel seinen Balkon oder seine Loggia mit ein paar Ranken bepflanzen, es läßt ihn sich mit den Nachbarn zur Anlage von Laubkolonien und Schrebergärten organisieren, es treibt die Bessergestellten hinaus in die Vorortkolonien, zu dem Eigenhaus und zu dem Stückchen Eigenland, es läßt die Großstadtmassen von den Kommunen gewaltige Volksparks, Spiel- und Sportflächen fordern. Diese öffentlichen Massengärten, diese Riesenwohnungen im Freien sind die großen Aufgaben, die unserer Gartengestalter harren. Sie werden anders aussehen als unsere jetzigen Anlagen, in denen die Menschen in ein paar eisenbekehrte Spazierwege eingezwängt sind. Der Volkspark der Zukunft wird eine Wohnung im Grünen sein, will sagen nicht wie der Berliner Tiergarten ein Salon zum Ansehen, in dem Marmorpuppen und Geheimräte sich wohl zu fühlen scheinen, sondern eine richtige Wohnstube fürs Volk, wo es sich auf dem Rasen lagern und tummeln kann, wo die Kinder im Sand buddeln und im Wasser planschen, wo alle Sport treiben können, bis sich die Lungen wieder weiten und die Sehnen sich straffen. Amerika ist uns auf diesem Weg zur demokratischen Gartenkunst vorangeeilt; bei uns fängt man allmählich an diese Dinge zu begreifen. Daher ist dieses Miggesche Gartenbuch aktuell wie selten eines. Es ist nicht nur für die Gartenfachleute geschrieben sondern weit mehr noch für uns andere, die wir mit aller Macht für die Gärten der Zukunft kämpfen müssen, die unsere Gärten, Gärten des Volkes, sein werden.

× ×
 KurzeChronik Auf dem in Frankfurt am Main veranstalteten Bundestag deutscher Architekten ist der Beschluß gefaßt worden als Gegenstück zu der unzulänglichen

Leipziger Baufachausstellung eine große deutsche Ausstellung für Baukunst zu organisieren, die voraussichtlich 1916 oder 1917 in Berlin stattfinden soll. × In Kassel hat Fräulein Wally Lortsch als erster weiblicher Kunstschülermeister die Meisterprüfung bestanden. × Wie das Archiv der Pädagogik mitteilt, soll nach einem Erlaß des preußischen Kultusministeriums künftighin die individuelle Schrift des Kindes nicht mehr unterdrückt sondern gefördert werden. × Die Vereinigten Werkstätten in Berlin zeigen eine vom Deutschen Museum in Hagen organisierte Ausstellung deutschen Silbers, in der es Arbeiten von van de Velde, Hoffmann, Lettré, der Hagener Silberschmiede und anderen zu sehen gab.

×
 Literatur Im Verlag von Wilhelm Meyer-Illschen in Stuttgart hat eine Sammlung *Die architektonische Auslese*, von Paul Schmohl und Georg Staehelin herausgegeben, zu erscheinen begonnen. In diesen gelben Heften sollen vorbildliche Architekturwerke der Vergangenheit, Architekturwerke von bleibendem Wert in großen, anschaulichen Reproduktionen dargeboten werden. Und zwar für einen verhältnismäßig niedrigen Preis, der diese Auslese auch weiteren Kreisen erschwinglich macht. Das 1. Heft, *Württembergische Fürstentümer*, bringt die Schlösser Ludwigsburg, Favorite, Monrepos, Solitude, Scharnhausen, Hohenheim, Rosenstein, das Neue Schloß in Stuttgart und anderes. Julius Baum hat zu diesen Bauten der württembergischen Herrscher eine instruktive Einleitung geschrieben, die an der Hand der Grundrisse die wichtigsten Daten der Baugeschichte gibt. Das 2. Heft enthält, von Walter von Semetkowski nicht weniger geschickt eingeleitet, Glanzstücke des Wiener Barock. Von kundiger Hand zusammengestellt, genießt man da die Bauten, die von den Kunstwissenschaftlern allzu lange mißachtet werden durften, die aber heute wieder das Entzücken aller künstlerisch empfindenden Naturen ausmachen. × In der Teubnerschen Sammlung *Aus Natur und Geisteswelt* ist ein Bändchen *Die künstlerische Photographie* erschienen, in denen W. Warstat im Sinn der Loescherschen Publikationen die Probleme der photographischen Kunst abhandelt.